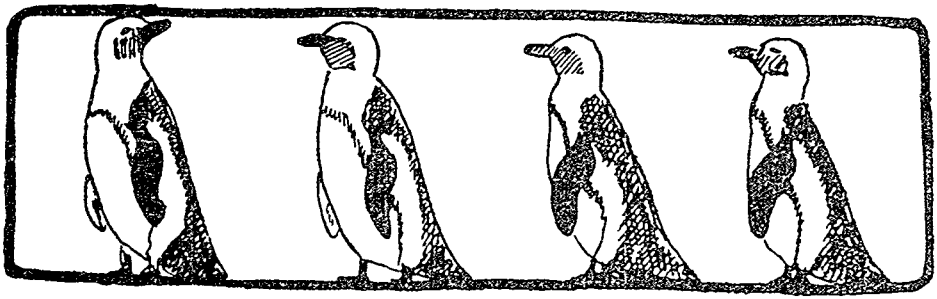


1. November 1920

WALLY ZEPLER · NACH DEN SOZIALISTISCHEN PARTEITAGEN

IM Beharrungszustand des Parteilebens kann man sich über politische Unwahrhaftigkeit, falsches Handeln, schwere Unterlassung hinwegtäuschen. An den kritischen Wendepunkten des Völkerlebens zeigen sich gleichwohl die Folgen. So ist die Zerrissenheit der deutschen Arbeiterbewegung, die an dem wirtschaftlichen Niedergang des Landes schwere Mitschuld trägt, die Folge des Verhaltens der sozialistischen Parteien vor dem Krieg, während seines Ablaufs und nach dem militärischen Zusammenbruch.

Die deutsche Sozialdemokratie begann bereits seit dem Beginn der neunziger Jahre, mit dem Ablauf des Sozialistengesetzes, das alle moralischen Kräfte lebendig gehalten hatte, geistig zu verknöchern, von dem angesammelten Kapital zu zehren, ohne neue Elemente schöpferischer Entwickelung freizumachen. Das immer deutlicher werdende Mißverhältnis zwischen ihrem äußern Wachstum und ihrer innern Schaffensohnmacht ließ die revisionistische Bewegung entstehen und erstarken. Sie, die allein der Bewegung neue Kraft gab, wurde von der offiziellen Partei, die sich in ihrem radikalen Konservatismus gestört sah, anfangs mit dem Bannstrahl bedroht, später, als sich alle Unterdrückungsmaßnahmen als wirkungslos erwiesen hatten und das wirkliche Leben immer eindeutiger dem Revisionismus recht gab, in den Einzelfällen des praktischen Handelns benutzt, als geistiger Wegweiser zu einer neuen Einheit des Denkens und Tuns aber ignoriert. Die offiziell geltende Theorie des Erfurter Programms war längst ausgehöhlt, wurde aber von der Mehrheit der Führer, die doch selber die Kraft zum Glauben verloren hatten, nach außen um so obstinater verteidigt. 1914 enthüllte sich dann angesichts der Notwendigkeit Stellung zum Krieg zu nehmen die geistige Unsicherheit der offiziellen Partei. Ein Teil der Sozialdemokratie ließ die künstlich konservierten Grundsätze fallen, um nun politisch ganz steuerlos zu treiben; der andere klammerte sich nach wie vor an die sichernden Programmvorschriften und blieb so, freilich nur im Negativen, Vertreter gewisser sittlich-sozialistischer Prinzipien auch in den Kriegsfragen. Die Mehrheit verzichtete auf jede Opposition und wurde Regierungspartei; das heißt, sie bewilligte der Regierung Bethmann Hollweg alle Kriegskredite, ohne einen Versuch der Beeinflussung des Kriegsverlaufs zu machen. Die *Radikalen* (in Wirklichkeit also konsequent Konservativen) wollten die Mit-

verantwortung für diesen Gang der Dinge nicht auf sich nehmen: Es kam zur Spaltung.

Die letzte große Gelegenheit zur rechtzeitigen Kriegsbeendigung war, wie hier oft auseinandergesetzt worden ist, die russische Revolution vom März 1917. Genosse Kerenskij erließ am 10. April sein Manifest, in dem er zu einem allgemeinen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen, auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Nationen aufforderte. Es ist gegenüber der schon damals verkündeten Auffassung der Sozialistischen Monatshefte immer wieder bestritten worden, daß darin tatsächlich ein Friedensangebot lag, das bei vorbehaltloser Zustimmung Deutschlands und Österreich-Ungarns auch dann den Frieden herbeigeführt hätte, wenn die anderen Ententemächte dem Aufruf nicht gefolgt wären. Jetzt erkennt selbst Erzberger in seinen Erinnerungen diese Auffassung als richtig an.[1]) Von den deutschen Sozialisten mußte gefordert werden, daß sie sie schon damals begriffen, daß sie verstanden hätten Kerenskijs spätere Offensive als das zu werten, was sie war: ein Druckmittel gegenüber der Haltung Deutschlands[2]); vor allem aber, daß sie nun endlich energisch auf Regierung und Parteien eingewirkt hätten Kerenskijs unbedingt sozialistischen Forderungen vollständig und ehrlich zuzustimmen. Nichts von alledem geschah. Die Sozialdemokratie überließ weiter die politische Führung der Bethmanngruppe, die in der Zerschlagung des Russischen Reichs ihr Kriegsziel sah. Diese nutzte sie, indem sie die Bolschewisten nach Rußland brachte, in der leider zutreffenden Hoffnung damit diese Zerschlagung vorzubereiten. ⟨Natürlich verrechnete sie sich dabei für die Zukunft.⟩ Damit war der Grund zur Zerstörung Europas gelegt. In Rußland siegte im November 1917 der Bolschewismus, der es verstanden hatte durch das Versprechen sofortigen Friedens das Volk für sich zu gewinnen. Er gab ihm zwar diesen Frieden nicht, vielmehr ununterbrochenen Krieg nach innen und außen bis zur heutigen Stunde. Dafür aber gelang es ihm in kurzem alles brachzulegen, was die russische Revolution geschaffen und in Angriff genommen hatte: die politische Freiheit und vor allem den Agrarsozialismus, den sicherzustellen und zu entwickeln die bereits eingeleitete sozialrevolutionäre Agrarreform Tschernow-Kerenskij begonnen hatte. Die bolschewistische Konterrevolution brachte es zuwege in nunmehr 3 Jahren nicht allein die Produktionsmöglichkeiten Rußlands auf lange hinaus zu zerstören, durch Terror, Hunger und Kälte die Bevölkerung zu dezimieren sondern auch alle dem Sozialismus der Welt heiligen Postulate: die Freiheit des Lebens und des Geistes, die Ideen der Gleichheit und Brüderlichkeit, zu vernichten oder zu korrumpieren. Wollte sich der Bolschewismus trotzalledem am Ruder halten, so mußte er sich außenpolitisch sichern. Die deutsche Militärleitung protegierte und unterstützte ihn auch weiter, solange sie selbst an der Macht war. Nach ihrem Zusammenbruch mußten die Bolschewisten ein Mittel finden die Proletarier der anderen Länder an sich zu ketten, um sie als Hilfstruppen für sich zu nutzen. Zu diesem Zweck wurde das Schlagwort des Kampfes gegen den *Ententekapitalismus* vermittelst der vorzubereitenden *Weltrevolution* geprägt. Also die russischen Bolschewisten, die niemals eine revolutionäre Partei gewesen waren, die den Sturz des Zarismus den Sozialrevolutionären überlassen hatten, und die dann, als Zaunkönige

[1]) Siehe Erzberger Erlebnisse im Weltkrieg /Stuttgart 1920/, Seite 235.
[2]) Siehe Quessel Lloyd George, Kerenskij und der Friede, in den Sozialistischen Monatsheften, 1917 II, Seite 868 ff.

der Revolution, sich deren Freiheiten zunutze machten, um die Revolution selber zu sabotieren, riefen jetzt, um ihre eigene Gewaltherrschaft zu verlängern, die Arbeiterklassen der Welt zur sozialistischen Revolution auf, die sie selber verraten hatten.

Wie verhielten sich dem gegenüber nun die deutschen Sozialisten? War es für sie so schwer den Charakter des Bolschewismus richtig einzuschätzen? Sahen sie nicht die Armseligkeit seines Denkens, die Spiegelfechterei seiner Enteignungsmethoden, den antikommunistischen Geist, der aus allen ihren sogenannten Maßnahmen sprach? War es also nicht ihre erste Pflicht dem deutschen Proletariat den wirklichen Charakter des bolschewistischen Regimes, das sich kommunistisch zu nennen wagte, zu zeigen? Die Stellung der sozialistischen Parteien zum russischen Bolschewismus ist eine ihrer schwersten Sünden; sie ist um so schlimmer, als sie fast auf allen Seiten in kühler Berechnung, ohne innern Glauben eingenommen wurde.

Die alte Sozialdemokratie war in ihrer Duldung gegen die russischen Machthaber von den gleichen Motiven geleitet, die ihr gesamtes Handeln in den Kriegsjahren bestimmten. Bei ihrer antirussischen ⟨und damit proenglischen⟩ Politik war ihr der Bolschewismus Mittel zu dem Zweck der Zertrümmerung des Russischen Reichs gewesen. So wurde sie zur Förderin des Bolschewismus, sie sprach, immer in dem Wahn damit dem deutschen Interesse zu dienen, von einem *heroischen Kampf* der Bolschewisten um den Frieden und mußte, nachdem sie die Psyche der Arbeiterschaft solchermaßen probolschewistisch beeinflußt hatte, auch den übrigen Bolschewismus schlucken. Während sie Kerenskij und die anderen Sozialrevolutionäre verdächtigt hatte einseitig ententefreundlich zu sein, verschwieg sie die Sozialistenverfolgungen der Bolschewisten, gab den bolschewistischen Staatsstreich als revolutionäres Werk aus und unterdrückte in der Presse alle antibolschewistischen Stimmen. Ihr Verhalten zum Brester Frieden ist bekannt. Da aus Brest Litowsk, wie so oft richtig gesagt worden ist, erst Versailles entstehen konnte, der Bolschewismus überhaupt mit Rußland zugleich das ganze kontinentale Europa in den Abgrund riß, bürdet seine Tolerierung durch die deutsche Sozialdemokratie dieser einen großen Teil der Mitschuld an dem Elend der europäischen Völker auf. Und diese Schuld verringert sich wahrlich nicht dadurch, daß das Urteil der Partei plötzlich umschlug, als jene ganze kurzsichtige deutsche Außenpolitik zusammengebrochen war. Weder das tatsächliche Unheil noch die Verwirrung in den Arbeiterköpfen, die sie angerichtet hatte, waren wieder gutzumachen.

An dieser Verwirrung haben nun die Unabhängigen freilich noch größern Anteil. Ihr Verhalten gegenüber den bolschewistischen Praktiken ging aus ganz anderen, doch kaum besseren Beweggründen hervor. Es war vor allem parteiagitatorisch bestimmt. Nach der Spaltung kam für sie in allererster Linie eins in Frage: ihre Partei gegenüber der Mehrheit zu verstärken. Die Liebedienerei vor dem Bolschewismus war geeignet mit ihren pseudorevolutionären Phrasen die über den Krieg erbitterte Arbeiterklasse für sich zu gewinnen. Die groteske Meinung, daß der Bolschewismus revolutionär in irgendeinem Sinn sei, ist nun glücklich so fest in die Köpfe der Arbeiter hineingehämmert, daß es auch den marxistisch gebildeteren Führern der Unabhängigen jetzt unmöglich ist sie wieder davon zu befreien. Sie wurde zum entscheidenden Punkt der Kämpfe in den sozialistischen Parteien.

UND doch ist die Arbeiterschaft, aus Klasseninteresse, von dem Wunsch nach Einigkeit bewegt. Sie fühlt, wie ihr durch die Parteizersplitterung die Macht entgleitet; sie fühlt wohl auch dunkel, wie im Haß und Streit der Richtungen der Sozialismus selbst seiner Kraft beraubt wird. Darum rief jeder neue Versuch zur Einigung stets weiten Nachhall wach, und das Proletariat war von Freude erfüllt, als im November 1918 die Vertreter beider Gruppen in der Regierung zusammengingen. Aber der Weg zur Einigung war von vornherein verbaut. Es gab nur einen einzigen: Man konnte sich nicht, wie naive Gemüter in beiden Parteien glaubten, auf Grund eines farblosen, nach allen Seiten möglichst unanstößigen Programms wieder zu einer, der alten ähnlichen Partei zusammenschließen. Dem stand schon die Kriegspolitik der Mehrheit hindernd entgegen, die sie jetzt nicht abschwören wollte, weil sie fürchtete damit sich selber preiszugeben. Und wäre auch wirklich ein formaler Zusammenschluß zustande gekommen, er hätte nur eine neue Periode politischer Inaktivität der Sozialdemokratie einleiten, nie aber sie regierungsfähig machen können. Denn zu regieren vermag man eben nur mit eigenen positiven Zielen, nicht mit Negation der Ziele anderer.

Die Bahn zum Positiven war damals von selber vorgezeichnet. Sie war in erster Linie außenpolitisch bestimmt, da von der Außenpolitik zugleich alles andere abhing. Diese forderte Umkehr zu Wahrheit und Gerechtigkeitswillen. Frankreich, das, neben Belgien, am schwersten von der Zerstörung des Krieges betroffen war, dem Wiedergutmachung und Aufbau also in erster Reihe zugewandt werden mußten, hätte sich einem Deutschland, das den aufrichtigen Willen dazu zeigte, aus eigenem wirtschaftlichen Interesse nähern, es lebensfähig erhalten und deshalb bei den Friedensverhandlungen vor all den zerstörenden Verlusten schützen müssen, die nicht von vornherein unabwendbar geboten waren. Die Politik des kontinentalen Wirtschaftszusammenschlusses, die in den Sozialistischen Monatsheften seit jeher vertreten worden ist, die einzige, die einen sozialistisch orientierten Wiederaufbau des verwüsteten Europas möglich machen würde, hätte sich von selbst aus der Verwirklichung der Gerechtigkeitsforderungen ergeben; wie sie sich auch heute noch im Augenblick ergäbe, da wir die stets in wirklicher Gerechtigkeit verankerten eigenen wirtschaftlichen Interessen begriffen. Solche Politik hätte zudem die zerrissene sozialistische Internationale wieder zusammengeschmiedet und schon durch deren Einfluß oder Druck auch die widerstrebenden unter den sozialistischen Parteien zum Mitgehen gezwungen.

Die bolschewistischen Machthaber Moskaus durften den wirtschaftlichen Zusammenschluß der beiden großen westlichen Nachbarländer nicht dulden; mit dem europäischen Frieden, der damit seinen Anfang nehmen mußte, wäre es mit ihrer Macht dahin. So hetzten sie die Arbeiter systematisch gegen Frankreich, stellten die geforderte Hilfe beim Aufbau der zerstörten Gebiete als Versklavung des deutschen Proletariats durch den französischen Kapitalismus hin, beschimpften die wenigen Unabhängigenführer, die sich noch aufzulehnen wagten, als *Renegaten*, ja sie ‹die den Brester Frieden herbeigeführt und unterzeichnet hatten› warfen den Unabhängigen als Verbrechen vor, daß sie nach dem Waffenstillstand die drohenden Gesten der Regierung und der bürgerlichen Parteien nicht mitgemacht und für die Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrags eingetreten waren. Und bei der

Zagheit der Unabhängigen erreichten sie auch wirklich ihren Zweck. Die Arbeiter nahmen die bolschewistischen Floskeln auf; sie sträubten sich gegen die Beteiligung am Wiederaufbau, sie lernten es in Frankreich den *Feind* zu sehen, dem man, sobald die Zeit gekommen, wieder mit den Waffen in der Hand entgegentreten müßte. Die Bolschewisten, die Kerenskij angeblich deswegen gestürzt hatten, weil er, wie sie behaupteten, weiter Krieg führen wollte, rufen also, und mit ihnen ihre deutsche Gefolgschaft, zum Revanchekrieg gegen Frankreich auf. Um das Gesicht zu wahren, erlassen sie freilich Ausschlußdekrete gegen die Nationalbolschewisten Wolffheim und Laufenberg. Sie mußten sich aber in Halle von Martow daran erinnern lassen, daß Trotzkij den deutschen Arbeitern den »Entscheidungskampf« mit der Entente »am Rhein« versprochen hätte. Und will man bestreiten, daß diese Parole Anklang gefunden hat? Waren, als die sogenannte Rote Armee vor Warschau stand, nicht auch deutsche Arbeiter bereit, im Vertrauen auf die angeblich gewaltige militärische Kraft des Bolschewismus, den Krieg mit Polen, in Wirklichkeit mit Frankreich, aufzunehmen? Wäre diese bolschewistische Seifenblase nicht rechtzeitig geplatzt, hätte nicht der Rückzug der bolschewistischen Armee deren jämmerliche Schwäche enthüllt und die nationalistischen Geister Deutschlands ernüchtert, so wären damals schon die Konsequenzen jener systematischen Irreleitung in unheilvollster Weise zutage getreten. Das aber kann jetzt schwer rückgängig gemacht werden: daß es dem Bolschewismus gelungen ist das sozialistische Gefühl des revolutionären Teils der deutschen Arbeiterklasse, das nach Frieden und Versöhnung mit den ehemaligen Kriegsgegnern verlangte und auch die deutsche Regierung zur außenpolitischen Umkehr hätte zwingen können, zu verderben und schließlich ganz aufzuheben. Ohne Gegenkräfte blieb in Deutschland die alte liberalisierende Politik, die im Krieg davon träumte mit englischer Duldung Eroberungen in Rußland machen zu können, und die jetzt davon träumt mit englischer Hilfe von den Verpflichtungen gegen Frankreich loszukommen.

Die Folgen waren indessen noch weiterreichend. Noch immer hat man bei uns die absolute Unlöslichkeit des Zusammenhangs zwischen Innen- und Außenpolitik nicht erkannt. Noch immer diskutiert man alle Möglichkeiten die niedergebrochene Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, als stelle dies ein isoliertes, von den wechselseitigen Beziehungen der Nationen unter einander unbeeinflußbares Problem dar, während man endlich begreifen müßte, daß Rohstoffbezug, Kohlen- und Lebensmittelversorgung, Ausfuhr, Schiffahrt, kurz alle Grundbedingungen der Wirtschaftsgestaltung bis zu weiten Grenzen nur Funktionen dieser Beziehungen sind. Solange unser Kontinent so zerspalten bleibt wie jetzt, muß die Hoffnung auf einen wesentlichen Umschwung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands trügerisch bleiben; in seiner Einigung allein liegt der Schlüssel zu einer Zukunft, die unsere Produktion wieder heben, die Massen aus dem Elend reißen kann.

Doch blind stehen die sozialistischen Parteien vor diesen Tatsachen.

IE Mehrheit hat auf dem Kasseler Parteitag wieder ihre politische Unbelehrbarkeit gezeigt. Vor allem eben in diesem entscheidenden Punkt: der Außenpolitik. Als Genosse Max Cohen, von wirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgehend, dort von neuem die außenpolitischen Gedankengänge der Sozialistischen Monatshefte entwickelte, stand fast der ganze Parteitag gegen ihn auf. Diese Geg-

nerschaft gegen die sozialistische Idee der wirtschaftlichen Gemeinschaftsarbeit der Völker wäre nun allenfalls zu begreifen, wenn sie sachlichen Anschauungen, dem leidenschaftlichen Eintreten für ein andersgerichtetes politisches Ziel entspränge und sich entsprechend sachlich-politischer Argumente bediente. Was aber wurde dagegen vorgebracht? Die bekannten Klagen über *französischen Militarismus* usw. Auch nicht die Andeutung eines wirklichen außenpolitischen Gedankens, der auf einer Stufe mit dem kontinentaleuropäischen stände. Wels entwickelte auf dem Parteitag ein außenpolitisches Aktionsprogramm, das besser ein Programm gegen jede Aktion genannt wird. Es verlangt freilich unter seinen 4 Punkten auch den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete ‹den die Partei, als sie an der Regierung war, die Pflicht gehabt hätte praktisch in Angriff zu nehmen›, aber ohne daß daraus die politische Konsequenz gezogen wird. Das Weitere: die Revision des Versailler Vertrags und die Schaffung eines politischen Generalstabs durch die Internationale, sind leere Demonstrativforderungen. Und bloß deklamatorisch ist auch die Forderung sofortiger Wiederaufnahme der Beziehungen zu Rußland, »gleichviel unter welcher Regierungsform«. Diese dürftigen paar Sätze sollen also ein politisches Programm sein. Seit 2 Jahren warten wir in Deutschland auf die Hilfe von außen, jenseits des Kanals oder des Ozeans, auf die Hilfe, die niemals kommen will. Wir suchen die Schuld in der Feindseligkeit der Sieger, besonders der Franzosen, obwohl man doch auch hier beginnen könnte zu begreifen, daß Frankreichs Selbstinteresse eine Wiederannäherung an Deutschland erheischt. Nur dort suchen wir sie niemals, wo sie vor allem liegt: in unserer eigenen Inaktivität, in der stumpfen Gleichgültigkeit, mit der wir in immer schlimmeres Schicksal rennen. Und man bringt es fertig die einzige außenpolitische Idee in Deutschland, die überhaupt von irgendeiner Seite angegeben worden ist, die einzige, die einen Ausweg weisen könnte, zurückzuweisen. Ihre Ausführung würde freilich Mut und Selbstverleugnung erfordern, die der Parteikonservatismus nicht aufbringen kann.

Dieser Konservatismus kennt als Methode des politischen Vorgehens nur den Parteiopportunismus ‹der sich womöglich noch als Realpolitik ausgibt, obgleich er deren Negierung ist und in der Vergangenheit am meisten dazu beigetragen hat die *radikale* Phrase zu fördern›. Das zeigte der Parteitag in besonders sinnfälliger Weise in der Frage der Programmrevision. Sie, die der Revisionismus seit 2 Jahrzehnten verlangt, soll nun endlich vorgenommen werden. Die vor dem Parteitag veröffentlichte Programmschrift verrät die Gestalt, die sie vermutlich annehmen wird.[3]) Nicht die Aufstellung eines einheitlichen sozialistischen Wirtschaftsplans enthält sie sondern isolierte Anpassungsversuche an Gegenwartsnotwendigkeiten. Es ist charakteristisch, daß auf dem Parteitag der Wunsch geäußert werden konnte Eduard Bernstein nicht in die Programmkommission hineinzuwählen, um nicht den Anschein zu erwecken, als bekenne man sich etwa zur Theorie des Revisionismus. Man möchte schon revidieren, aber ohne Revision. Die Partei, die einst so stolz auf ihre theoretische Durchbildung war, die in ihrem Marxismus auch das Erbe der klassischen Philosophie sah, ist nun des theoretischen Geistes so bar, daß sie von vornherein auf jede prinzipielle Orientierung verzichtet und froh ist ein paar Richtlinien zur Behandlung der

[3]) Siehe Das Programm der Sozialdemokratie, Vorschläge zu seiner Erneuerung /Berlin 1920/; und dazu Schippel Erneuerung des Parteiprogramms, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, Seite 833 ff.

Tagesfragen zusammenzutragen. Die theoretische Fortbildung des Marxismus, wie sie vom Revisionismus begonnen wurde, lehnt die Partei ab, und sie drapiert ihr bürgerliches Denken nach wie vor mit scheinrevolutionärer Phraseologie. Da sie selbst kein Programm mehr besitzt und sich doch nicht entschließen kann sich zu dem von sozialistischem Geist getragenen theoretischen Revisionismus zu bekennen, bleibt ihr nichts als das glaubenslose Lavieren von Fall zu Fall, das die sozialdemokratische Mehrheit nun seit 6 Jahren übt.

So konnte man im Vorwärts nur mit Staunen lesen, daß dieser Parteitag von Kassel ein »Parteitag der Kraft« gewesen sei, und dort ein »brennendes Bestreben« geherrscht habe »den Geist wissenschaftlicher Forschung walten zu lassen«. Die Partei ist augenblicklich von Stolz geschwellt, weil sich angesichts der Zerrissenheit der Unabhängigen ihre Mitgliederzahl erhöht hat und sie die alte Bahn ohne Kampf nach innen weitertrottet. Ihre Stärke ist aber nur die Kraftlosigkeit der anderen. Weil sie im Zeichen der Beharrung steht, zieht sie die konservativen Elemente auch aus der Arbeiterschaft an sich. Die Schwäche ihres Sozialismus dokumentierte sich augenfällig in der Tatsache, daß nach ihrem Ausscheiden aus der Regierung alles fast ohne Veränderung weiterlief. Und tritt sie so wie sie ist wieder in die Regierung ein, so wird das Kontinuum der politischen Tat- und Ratlosigkeit ohne Unterbrechung fortgehen.

DIE Entwickelung der Unabhängigen zeigt kein erfreulicheres Bild. Die Spaltung, die nun vollzogen ist, war unvermeidlich; sie war das Ergebnis wieder eines Parteiopportunismus: der wider bessere theoretische Überzeugung geduldeten und geförderten Solidarität mit dem russischen Bolschewismus. Aber sie könnte schließlich den Gesundungsprozeß einleiten, wenn sie den rechten Flügel der Partei nun endlich zu vernünftiger Selbstbesinnung gebracht, ihm ins Bewußtsein gerufen hätte, was der Bolschewismus seinem Wesen nach ist. Doch leider ist kaum noch ein Zeichen solcher Einkehr zu sehen. Gewiß lehnten sich die Unabhängigen gegen die stumpfsinnigen Versuche der Moskauer Gewalthaber auf ihre Diktatur über Rußland hinaus auf Europa auszudehnen, und Dittmann wie Martow und andere fanden einige scharfe und treffende Worte der Kritik an ihrer Methode. Aber niemand rührte doch an den Kern der Sache. Nach wie vor hofierte man im Grunde den Bolschewismus und behandelte ihn als Vertreter des revolutionären Kommunismus. Martow konstatierte ausdrücklich, daß die russischen Menschewisten keinen Sturz des Systems ⟨als ob es sich überhaupt um ein System, und nicht nur um ein Regime, handelte⟩ sondern nur seine innere Umwandlung und Entwickelung wünschten. Und das, nachdem er die blutige Unterdrückung aller Gegnerschaft dort geschildert und gesagt hatte, es gäbe in Rußland keine Diktatur des Proletariats, sondern es herrschten dort nur so gut wie unbeschränkt einige wenige Personen. Der Widerstand der deutschen und ausländischen Antibolschewisten richtete sich nur gegen 2 Punkte: den Terror und die Autokratie, die in den 21 Bedingungen auf der absoluten Unterwerfung auch der ausländischen Anhänger der sogenannten Dritten Internationale unter Moskau besteht. Im Namen der Partei verlangte Hilferding nur Anerkennung der Autonomie für die Deutschen, Aufhebung des Ausschlußgebots und der Forderung der Zertrümmerung der gewerkschaftlichen Internationale.

Und charakteristisch sagt zum Beispiel Paul Hennig im Halleschen Volksblatt vom 16. Oktober 1920: »Glühende Begeisterung für das neue große System der kommunistischen [!] Internationale überwand immer wieder den . . . Schmerz, den die . . . Kritik hervorrief.« Ganz entsprechend betonte übrigens auch Jean Longuet: die bolschewistischen Methoden paßten »nicht für das westeuropäische Proletariat«; was für Rußland gut sei, könne nicht auf alle anderen Länder übertragen werden.

Im Grunde hat sich also noch nicht das mindeste geändert. Der Bolschewismus ist für diese Genossen immer noch ein radikales kommunistisches System; noch immer stellt er für sie die äußerste Linke der sozialistischen Parteien dar, und noch immer scheint er ihnen, wenn auch nicht für Westeuropa, so doch für Rußland die richtige Methode. Dieses Verhalten des sozialistischen Zentrums gegenüber dem Bolschewismus ist ein Beweis des Niedergangs sozialistischer Gesinnung. Wie ist es möglich, daß Karl Marx' Enkel, daß marxistisch gebildete Theoretiker so wenig den ethischen Quellpunkt der Marxschen Lehre begriffen? Nicht wissen, daß Kommunismus menschliche Gemeinschaft heißt, daß die sittlichen Postulate der Freiheit, Gleichheit und Selbstbestimmung für ihn das Wesentliche sind, wesentlicher noch als die wirtschaftlichen Forderungen, durch die diese Postulate nur durchgesetzt werden sollen?

Und geben die Unabhängigen so den Sozialismus selber preis, befreien sie sich nicht endlich innerlich von der Korruption des Bolschewismus, so ist die Konsequenz, tatsächlich wie moralisch, daß sie vollständig von ihm zerrieben werden. Die Scheidelinie, die sie nach ihrem neuesten Manifest von ihm trennt: ihre Ablehnung des Putschismus, ist gänzlich bedeutungslos. Den Bolschewismus bekämpfen, weil er putschistisch oder terroristisch ist, heißt so viel wie die Reaktion verurteilen, weil sie sich militaristischer Mittel bedient. Nicht auf die Mittel, auf den Inhalt kommt es in erster Linie an. Bleibt der Bolschewismus für die Unabhängigen weiter die revolutionäre Lehre, als die man ihn noch immer preist, so darf sich niemand wundern, daß die Massen ihm zufliegen und den Widerstand der Mittelgruppen in dem oder jenem Punkt nur als Ängstlichkeit nehmen. Sie kümmern sich in richtigem Gefühl ausschließlich um die Substanz des Systems, nicht um seine politische Form. Wie die Gegnerschaft zum Putschismus nach der einen, so bezeichnet das Manifest der Unabhängigen das Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats und die Ablehnung jeder Koalitionspolitik als den Grenzstein nach der andern Seite. Also genau ebenso formalistische Momente. Überhaupt ist es ein gemeinsamer Zug der sozialistischen Parteien und ein Zeichen des Verfalls der sozialistischen Ideen in ihren Reihen, daß sie immer den Buchstaben für den Geist, die Form für den Inhalt nehmen. Wie den Unabhängigen die Diktatur, so wurde allmählich der Mehrheit die Demokratie zum politischen Fetisch, wie sie sich auch jetzt in Kassel wieder mit besonderm Stolz zu ihr bekannte. Niemand scheint zu begreifen, daß alle diese Antithesen sinnlos sind, weil sie nur formale Differenzen in sich schließen, daß Diktatur oder Demokratie, Koalition, Abstinenz, unter Umständen sogar reine Arbeiterregierung an sich weder radikal noch reaktionär, weder konservativ noch sozialistisch sind, daß sie, durch ihren Inhalt bestimmt, zu Gutem oder Schlechtem, Sozialistischem oder Nichtsozialistischem verwandt werden können.

KEINE der sozialistischen Parteien hat bis jetzt ein sozialistisches, geschweige denn kommunistisches, Programm zu verwirklichen gesucht. Außenpolitisch haben Bolschewismus und Nationalismus (dieser das Widerspiel wirklich nationaler Gesinnung, die vor allem zur gewissenhaften Prüfung und Förderung der nationalen Lebenserfordernisse führen müßte) die Bahn zum Zusammenschluß der Völker des europäischen Kontinents und damit zu ihrer wirtschaftlichen Wiedererhebung verrammelt. Innenpolitisch führt man akademische Diskussionen über *Demokratie* oder *Diktatur*, innenwirtschaftlich solche über *Vollsozialisierung* oder *Planwirtschaft*. Der unlösliche Zusammenhang von Außenpolitik, Innenpolitik und Wirtschaft, dem Sozialisten eine Selbstverständlichkeit, wird von den sozialistischen Parteien ignoriert. In der Arbeiterklasse bekämpfen sich Sekten und Gruppen, jede einheitliche Aktion wird unmöglich; was man unternimmt, sind nur Konkurrenzmanöver.

Und doch wird der Gesundungsprozeß kommen: trotz Kassel und trotz Halle. Nicht Überzeugungen, erst recht nicht Überredungen und Agitationen werden ihn herbeiführen. Nur die Gewalt der Tatsachen selbst. Das deutsche Militärsystem hat sich nach seiner entscheidenden Niederlage an der Marne noch 4 Jahre halten können, weil die Gegner uneinheitlich Krieg führten. Es fiel, als die Entente ihre militärischen Kräfte unter einheitlichem Oberbefehl zusammenfaßte. Der russische Bolschewismus hat sich bis jetzt 3 Jahre gehalten: dank der Schwäche der sozialistischen Parteien; seine *Leistung* hat ihn längst zum Untergang verdammt. Ob auch die Philister mit der Weisheit kommen, daß der Bolschewismus, dessen Sturz man so oft prophezeit hätte, immer noch lebe: er lebt doch nicht, er besteht nur, und er wird zusammenstürzen, sicherer noch als das deutsche Militärsystem, das mehr innere Kraft hatte als er. Dann werden die sozialistischen Parteien, die dem Aberglauben an eine vermeintliche Gewalt erlagen, zu den Quellen des Sozialismus vorzudringen suchen.

Doch brauchen wir nicht auf ein zukünftiges Ereignis zu warten, um der Arbeiterklasse den Weg des Handelns zu zeigen. Der Bolschewismus sorgt durch sein von der Angst um die Selbsterhaltung beherrschtes, sinnloses Verhalten dafür, daß die Arbeiterklasse sich jetzt schon wiederzufinden beginnt, wenn auch ihre politischen Parteien noch der bolschewistischen Hypnose unterliegen. Der Versuch die Gewerkschaftsinternationale zu zerstören bringt den Arbeitern in das Bewußtsein, wo die eigentliche Kraft ihrer Klasse steckt. Ihre wirtschaftliche Organisation ist die entscheidende. Von ihr wird letzten Endes auch die Politik bestimmt sein. Sie wird die Arbeiter ihre Pflicht als Träger der Produktion erkennen lassen.

MAX SCHIPPEL · AMERIKAS WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE SORGEN

AUCH für die Sieger bedeutet, wie man weiß, der Ausfall des letzten und größten Völkerringens keineswegs eitel Gewinn. Nicht einmal für die Vereinigten Staaten, die bis zur lange hinausgezogenen Kriegserklärung vom 6. April 1917 und abermals bis zum Kriegsende im Gold für glänzend bezahlte Lieferungen von Lebensmitteln und Kriegsmaterialien zu schwimmen schienen, und deren Men-

schenopfer sich trotz allen plötzlichen Riesenanstrengungen immer noch in vergleichsweise engen Grenzen hielten.

In Amerika sind wie anderwärts Produktionsmittel und Menschenkräfte nicht straflos jahrelang aus den gewohnten festen Geleisen und natürlichen Zusammenhängen geworfen worden; ihre Wiederanpassung an normalere Entwickelungsbedingungen setzt sich gleichfalls nur unter schmerzhaften Krisen durch. Die internationalen Wirtschaftsstörungen, ob sie mehr von der stockenden und versagenden Produktion oder den zerrütteten Geldverhältnissen oder dem haltlos hin und her taumelnden Waren- und Effektenmarkt ausgehen, schlagen selbstverständlich zugleich auf die Neue Welt zurück, mag sie sich politisch noch so sehr darnach sehnen und sich bemühen von den sich fortspinnenden Händeln und Wirren des alten Europas nunmehr verschont zu bleiben. In ihrer breiten Farmergrundlage und selbst in ihrer vorherrschenden Arbeiterbewegung nach dem Zuschnitt von Gompers und der Federation ist sie zwar gefeit gegen Revolutionen im ost- und selbst im zentraleuropäischen Sinn. Aber an Zündstoff für bedrohliche soziale Konflikte fehlt es trotzdem nicht. Die Funken springen vom Ausland um so leichter und wirksamer über, weil neben den älteren amerikanischen Bevölkerungsschichten die Zugewanderten aus aller Herren Ländern jedesmal ihr geistiges und politisches Sonderleben noch lange zu wahren wußten und hierin mit ihren Heimatsgebieten stets auf das engste verbunden blieben. Es sind, wie man drüben übersee naturgemäß zweifelsfreier als bei uns überzeugt ist, nur Übergangswehen, unter denen man sich windet. Aber alles in allem ist ihnen seit dem großen wirtschaftlichen und politischen Wiederzurechtfinden nach dem Bürgerkrieg nichts an die Seite zu stellen, was die Gemüter ähnlich erregt und erbittert hätte. Man liest jetzt viel von der auffallenden beispiellosen Gleichgültigkeit für den Ausgang der vor der Tür stehenden Präsidentenwahl. Aber gerade diese Gleichgültigkeit beweist nur, daß man selbst dem sonst so gern überschätzten Umschlag von einer demokratischen zu einer republikanischen Regierung heute durchgängig geringe Wirkung auf die tiefersitzenden Leiden und Übel zuerkennt, die fast jedermann bedrücken: bis auf die *Schieber*, Wucherer und Glücksritter aller Art, deren Lebenselement die unständigen, in schroffen Gegensätzen sich abspielenden Verhältnisse bilden.

MEHR als in anderen Ländern ruht in den Vereinigten Staaten alles Wirtschaften auf den Eisenbahnen. Die große Ansiedelungsbewegung des 19. Jahrhunderts, vor allem die unvergleichlichen Massenwestwanderungen nach dem Bürgerkrieg und der Lösung der kolonialen Landerwerbsfrage (gegen den halbtropisch-kolonialen Sklavengroßbetrieb und für die siedelungskoloniale bäuerliche Farmwirtschaft) war von vornherein auf allseitigen Fernabsatz und Fernbezug in allen wesentlichen Produktions- und Lebensbedingungen zugeschnitten. Die heutige Eisenbahnzerrüttung wird deshalb noch lange unverwischbare wirtschaftliche Spuren hinterlassen und zugleich immer erneute politische Kämpfe entfesseln.

Zu Weihnachten erließ der Präsident seine Proklamation, daß die Bahnen am 1. März wieder aus der Regierungsverwaltung entlassen werden würden. Die verschiedensten Wünsche wurden bei diesem Anlaß laut, bis zum gewerkschaftlichen Gildensozialismus der Eisenbahnerverbände, in deren Namen ihr Rechtsanwalt Plumb den bekannten Gesetzentwurf ausarbeitete. An seine Annahme in Washington war zwar nicht zu denken. Aber hinter den Bahn-

brüderschaften standen geschlossen die United Mine Workers, stand der Kern der 5millionenköpfigen Federation, stand schließlich ein großer Teil des Farmerradikalismus, der im Mittelwesten und Westen ähnlich um sich griff wie zur Populistenzeit vor einem Vierteljahrhundert. Dann kam, etwa gleichzeitig mit dem Aufhören der Verkehrsplanwirtschaft, die vollständige Erschöpfung und das Versagen der Transportkraft seitens aller Bahnsysteme. Jahre hindurch, schon vor der amerikanischen Kriegserklärung, waren hier alle Betriebsmittel, Schienenwege wie Fahrzeuge, bei der fieberhaften Farm- und Industrietätigkeit auf das maßloseste ausgenutzt worden, ohne daß für Ersatz und Aufbesserung gesorgt wurde, weil alle Reproduktionskosten lawinenartig anschwollen und alle Lieferindustrieen, von den Walzwerken bis zu den Installationswerkstätten, für den Kriegsbedarf, erst der Entente, dann der Vereinigten Staaten selber, vollauf und bis zum Übermaß in Anspruch genommen waren. In den 3 Jahren 1916 bis 1918 wuchs beispielsweise die Frachtleistung (Last mal Weg) um 47 %, die Zahl der Güterwagen nur um 1,9 %. Im Mai-Juni 1920 brach die Vollwirkung dieses langjährigen Mißverhältnisses durch. In den Farmbezirken staute sich das Korn, was bei den fast gänzlich fehlenden Scheunen und sonstigen Schutzräumen den Farmer unmittelbar schwer sachschädigt oder ihn bei einem allgemeinen Massenandrang um so hilfloser der Willkür des Elevatorenbesitzes ausliefert. Der Kohlenbedarf, in Produktion und Haushalt, geriet in um so schlimmere Bedrängnis, als der Bergarbeiterstreik vom November 1919 alle sonst vorhandenen Vorräte aufzehren ließ, ohne daß inzwischen an eine Wiederauffüllung zu denken gewesen wäre. Vielfach waren wegen des Kohlenmangels sogar die ungenügenden Betriebsmittel der Eisenbahnen selber nicht in Gang zu halten. Im August brachte alsdann der amtliche Schiedsspruch den Eisenbahnarbeitern, unter Berufung auf die Verteuerung der Lebenshaltung, eine etwa 20prozentige Lohnerhöhung, so daß heute die pay-roll aller Eisenbahnen auf 3,6 Milliarden Dollar gerechnet wird. Damit stehen aber die Bahngesellschaften vor der Notwendigkeit von Tariferhöhungen, die in letzter Linie der Bund (unter neuerlicher starker Ausschaltung der Einzelstaaten) zu regeln hat, und ein Mitglied der ⟨jetzt verstärkten und umgestalteten⟩ Interstate Commerce Commission schreckte die öffentliche Meinung durch die Angabe auf, daß eine 25prozentige Tariferhöhung, wie sie die Bahnen begehrten, die Verbraucher der Union mit etwa 4 Milliarden Dollar und jeden Familienhaushalt mit etwa 215 Dollar das Jahr belasten müsse. Zunächst hielt der Fortbestand der Bundesgarantie für die Bahneinnahmen die Letztentscheidung noch in der Schwebe. Aber jedermann fühlt, daß der überlieferte Zustand unerträglich und das wahrscheinlich Kommende unerfreulich und gefahrvoll ist. Bis zur Nationalisierung oder Gildensozialisierung der Bahnen ist in Amerika noch ein weiter Weg; aber selbst die Transportation Act von 1920, die zweite grundlegende Bahngesetzgebung seit der Interstate Commerce Act von 1887-1889 zog der alten Selbstherrlichkeit des Privatkapitals einige der schlimmsten Giftzähne aus, enttäuschte freilich die radikaleren Reformer aus Farmer- und Arbeiterkreisen arg und vermehrte nach dieser Seite das Verlangen nach entschlosseneren Eingriffen.

Ihrem großen Landtransportsystem hofften die Vereinigten Staaten während der Kriegsjahre eine ebenbürtige Organisation des Seeverkehrs angegliedert zu haben. Aber hier drohen manche der bisher am lautesten ge-

priesenen Erfolge förmlich unter den Händen wieder zu zerrinnen und nachträglich sogar ein ziemlich böses, mit dem Himmelhochjauchzen wenig verträgliches Kopfweh zu bereiten.

Wie mit einem Löwensatz schienen die Vereinigten Staaten den Vorsprung Englands, des ersten Seefahrervolks, auf dem Gebiet des Schiffbaus und der Schiffahrt eingeholt zu haben, nachdem sie ⟨dereinst, bis zum Bürgerkrieg, England nahezu ebenbürtig⟩ in stetem Rückgang 1910 bis auf ein Zwanzigstel der britischen Handelsflotte, am Kriegsanfang auf kaum mehr als 1½ Millionen Tons Handelsschiffsbesitz herabgesunken waren. In der Tat hat das mit einer erstaunlichen Energie angepackte Kriegsbauprogramm bis zum Sommer 1920 der amerikanischen Handelsflotte mehr als 2350 Schiffe mit über 13½ Millionen Tons Wasserverdrängung aus eigener Schaffenskraft, neben den Weg- und Beschlagnahmen fremder Fahrzeuge, zugeführt, davon 1700 Schiffe mit 11½ Millionen Tons aus Stahl. Im März 1919 betrug die Menge der auf den amerikanischen Werften in Bau befindlichen Schiffe nicht weniger als 4 185 523 Tons, während England bei aller Kräfteanspannung gleichzeitig nur etwa die Hälfte erzeugte.

Diese ganze Errungenschaft ist jedoch ausschließlich auf Erwägungen der Kriegführung gegründet. In kürzester Zeit sollte ein Maximum von Schiffstonnage erreicht werden: daher die weitgreifende Wiederholung der selben Größen und Typen und die gefügige Anlehnung an den gerade vorhandenen produktiven Zuschnitt der Werften. Jetzt am Ende stellt sich heraus, daß im Vergleich mit England Amerika einen viel zu großen Bruchteil kleinerer Schiffe besitzt; zwei Drittel der meist funkelnagelneuen amerikanischen Schiffe fahren weniger als 12 Knoten, während nur reichlich die Hälfte der zum Teil schon recht alten britischen Schiffe derart in der Fahrtgeschwindigkeit begrenzt ist. Die Bau- und Betriebskosten, dereinst die bedenklichste Seite der amerikanischen Handelsschiffahrt, mögen sich in anderen Ländern ziemlich rasch der amerikanischen Höhe genähert haben; aber als Konkurrenzhindernis bleibt, daß der ältere Besitz der englischen Reederei zu einem großen Teil abgeschrieben ist und daher im Konkurrenzkampf zu den heutigen Baukosten nicht eingesetzt zu werden braucht. Viele Fachleute befürchten noch dazu einen Zusammenbruch der Frachtraten nach vielleicht 2 oder 3 Jahren, wenn der abnorme Transportbedarf der Übergangszeit überwunden, das Nachholen unterbliebener Transporte beendet sein und die wahrscheinliche weltwirtschaftliche Überproduktion von Schiffsraum voll in Erscheinung treten wird. Der *Stolz der Nation* ist somit zugleich eine Verlegenheit.

Die hölzernen Regierungsschiffe will man deshalb gern und gut auch Ausländern überlassen. Der Verkauf der Stahlschiffe, selbst zu Verlustpreisen, an Amerikaner war bisher ein Fehlschlag. Daher die unaufhörlichen Erörterungen bald über weiter bestehenden Regierungsbetrieb, weil das Privatkapital nicht über seine Kräfte und Gewinnaussichten hinausgehen kann und mag, bald über Subventionen und Vorrechte, ausschließlich für das amerikanische Unternehmertum. England vollzog kurz vor dem Krieg etwa 65 % seines Außenhandels mittels eigener Fahrzeuge. Die Vereinigten Staaten würden auf ähnlicher Grundlage etwa 10½ Millionen Tons für ihren überseeischen Verkehr gebrauchen, also bedeutend weniger als sie gegenwärtig schon besitzen. Aber die Werften mit ihrer künstlich emporgetriebenen Leistungsfähigkeit schreien nach weiterer Beschäftigung, und für den heutigen Schiffs-

bestand fehlt vorderhand fast ganz die erfahrene geschäftliche Leitung und Organisation, so daß die Vereinbarungen mit den deutschen Reedereien, mit Hamburg und Bremen, keine Zufallsgebilde sind und trotz allen Anfeindungen in Amerika und England kaum mehr aus der Welt zu schaffen sein werden. Es bleibt sicherlich viel Anziehendes an dem ganzen Bild, aber ausschließlich Befriedigung und das Gefühl der unübertrefflichen Überlegenheit ist ihm nicht mehr zu entnehmen.

Ähnlich auf dem Gebiet des Geld- und Leihkapitals. Das Schuldnerland, das ohne europäisches Kapital sein nationales und örtliches Verkehrssystem, seine Licht- und Kraftwerke, seine Produktionsbetriebe aller Art niemals in dem erzielten Umfang und Geschwindschritt hätte entfalten können, schnellte mit einem Schlag zum Rang des vermeintlich größten Gläubigerstaats empor. Doch Amerika kann nach wie vor für seinen enormen Friedensbedarf und seine normale Weiterentwickelung ohne europäischen Kapitalszufluß kaum auskommen, und jedenfalls kann es den Kapitalsspender nicht nach beiden Seiten, nach innen und außen zugleich bilden. Als es im Juni 1919 die Hemmnisse für die Goldausfuhr wieder beseitigte, büßte es binnen 8 Monaten 337½ Millionen Dollar seines Goldschatzes wieder ein, und der unbeherrschbare Goldabfluß blieb seitdem ein Alp für die Bankwelt. Die Schroffheit, mit der Amerika sich plötzlich der ‹doch wahrhaftig an sich nicht unrentablen› Sanierung Europas entzieht, ist deshalb kein Ergebnis bloßer vorübergehender Laune. Mit je höheren Anlage- und Betriebskosten man auch in Amerika bei der allgemeinen Preisinflation rechnen muß, desto aufgeblähter wird zugleich der allgemeine Kapitalsbegehr: die überaus hohen amerikanischen Bankzinssätze sind längst schon eine Abwehr dagegen. Krediteinschränkung bedeutet jedoch für weite Geschäftskreise den Zwang zu Schleuderverkäufen von Waren und Effekten oder die Einschränkung der Produktionsbetriebe selber. Mitten in der durchgehenden Preissteigerung und Geschäftshochflut ereignen sich deshalb Preisstürze, die gar nicht selten zu Teilkrisen werden ‹ohne daß die immer wieder ausbrechenden Käuferstreiks, diese echt amerikanischen Proteste gegen die Teuerung, mitzuwirken brauchen›: so im Anfang des Jahres 1919, dann kürzlich wieder seit Mai und Juni 1920.

ZUR sozialen Unzufriedenheit trägt in Amerika viel die allgemeine Preissteigerung bei, die natürlich die Höhe unserer valutaschwachen kontinentaleuropäischen Länder nicht erreicht, aber schlimm genug ist. Die Arbeiter haben die Preisaufblähung durch Lohnsteigerungen trotz allen Kämpfen kaum auszugleichen vermocht[1]; nach 6 Kriegs- und Übergangsjahren stehen sie bestenfalls noch immer bloß mit etwa gleicher realer Kaufkraft da: nach zahlreichen vorangegangenen Teuerungsjahren (etwa seit 1907), während deren viel über das Zurückbleiben und Abwärtsgleiten des Reallohns geklagt wurde. Am schlimmsten leiden hier jedoch manche Mittelschichten, die auf feste Renten und wenig bewegliche Einkünfte angewiesen bleiben, während rings um sie die Preisflut andauernd steigt. Universitäten und große Bildungsanstalten, auf deren stattliche Stiftungsvermögen man mit Neid blickte, sah man deshalb bereits öffentlich den Bettelsack schwingen um Auffüllung ihrer Funds. Lehrer, Geistliche schildern ihre Lage als verzweifelt. Unter den

[1]) Siehe die Rundschau Gewerkschaftsbewegung, in den Sozialistischen Monatsheften, 1919 II, Seite 1095

Intellektuellen wächst die Verdrossenheit und Erbitterung; und mag das Dollarland noch so wenig von der reinen Geistigkeit beschwert sein: ein gärendes, immer sofort zu radikalen Schritten und allen Extremen geneigtes Intellektuellentum ist auch dort nicht zu verachten, vor allem, wenn ihm die allgemeine Stimmung zur Bundesgenossin wird. Die amerikanische Literatur und Presse läßt hier auf manche Zersetzungsvorgänge tiefgehender Art schließen; wobei das »Ausländer, Fremde sind es meist« allerdings ganz anders zutrifft als bei uns in Europa. Allgemein aufreizend wirkt selbstverständlich auch die schrankenlose Bereicherung einzelner Kreise und das herausfordernde Sichbreitmachen einer Emporkömmlerschicht, bei der aller plötzliche Reichtumszuwachs nicht die schreienden geistigen und sittlichen Blößen notdürftig zu verdecken vermag.

Alle größeren und einheitlicheren sozialen Bewegungen wurzeln in Amerika jedoch in den Klassen der Farmer und der Lohnarbeiter: dabei oft, wie zur ersten Populistenzeit, gegenseitig sich unterstützend und besonders im Westen sich in einander verschlingend, nicht selten aber auch mit schärferen Gegensätzen behaftet, obwohl eine Verfeindung, wie sie sich in vielen Teilen Europas zwischen *Agrariern* und Arbeitern entwickelt hat, in den Vereinigten Staaten vorläufig noch ganz unvorstellbar ist.

Das amerikanische F a r m e r t u m hat im großen und ganzen während der Kriegszeit von der Preiserhöhung und der rapid gesteigerten Nachfrage auf dem Lebensmittelmarkt mancherlei Vorteile gezogen, unter Umständen und in bestimmten Gebieten unbestreitbar sogar gewaltigen Vorteil. Seit 1917-1918 verbürgte die Regierung einen Weizenmindestpreis von 2,20 und 2,26 Dollar pro Bushel: nach der Chicagoer Notierung, was etwa einen durchschnittlichen Farmpreis von 2,01 bis 2,15 Dollar darstellt, während dieser Preis für 1913-1914 noch auf 80 Cents angegeben wurde. Mit Weizen bestellt waren deshalb knapp 54½ Millionen Acres im Jahr 1913-1914, dagegen über 73,8 Millionen im Gipfeljahr 1918-1919. Den Wert der Weizenernte schätzte man am 1. Dezember 1913 auf 610 Millionen Dollar, 1918 auf 1882 und 1919 auf 2024 Millionen: erst am 1. Juni 1920 erlosch die Wheat Guarantee Act. Unzweifelhaft ist eine Abtragung alter Farmerschulden in großem Umfang erfolgt.

Aber in weiten Farmerkreisen behauptete man, daß die Steigerung der ländlichen Betriebs- und Lebenskosten die Steigerung beim Absatzerlös jedesmal weit überholt habe, und schon im Sommer 1918 einigten sich beide Häuser des Kongresses auf eine höhere Preisfestsetzung, gegen die alsdann der Präsident Anfang Juli 1918 sein Veto einlegte. Noch weniger waren die Farmer von dem Gang des Viehmarkts befriedigt. Nach abnorm hohen Futterkosten erhielt der Farmer von den Packern recht oft sinkende Viehpreise, ohne daß, wie die Farmer feststellen zu können glaubten, die Fleischkonsumenten entsprechend billiger beliefert wurden. Der alte Gegensatz zwischen Packern und Farmern brach heftiger als je wieder hervor und führte bereits im Februar 1917 auf Anordnung des Präsidenten zur Aufnahme einer eingehenden Enquete seitens der Federal Trade Commission. Im Sommer und Winter 1919 wiederholte sich der Marktvorgang und selbstverständlich nicht minder die Erregung der Farmer: nach höheren Futterpreisen stand man abermals vor niedrigerer Viehbewertung, und die Agitation gegen das Packermonopol füllte die Reihen der jungen bäuerlich-antikapitalistischen Non-Partisan-

League, die von Norddacota ihren Ursprung nahm, mit ihrem Radikalismus selbst Arbeiterkreise stark fesselte und bei den gegenwärtigen Präsidenten- und Staatswahlen vielleicht nicht ohne Eindruck auf die innenpolitische Gesamtrichtung der Vereinigten Staaten geblieben sein wird. Gegen das ausbeuterische Monopol der Eisenbahnen, der östlichen Bank- und Kreditwelt ist seit der Mitte der neunziger Jahre gleichfalls kaum jemals so viel in Farmerkreisen gewettert worden.

Und wiederum für die wirklichen Glückspilze unter den Farmern war der unerwartete Einkommenszuwachs oft kein Segen. Von ernstester Seite, wie von der National City Bank of New York, liegen drastische Schilderungen vor, welcher Spekulationswut solche Farmer hoffnungslos verfielen, und wie ihre Leichtgläubigkeit und Unerfahrenheit von gerissenen Gründern und Winkelagenten ausgenutzt wurde, bis von dem zeitweiligen Überfluß nichts als recht bedenkliche Verbindlichkeiten übrigblieben. Auf jeden Fall ist selbst die Farmerklasse von ruhiger Behaglichkeit und entsprechender politischer Haltung weit entfernt.

In der Arbeiterschaft sieht es vollends kaum anders aus als in Europa oder doch in europäischen Siegerstaaten wie England oder Frankreich. Viele der tüchtigsten Arbeiterelemente Amerikas strömten seinerzeit von den Produktionsstätten nach den Schlachtfeldern ab. Die allein dadurch schon bedingte notwendige Umschichtung in den Industrieen steigerte sich noch in Folge des einseitigen Vorrangs der Rüstungsgewerbe und der Zurücksetzung und des Verlassens zahlreicher großer Friedensproduktionen. Die Eisenbahnen verloren, neben den Verlusten durch Anwerbung und Einziehung, ganze Stämme ihres Personals, weil treibhausmäßig aufschießende Industrieunternehmungen bessere Löhne in Aussicht stellen mußten, um überhaupt ihren Arbeitskraftbedarf erstmals decken zu können. Von den niemals überfüllten Farmbezirken löste sich erst recht eine große Zuwanderung nach den städtischen und gewerblichen Distrikten los ⟨zeitweise konnte man die beweglichsten Aufrufe in den Zeitungen an Studenten, Angestellte, höhere Schüler und sonstige Kreise lesen: ihre Freizeit und Ferien auf den Farmen als Landarbeiter zu verbringen⟩. Alle Arbeiterschichten in den Hauptrevieren und Hauptberufen wurden bunt durcheinandergewürfelt. Die aus den Armeen Zurückkehrenden sind gleichfalls nicht mehr die Alten, und ihre Wiedereinstellung erzeugt die schwersten Interessenkonflikte, unter den Arbeitern selber, vor allem zwischen den ältereingesessenen und den jüngeraufgenommenen, zwischen einheimischen und fremden; von nationalistischen Zusammenstößen ganz abgesehen. Die Einwanderungsfrage wird von neuem in prohibitionistischem Sinn behandelt.

Die gewerkschaftlichen Organisationen haben sich allerdings überraschend ausgedehnt (die Federation bis auf 5 Millionen Mitglieder), aber ihr innerer Zusammenhalt ist erschreckend gelockert. Wilde, von den Verbandsleitungen nicht genehmigte oder unmittelbar mißbilligte Streiks sind alltägliche Ereignisse geworden. Daß gewerkschaftliche Führer wie Gompers in der Kriegszeit einen außerordentlichen politischen Einfluß ausübten ⟨sicherlich nur in der Richtung der in Amerika überwiegenden Arbeiterbewegung⟩, wird ihnen jetzt von der erstarkten äußersten Linken als schlimmster Verrat an allen Arbeiterklasseninteressen vorgeworfen. Brutale Prozesse gegen eine ganze große Schar von Pazifisten, Oppositionellen und sonst Unbequemen

aus der Arbeiterschaft; die Weiteranwendung von Kriegsbestimmungen in der Übergangszeit ⟨der formale Frieden ist ja noch immer nicht da⟩ erleichtern dem radikalen Flügel seine Agitation gegen den alten Tradeunionismus und seine parteipolitische Zurückhaltung. Eine skrupellose Presse benutzt andrerseits selbst den geringsten Zwischenfall, um den roten Lappen zu schwingen und jene unbestimmte Furcht vor sozialen Katastrophen zu wecken, die nach alter Erfahrung häufig erst zu offenen Krisen treibt. Sensationelle Ereignisse, wie die Dynamitexplosion in der New Yorker Bankpalaststraße am 16. September, ließen zuletzt in einen unheimlichen Abgrund von gegenseitiger Verständnislosigkeit und Aufgebrachtheit blicken.

Endlich darf man die weitere, uns in Europa ganz unbekannte große Konfliktquelle in den Vereinigten Staaten nicht übersehen: den immer schwälenden und im Süden gelegentlich zu heller Flamme emporlodernden Rassengegensatz zwischen N e g e r n und Weißen, die Erbschaft der alten plantagenkolonialen Zeit im Süden. Der Neger war gut genug Soldat zu werden und soldatische Ehren zu erringen; über die Manöver- und Schlachtfelder lief keine trennende colour line. Er war weiter gut genug in den Industrierevieren und in den Städten, nicht nur des Südens sondern gerade im Norden, eingezogene und abgewanderte weiße Arbeiter mehr denn je zu ersetzen. Soll der Mohr nun einfach wieder gehen und in das unveränderte alte Joch zurückkehren, das ihm übrigens von den weißen Konkurrenten, Kleinbürgern, Farmern und Lohnarbeitern, gleichfalls vielfach noch nicht einmal gegönnt wurde? Je größer das Selbstbewußtsein des Negers, mit dem er die Kriegszeit hinter sich läßt, desto ausgeprägter die Abneigung, auf die er in seiner nächsten Umgebung stößt, soweit diese nicht von Rassengleichen gebildet wird. Chicago hatte seine Negerschlachten, im Oktober vorigen Jahres brachen sie in Omaha aus; sie liegen anderwärts in der Luft.

Auch dieser Siegerstaat, obwohl von allen Ländern vielleicht am günstigsten gestellt, hat demnach seine schweren schwarzen Sorgen. Sie mögen von der derbgesunden neuweltlichen Aufwärtsentwickelung ohne eine Krisis des gesamten politischen und wirtschaftlichen Organismus überwunden werden. Aber manche sozialen Krisen haben sich seit jeher in Amerika auch mit anderwärts ungekannter Wucht abgespielt.

JULIUS KALISKI · ZWISCHEN BRÜSSEL UND GENF

EINST, im Krieg, versicherte Erzberger, wenn er eine halbe Stunde mit Lloyd George sprechen könnte, hätten wir den Frieden. Das war die ⟨uneingestandene⟩ Parole für die Kriegspolitik der Regierungen und der Parteien ohne Unterschied der Richtung. Auch in die sogenannte Revolutionsregierung brachte Erzberger dieses Rezept ein, das nun für alle Verhandlungen bis zum heutigen Tag getreulich angewendet wurde. Jetzt hieß und heißt es: Wenn Frankreichs Absicht mit uns allein zu verhandeln zuschanden wird, und wir mit den anderen gemeinsam beraten können, ist der Friedensvertrag von Versailles revidiert. Die anderen sind England und Amerika. Denn was immer in der Welt vorgeht, die deutsche Politik sieht nur den Wunsch und den Willen Englands und bemüht sich Wünsche, Meinungen und Neigungen Englands zu erraten, um sie zu erfüllen, bevor man es von ihr auch nur verlangt oder erwartet hat.

Darin erschöpfte sich die Friedenspolitik seit dem 9. November 1918, genau wie vorher die Kriegspolitik. Da dennoch das Heil ausgeblieben ist, so ergeht sich die aktive Politik Deutschlands in systematischen Beschimpfungen Frankreichs, dessen teuflischer Bosheit sie die Schuld beimißt, daß Englands Retteraufgabe sich bisher nicht erfüllen konnte.

Alle Enttäuschungen führten bisher nicht zur Erkenntnis, geschweige denn zur Umkehr, denn man will glauben, was man wünscht, und ignoriert alle Tatsachen, die den Wunschvorstellungen widersprechen. Was sind heute die Verhandlungen von Brüssel? Man spricht nicht mehr davon, man weiß nicht einmal, was in Brüssel eigentlich geschehen ist. Auf der internationalen Finanzkonferenz in Brüssel tagten und sprachen Vertreter von 30 Regierungen mit amtlichen und nichtamtlichen Finanzsachverständigen. Unter ihnen saßen auch die Deutschen. Ihnen schwebte die finanzielle und wirtschaftliche Hilfeleistung durch *die anderen* vor. Wenn bei den Vertretern Deutschlands in Brüssel die Ernüchterung auch vielleicht schon früher eingetreten war, im deutschen Volk selbst bestand die Illusion einer Sanierungsaktion, die England und Amerika wohl schon lange vorbereitet hatten. Selbstverständlich geschah nichts dergleichen. Keine internationale Anleihe, aus deren Mitteln bei uns alles schön instand gesetzt werden sollte, mit Herbeiführung des alten Ernährungszustands durch fremde Zufuhren, wird nach Haus gebracht. Niemand hat daran gedacht sie zu gewähren, und niemand wird sie gewähren. Amerika braucht nicht nochmals zu betonen, daß seine Kredithilfe niemals in Aussicht gestellt worden sei und über gelegentliche Privatgeschäfte hinaus nicht in Betracht kommen könne, ganz abgesehen davon, daß bei der Zerrissenheit Europas der Anreiz zu Krediten nicht bestehe, und daß England seine Mittel nicht für Kredite an Deutschland reservieren werde, da es in eigenen Gebieten dafür Verwendung habe. So versprachen denn auch die Vertreter Englands die englische Kriegsschuld schnell abzutragen, den englischen Wechselkurs nach Möglichkeit bald auf die alte Höhe zu bringen und nach der Wiederherstellung Londons als Gold- und Geldmarkt allen Ländern freizustellen dann Anleihen auf dem englischen Markt zu suchen. Im übrigen war man mit der Verteilung goldener Lehren freigebig. Man wurde nicht müde zu empfehlen den Staatshaushalt jedes Landes in Ordnung zu bringen, weil das die beste Garantie für die Wiederherstellung normaler Wechselkurse böte, sparsam in den Staatsausgaben zu sein und dafür zu sorgen, daß Neuausgaben nicht ohne Deckung erfolgten. Darüber hinaus sprachen englische Delegierte, sicherlich aus bester Überzeugung, für das Freihandelssystem. Englands Industrie ist auf vielen Gebieten reorganisiert und gestärkt aus dem Krieg hervorgegangen, alle Rohstoffgebiete stehen ihr zur Verfügung, während die kontinentale Industrie mit entgegengesetzten Voraussetzungen zu rechnen hat, so daß England als Kriegsergebnis bei der Wiedereroberung der kontinentalen Märkte für seinen Warenabsatz keine unnötigen Schwierigkeiten durch Zölle bereitet sehen möchte.

Vor 100 Jahren, als Friedrich List seine Agitation für Schutzzölle und den Bau von Eisenbahnen betrieb, klagte er, daß alle Mühe für die Erfüllung von Lebensnotwendigkeiten für Deutschland durchkreuzt würde, wenn Großbritannien es wünsche. In der Biographie Lists schreibt Ludwig Häußer im Jahr 1850: »Seine Hoffnung war namentlich in Hamburg für seine Lieblingsidee, das deutsche Eisenbahnsystem, einen fruchtbaren Boden zu finden. Er

setzte sich mit den bedeutendsten Punkten in Korrespondenz und suchte in der großen Stadt selbst für seine Ansichten Propaganda zu machen. Man betrachtete sie indessen als Schimäre, und als ein Engländer damals das Eisenbahnsystem in Deutschland für eine Unmöglichkeit erklärte und die Ansicht aussprach, nur zwischen Hamburg und Hannover könne eine Eisenbahn rentabel sein, und auch diese nur mit englischen Kapitalien gebaut werden, so zweifelte man nicht daran, daß dies die richtigere Auffassung der Dinge sei.«[1]) Das deutsche Eisenbahnsystem war eine Schimäre, das vermuteten Engländer, und die Deutschen mußten es natürlich glauben. Jetzt glauben die deutschen Regierungen und die politischen Parteien, daß Deutschland und Frankreich gemeinsam gar nichts auszurichten vermögen, weil England es nicht wünsche und wolle, daß es also eine Schimäre sei, wenn Deutschland und Frankreich sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenfinden wollen, da England doch den Segen verweigere. So verzichtet man auf eigene Wirtschaft und eigene Politik, denn die Produktivität der deutschen Volkswirtschaft aus eigener Kraft wiederherzustellen ist kein englisches Gebot, braucht also nicht erfüllt zu werden. Um so weniger, als man auf den englischen Beistand rechnet, durch den Deutschland wieder zum Wohlstand und zur Ruhe kommen wird.

Aber Brüssel hat keine Erfüllung gebracht. Soll deshalb der Glaube aufgegeben werden? Keineswegs. Und zwar bewegen sich jetzt alle die Glaubenswünsche in der Richtung einer finanzpolitischen Aktion: Es soll das Wiedergutmachungsproblem durch die Festsetzung einer Summe gelöst werden, die unter dem wohlwollenden Druck Englands auf Frankreich möglichst niedrig gehalten werden soll. Auch ohne erhebliches Sachverständnis muß einiges Nachdenken zu dem Resultat führen, daß Deutschland die Wiedergutmachungsschuld in Geld nicht leisten kann, gleichviel, ob die Summe 150, oder 100 oder auch nur 75 Milliarden Goldmark betrüge. Die französischen Staatsmänner haben das vom ersten Tag an erkannt, und ihre Bestrebungen liefen darauf hinaus Deutschland durch Arbeitsleistungen die Verpflichtungen der Wiedergutmachung aus dem Versailler Vertrag erfüllen zu lassen. Deutschland übernahm durch den Vertrag die Pflicht innerhalb 4 Monaten Wiederaufbauvorschläge an Frankreich zu unterbreiten. Das geschah, wie so vieles andere, gar nicht oder nur andeutungsweise, mit dem Zweck oder mit der vorher schon zweifelsfreien Wirkung eine ernsthafte deutsch-französische Arbeitsgemeinschaft nicht erstehen zu lassen. Zur Unterstützung dieses Ziels wurde jene Politik inszeniert, die mit zahlreichen Protesten eingeleitet und mit fortwährenden Angriffen gegen französische Interessen, gegen alles, was Frankreich tat und wollte, fortgesetzt wurde, unter einer Fülle falscher und schiefer Voraussetzungen und mit der unverkennbaren Absicht im Vertrauen auf englische Protektion alles zu tun, was Frankreich nicht genehm sein konnte. Bis in die letzten Tage hinein waren fast alle deutschen Blätter höchst befriedigt, wenn sie melden konnten, daß England deutsch-französische Verhandlungen nicht wünsche, und alle Wiedergutmachungsfragen von der definitiven Genehmigung Englands abhängig gemacht werden. Millerand muß sich Lloyd George fügen, riefen beglückt deutsche Zeitungen aus, als die Nachricht verbreitet wurde, daß Frankreich sich entschlossen hätte von direkten und unmittelbaren Verständigungsversuchen mit Deutsch-

[1]) Siehe List Gesammelte Schriften I /Stuttgart 1850/, Seite 109 f.

land abzusehen. Sie ahnten nicht, daß sie über die Niederlage Deutschlands frohlockten, wie sie immer noch nicht begriffen haben, daß die unter Führung Englands festzusetzende Summe, die Deutschland für die Wiedergutmachung an Frankreich zu zahlen habe, das bedeutet, daß Frankreich und Deutschland zu Schuldknechten Englands werden. Deutschland erklärte sich mit einer gewissen Herablassung bereit mit Frankreich Vorverhandlungen über die Wiedergutmachungsfrage zu führen, unter der ausdrücklichen Bedingung, daß die Ergebnisse am Ende von den anderen, das ist immer England, zu bestimmen seien. Deutschland drängt zum Selbstmord, und alle Versuche Frankreichs Deutschland in die Bahnen schöpferischen Tuns aus eigener Kraft in Gemeinschaft mit Frankreich zu bringen stoßen auf unerschütterliche Verständnislosigkeit. Um es zu wiederholen: Deutschland kann in Geld nicht zahlen; will es das aber dennoch tun, weil es überzeugt ist so im Sinn Englands zu handeln, so wird die Realisierung dieser Verpflichtung sich derartig gestalten müssen, daß Frankreich seinen Anspruch an Deutschland als Wechsel an England hingibt, also Darlehen von England empfängt. Dagegen wird England diesen Dienst nur unter Garantieen leisten, die darin bestehen, daß die Zahlungen Deutschlands an Frankreich durch Stellung von Pfandobjekten gesichert werden. Mit der deutschen kommt die französische Wirtschaft auf diese Weise unter die Kontrolle Englands. Aber damit nicht genug. Die englischen Vorschüsse werden stets so bemessen sein, daß sie für die Bedürfnisse Frankreichs nicht voll ausreichen und stets Lücken lassen, die das Verhältnis Frankreichs zu England zu immer drückenderer Abhängigkeit machen muß.

Deutschland scheut keine Energie, um sich selbst über diese Zusammenhänge zu täuschen. Verblendet durch den Glauben, daß seine Zukunft einzig bei England liege, glaubt es jeder Leistung aus eigener Kraft enthoben zu sein, wenn es sich britischer Führung anvertraut. Aus dieser Vorstellungswelt heraus ist die Haltung der deutschen Politik allein als konsequent zu bezeichnen. Was die Volksbeauftragten begannen, haben die sozialdemokratischen Minister auch in den Koalitionsregierungen unentwegt weitergetrieben, und das Kabinett Fehrenbach wich von dieser Linie nicht ab.

Der sozialdemokratische Parteitag in Kassel fand alles das einwandfrei. Alles, was wirtschaftlich und außenpolitisch angerichtet ist, nahm er als eine rühmenswerte Leistung der sozialdemokratischen Minister für die Sozialdemokratie in Anspruch: ein wirtschaftlich ruiniertes Land, eine bis in die Grundmauern erschütterte Produktion, zügellose *Schieber*wirtschaft und kein Ansatz Ordnung und Plan in das Chaos zu bringen, besetzte Gebiete, drohender Verlust deutscher Reichsgebiete, Unfähigkeit Kriegsnotopferbeiträge oder Vermögensabgabe hereinzubringen, täglich steigende Verwaltungskosten und die Aussicht in Bälde ausländische Nahrungsmittel nicht mehr beziehen zu können, weil die Mittel dazu fehlen, eine Isoliertheit Deutschlands in der ganzen Welt, wie sie nicht einmal in den Kriegsjahren bestand. Wenn man diese Zustände nicht mehr abzuleugnen vermag, dann klagen diejenigen, unter deren Führung alles das geworden ist, Frankreich an diese Zustände geschaffen zu haben. Sie setzen sich über das eigene Tun, über die systematische Hetze, die gegen Frankreich betrieben wird, hinweg, sie vermissen Frankreichs Milde. Wenn die Anklagen gegen die eigene Politik schließlich nicht ganz beiseite geschoben werden können, dann fordern sie daß Frankreich

trotzalledem Versöhnungspolitik treiben müsse, um Deutschland zu gewinnen. Frankreich, das Deutschland bereit weiß unter englischer Führung allezeit gegen französische Lebensinteressen das einzusetzen, was ihm an Kraft noch verblieb, sieht sich dadurch in seiner polnischen, tschechischen und südslawischen Politik bestimmt, bietet aber nichtsdestoweniger alles auf, um eine Verständigung mit Deutschland zu erlangen. Aber die deutsche Politik läßt sich in ihrem Kurs nicht beirren, und die deutsche Sozialdemokratie ist völlig auf ihn eingestellt. Auf dem Parteitag in Kassel fiel wieder, und in demagogischer Weise, das Wort von der *schwarzen Schmach*, wurde wieder, dazu in wenig würdiger Form, die laute Klage gegen die französischen Besatzungstruppen im Westen und Osten erhoben. Selbst in den Kreisen der Partei weiß man heute vielfach, wie unwahrhaftig zahlreiche dieser Klagen sind, und daß da, wo sie berechtigt sind, sie ebenso für die englischen und amerikanischen wie für die französischen Truppen gelten. Doch bewußt erhebt man die Stimme nur gegen die französischen Truppen, und jede Ausschreitung eines einzelnen Soldaten wird in der deutschen Presse behandelt, als ob in Berlin, Breslau, Dresden und Hamburg nie eine Verfehlung begangen wurde. Man scheut sich nicht die Verwendung marokkanischer Truppen und schwarzer Soldaten auf deutschem Boden als eine besondere Herabwürdigung hinzustellen, obwohl man weiß, daß die Disziplin jener Truppen eine ruhigere Gestaltung des Aufenthalts fremder Besatzung ermöglicht als mit weißen Truppen. Und sollten nicht gerade Sozialisten, statt angelsächsischer Negerhetze zu folgen, es anerkennen, wie sehr Frankreich durch die Gleichachtung aller menschlichen Rassen ein sittliches Postulat erfüllt, wie sehr das Angelsachsentum mit seiner *Farbigen*verachtung die menschliche Würde verletzt? Bedarf es noch der Betonung, daß alle so gearteten Proteste keinen Mann des Besatzungsheers aus Deutschland entfernen werden? Die Besatzung ist gekommen, um Garantieen für die Erfüllung des Versailler Vertrags zu schaffen. Aus den Veröffentlichungen Tardieus ist es bekannt, daß Clemenceau die Besetzung nicht wollte und nur auf Anraten Tardieus und Pichons ihr zustimmte, weil ihm klar gemacht wurde, daß die Garantieen Amerikas und Englands für die Erfüllung der französischen Ansprüche nur dann wirksam sein würden, wenn Frankreich stets das täte, was Amerika und England wünschten, daß Frankreich damit zum Vasallen amerikanisch-englischer Interessen würde. Aber es gab einen Weg die Besetzung zu verhüten, und er ist rechtzeitig gezeigt und empfohlen worden. An die Stelle der durch Truppen zu schaffenden Garantieen mußten wirtschaftliche Garantieen Deutschlands gegeben werden, die von Frankreich sicherlich nicht abgelehnt worden wären, da gerade diese es sind, die es erstrebt.

Es wäre allerdings, wollte man diese leisten, notwendig gewesen die deutsche Produktion aufzubauen, alle Kräfte zu sammeln und einem gemeinsamen Ziel unterzuordnen. In den Sozialistischen Monatsheften sind die dazu notwendigen Vorarbeiten immer wieder gezeigt und gefordert worden. Es war notwendig die einzelnen Produktionsgebiete und ihre Unternehmungen zu Körperschaften zu vereinigen, die mit ihrem Vermögen und ihren Leistungen Frankreich gegenüber die Haftung für die Erfüllung unserer Wiedergutmachungsverpflichtungen hätten übernehmen können. Vor allem waren die montanen Industrieen, die Frankreich auch benachbart sind, und deren Zusammenarbeit im Interesse der Produktivität ebenso der französischen wie der

deutschen Volkswirtschaft ein dringendes Gebot ist, zu Betriebsgemeinschaften zu vereinigen. Gemeinsame Leitung hätte erst die französischen und deutschen Bedürfnisse zu befriedigen gehabt, um dann Umfang und Art des Exports zu bestimmen. Wo sich Widerstand gezeigt hätte, wäre er durch einen ehrlichen und restlosen Willen Deutschlands zur Verständigung entwaffnet worden. Hand in Hand mit ihm mußte der Wille zum politischen Neuaufbau Deutschlands gehen, dessen Durchführung nicht nur die Steigerung der Produktivität unserer Wirtschaft bewirkt sondern auch unsere neue außenpolitische Orientierung dokumentiert hätte. Das Gegenteil von allem geschah. Vor Spa, als bolschewistische Truppen sich Warschau näherten, begeisterte man sich für den Bolschewismus ⟨versteht sich: außenpolitisch, wie überhaupt unsere Stellung zum russischen Bolschewismus, auch die der deutschen Sozialdemokraten, angefangen von der deutsch-bolschewistischen Zusammenarbeit zum Sturz Kerenskijs und zur Zerstörung Rußlands im Jahr 1917, immer außenpolitisch bestimmt war⟩, der Außenminister Simons, der einst zu besseren Leistungen berufen schien, machte dem Bolschewismus seine Liebeserklärung auf der Tribüne des Reichstags. Liberale und sozialistische Blätter suchten der Entente klar zu machen, daß ihre Entscheidungen durch die bolschewistischen Armeen revidiert werden würden. Diese Drohungen nahmen oft genug lächerliche Formen an, aber ihre politische Bedeutung wurde deshalb nicht geringer. Sie galten Frankreich, denn England trieb seine probolschewistische Politik mit dem Ziel Rußlands schwere Krankheit wach zu halten, um so seine Weltherrschaft besser und vollständiger ausgestalten zu können.[2]) Man glaubte sich dem sinnlosen Vertrauen auf die bolschewistischen Armeen ganz sicher hingeben zu können, denn wieder war England im Bund mit uns. Inzwischen war die deutsche Regierung nach Spa in der Erwartung gegangen, daß England nicht hinter Frankreich in der Entwaffnungsfrage stehen würde, denn so hatte die Information gelautet, die die deutsche Regierung von britischer Seite bekam. Daß sie falsch war, trug man den britischen Informatoren nicht nach, denn natürlich war ja nur Frankreich daran schuld, daß England sich nicht so geben konnte wie es eigentlich wollte. Diese zielsichere Politik wird von Zeit zu Zeit dadurch unterbrochen, daß diese oder jene deutsche Regierungsstelle Frankreich gegenüber die Erklärung des Willens zu gemeinsamer Arbeit abgibt. Wenn dann Frankreich diese Äußerungen nicht mit stürmischer Liebe beantwortet, wird der deutschen Leserwelt dargelegt, wie vergeblich alle deutschen Versuche eines Zusammengehens mit Frankreich sind, und wenn Frankreich jetzt erklärt, daß Wiederaufbauarbeiten unter deutscher Leitung abzulehnen seien, daß auch von der Verwendung deutscher Arbeitskräfte im verwüsteten Frankreich, wie sie früher in Aussicht genommen war, abgesehen werde, dann ist man in Deutschland erfreut Beweise für die französische Animosität gegen Deutschland ausweisen zu können. Man lebt in Deutschland in dem Wahn, daß man jede antifranzösische Stimmung bis zur Siedehitze treiben und dennoch von Frankreich verlangen könne gegen den Willen Englands eine Politik der Verständigung mit Deutschland zu treiben. Frankreich muß, wie die Dinge liegen, auch in der Wiedergutmachungsfrage dem Willen Englands Rechnung tragen, solange Deutschland von dem Willen erfüllt ist nur unter englischer Zustimmung mit Frankreich sich auseinanderzusetzen.

Siehe Lewin Die englisch-bolschewistische Zusammenarbeit in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, Seite 769 ff.

Als der Parteitag in Kassel tagte, traf die Nachricht ein, die Entente verlange, daß sämtliche Dieselmotoren in Deutschland vernichtet werden sollen und darüber hinaus der Bau von schnellaufenden Dieselmotoren zu unterbleiben habe. Daß diese Forderung nicht der Furcht vor der Verwendung von Dieselmotoren für Unterseeboote entsprang sondern der Absicht die wirtschaftlich-technischen Kräfte Deutschlands zu unterbinden, war klar. Man konnte in der Tat feststellen, daß das ungeheuerliche Verlangen von England ausgegangen war, und zwar nicht nur zu dem Zweck alle ursprünglich für Unterseeboote gebauten deutschen Dieselmaschinen zu zerstören, sondern letzten Endes in der Absicht die ganze deutsche Dieselmaschinenindustrie durch ein kategorisches Bauverbot vollkommen zu vernichten. Gegen die Rechtmäßigkeit dieses englischen Verlangens sind gerade von französischer Seite sofort Einwendungen erhoben worden. Aber auf dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie sah man in dieser Dieselmotorenangelegenheit gleich den französischen Vernichtungswillen, gegen den man dann auch sogleich zum Protest aufrief, obwohl die zahlreichen ehemaligen Reichskanzler und sonstigen Minister außer Diensten unter den Mitgliedern des Parteitags leicht Gelegenheit gehabt hätten sich und die anderen über die wirklichen Zusammenhänge zu unterrichten. Aber an solcher Aufklärung scheint auch Sozialdemokraten, die für allgemeine internationale Verständigung, für den allgemeinen Völkerfrieden arbeiten, wenig gelegen zu sein. Denn selbst nach Klarstellung dieser Sache gab der Vorwärts noch, am 24. Oktober, ohne Kommentar oder Richtigstellung eine Äußerung der Humanité wieder, wonach »die Zerstörung der wunderbaren Dieselmotoren« von der französischen Regierung angeordnet worden sei. Daß das Zentralorgan der französischen Sozialisten in seinem probolschewistischen Eifer dieses »dumme Verbrechen der Geschäftsdiplomaten des Quai d'Orsay« zum Zweck innenpolitischer Wirkung erfindet, konnte sich das deutsche sozialdemokratische Zentralorgan wohl selber sagen; es hält es aber nicht für nötig das auch seinen Lesern mitzuteilen. Die Deutsche Allgemeine Zeitung, die den Sachverhalt kennt und selber berichtet hat, bittet schließlich um »eine gerechte Lösung dieser Frage, die für die deutsche Industrie so große Bedeutung hat«. Welche Tonart hätte dieses Blatt wohl angeschlagen, wenn jenes Zerstörungsverlangen nicht von England sondern wirklich von Frankreich ausgegangen wäre!

Man muß mit Bedauern feststellen, daß die Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Gemeinschaft Deutschlands mit Frankreich auch von deutschen sozialdemokratischen Blättern nicht gefördert worden sind. Ja, man konnte in ihnen sogar hämische Ablehnungen dieses Gedankens finden, mit der Begründung, wir sollten uns nicht in ein französisches Panama hineinziehen lassen. Immer noch diese selbstgerechte Moralität, die bei der Wirtschaftsmoral im gegenwärtigen Deutschland wie eine Groteske wirkt. Immer auch noch dieses hochmütige Überlegenheitsgefühl in der Beurteilung der eigenen und der fremden wirtschaftlichen Tüchtigkeit. Noch vor wenigen Monaten haben deutsche sozialistische Blätter geglaubt behaupten zu können, daß Frankreich wegen seiner industriellen und organisatorischen Zurückgebliebenheit gar nicht in der Lage sein werde seine zerstörten Gebiete in nennenswertem Maß allein aufzubauen, daß es unbedingt auf unsere Hilfe angewiesen sei. Jetzt, da Frankreich diese Leistung zu einem großen Teil in der Tat selber vollbracht hat (man täuscht sich eben bei uns über die französische

Produktionskraft im Frieden genau so wie man sich über die französische militärische Kraft im Krieg getäuscht hat), entrüstet man sich wieder über den *Shylockcharakter* der französischen Politik, der darin zu erblicken sei, daß Frankreich trotz der gelungenen Wiederaufbauarbeit an seinen deutschen Forderungen festhalte. Daß Frankreich dazu gezwungen ist, weil es die gewaltigen Opfer, die die Verheerung seiner blühendsten Teile notwendig gemacht hat, nicht selber tragen kann, und daß vor allen Dingen dieser Wiederaufbau ja im gemeinsamen Interesse des europäischen Festlands liegt, wir also bei jeder solchen Wiedergutmachung auch gleichzeitig für uns selber arbeiten, wird verschwiegen oder wahrscheinlich gar nicht erkannt. Dadurch, daß Frankreich die verheerten Gebiete selber wiederherstellt, werden freilich die Wiedergutmachungsverhandlungen mit Deutschland sehr erschwert. Denn die Kosten dessen, was Frankreich da geschaffen hat, muß nun Deutschland ersetzen. So ist also aus einer Arbeitsleistung eine Geldforderung geworden. Aber dieser Tatbestand muß uns erst recht veranlassen die Wirtschaftsgemeinschaft mit Frankreich anzustreben, damit diese Geldleistung sich nun umgekehrt wieder in Arbeit rückverwandelt und so unserer eigenen Produktivkraft zugute kommt.

Das Wiedergutmachungsproblem war von Anfang an der Angelpunkt einer deutsch-französischen Produktionspolitik.[3]) Erfolgt seine Lösung im Sinn des europäischen Gemeinschaftsinteresses, und nicht im Sinn der dauernden Verfeindung der beiden Nachbarvölker und damit der Niederhaltung der gesamteuropäischen Produktivkraft überhaupt, so müssen wir freilich jetzt mit größter Energie an den Aufbau unserer deutschen Produktion überhaupt gehen, ohne den wir keine Leistungen vollbringen, keine Garantieen geben können, die die Voraussetzungen für eine Räumung der besetzten Gebiete vor Ablauf der vorgesehenen Frist sind. Die Befreiung Deutschlands von der drückenden Last der Okkupation liegt in gemeineuropäischem Interesse, wird aber von Frankreich erst zugestanden werden, wenn es sicher ist, daß sie auch wirklich zur Förderung des europäischen Gemeinschaftsinteresses verwandt werden wird. Und dazu ist nun wieder eine deutsch-französische Verständigung über die gemeinsamen Aufgaben und ihre Ausführung nötig, über die Ablösung der drückenden Verpflichtungen, die uns durch unsere militärische Niederlage auferlegt wurden, durch Vereinbarungen, die aus Gläubiger und Schuldner zwei Mitarbeiter machen, die sich wechselseitig fördern. Gehen die deutschen Vertreter ohne ein solches Aufbauprogramm nach Genf, dann kann zwar Frankreich das Leben sehr schwer gemacht werden, eine Rettung Deutschlands ist aber dann völlig unmöglich geworden. Vielleicht findet dieser oder jener eine Genugtuung in der Vorstellung, daß bei dem dann unvermeidlichen Zusammenbruch Deutschland Frankreich mit in den Abgrund reißen wird. Aber es ist Deutschland, das zuerst stürzt. Eine solche Vorstellung sollte also jedem Deutschen, der an das eigene Volk denkt, unmöglich sein. Erst recht jedem deutschen Sozialisten, für den zu den Interessen des deutschen Volkes auch noch die internationale Solidarität kommen soll. Zwischen Brüssel und Genf liegt vielleicht der letzte Punkt, an dem noch Selbstbesinnung möglich ist.

[3]) Siehe Hamburger Der Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete in Frankreich, eine Aufgabe der deutschen Politik, in den Sozialistischen Monatsheften, 1919 II, Seite 701 ff.

PAUL REMBOUX · DER EINZIGE WEG

JACQUES Réal schrieb nach reiflichem Nachdenken folgendes: Von Tag zu Tag wachsen unsere wirtschaftlichen Nöte, und nur den Spitzbuben scheint noch Lebensfreude gegönnt. Glücksritter halten alle Stellen besetzt. Trotz allen Steuern fühlen wir, daß die Preise für alle Dinge nicht sinken wollen, im Gegenteil. Wir unterliegen einer verhängnisvollen Politik. Wir sind gezwungen mit 1000 % Aufschlag in London und New York Waren zu kaufen, die vor unserer Tür liegen. Jeder ist sich über diesen Irrweg klar, aber der bloße Gedanke an den Ausweg hat so etwas Überraschendes, daß niemand sich getraut ihn auszusprechen. Indes, es muß gewagt werden. Ich will hier die nüchterne, uneingestandene Meinung von Menschen aus allen Klassen aussprechen. Man wird mich als schlechten Patrioten verschreien. Meinetwegen. Ich spreche als Franzose, der das Heil Frankreichs will und zu dessen Rettung als einzigen Weg sieht: ein deutsch-französisches Bündnis. Die folgenden Gründe lassen es mir wünschenswert erscheinen.

1. Ich nehme in der Theorie eine deutsch-französische Versöhnung an:
Weil mein Vaterland die Gesamtheit der Geister vorstellt, die mich verstehen und die ich verstehe und bewundere. Es bedeutet die kleine Schar von Wesen, die ich liebe; es bedeutet die Kunst und den Geschmack, in dem ich groß geworden bin, es bedeutet mein Haus, meine Habe. Nichts von alledem würde sich unter der Wirkung einer Verbindung mit Deutschland ändern.
Weil der Begriff des Vaterlandes ⟨der sich Schritt für Schritt auf dem Weg über das Dorf, die Stadt, die Provinz, das Herrscherhaus und das Land erweitert hat⟩ sich unaufhörlich weiter entwickelt. Neugeschaffene Verkehrswege, Banken, internationale Arbeiterverbände führen ihn neuen Formen entgegen. Über den leicht überschreitbaren Grenzen haben sich die Interessen von Handel und Finanz hin und her verflochten. Wir stehen nicht mehr im Zeitalter der Eroberungen, wir stehen in der Zeit der Bündnisse.
Weil die mit Hochmut und Haß beladene Idee des Vaterlandes, wie sie uns Eltern und Erzieher, Zeitungen und offizielle Dichter überliefern, eine ungesunde und gefährliche Idee geworden ist. Denn sie kann Katastrophen hervorrufen, die nur der Gier der Händler, dem Ehrgeiz der Generalstäbe und dem Vorteil der Spekulanten dienen.
Weil der wahre Patriotismus nicht darin besteht uns in eitlen Täuschungen zu gefallen sondern uns so zu beurteilen wie wir sind, um dann die Mittel und Wege herauszufinden trotzdem weiterzuleben.

2. Unsere jetzige Lage erlaubt uns nicht den Gedanken einer deutsch-französischen Verständigung zurückzuweisen:
Weil wir trotz unserm Sieg endlich begreifen müssen, daß wir nicht nur durch den Krieg geschwächt sind. Wir sind es durch unsere Trägheit, unsere Unfähigkeit zu organisieren, unsere Leidenschaft zu sparen, unsere Sucht uns zu beargwöhnen und unsere Manie des Individualismus.
Weil Frankreich, reich an wundervollen Überlieferungen, kein größeres Anrecht auf ewige Jugend hat als andere Länder.
Weil Frankreich mit allen seinen Vorzügen und Schwächen Frankreich bleiben muß. Unsere Aufgabe ist es die Überlieferung der klaren Einsicht fortzupflanzen und den Völkern von neuem die Parole der Befreiung zu

verkünden. Unsere Pflicht ist es auch Frankreich vor trügerischen Hoffnungen und verhängnisvollen Abenteuern zu bewahren.
Weil es heißt ein schlechter Franzose sein, wenn wir uns freiwilliger Täuschung über unsere Schwächen hingeben. Weil es keine Abhilfe darstellt sie mit Redseligkeit zu verkleiden. Weil auch Schweigen kein geeignetes Heilmittel ist.

3. Frankreich kann nicht ohne Anlehnung leben:
Weil unser Einfluß in Europa abnimmt, während der der anderen Völker wächst. Europa, das im Jahr 1700 40 % Franzosen umfaßte, zählte 1789 nur noch 27 %, 1815 20 %, 1880 13 % und 1900 7 % Franzosen. Und diese Verminderung hält an.
Weil vor dem Krieg 1000 Deutsche jährlich 35 Kinder hatten, 1000 Franzosen nur 29. 1918 haben wir ohne die Kriegsverluste doppelt so viel Todesfälle als Geburten gehabt. Bei uns trifft die Kindersterblichkeit jedes 5. Neugeborene. Wir sind ein Land der Junggesellen, der einzigen Söhne und der Säuglingsopfer.
Weil sich während der letzten 70 Jahre der Alkoholkonsum in Frankreich mehr als verdreifacht hat, während er in den anderen Ländern gesunken ist.
Weil unsere Verwaltung knauserig und kleinlich geworden ist und unsere Industrie behindert, statt sie zu unterstützen.
Weil die französische Handelsflotte in 30 Jahren von der 2. auf die 6. Stelle herabgesunken und von Japan und Norwegen überholt ist; wir bauen weniger Schiffe als Holland, Italien und Spanien.
Weil unsere Landwirtschaft zurückgeht. Ein Hektar guten französischen Bodens bringt jährlich 13 Doppelzentner Getreide hervor, gegen 22 in Schweden, 23 in Deutschland, 24 in Holland, 25 in Belgien, 33 in Dänemark.
Weil die Sprache der Zahlen und Tatsachen sich dagegen sträubt die Franzosen als das klügste, geistvollste und ritterlichste Volk der Erde auszugeben und die Deutschen Boches zu nennen.

4. Wir müssen unsere Rückendeckung in einem deutsch-französischen Bündnis suchen:
Weil Frankreich, da es nicht ohne Anlehnung bestehen kann, als Verbündeten sich eines der drei Völker der Erde aussuchen muß: das amerikanische, das englische, das deutsche Volk.
Weil nach dem jüngsten Krieg, der Frankreich 600 000 Menschen mehr als England und Amerika zusammen kostete, unser Franc im Vergleich zum Pfund und zum Dollar den nur allzu bekannten Wert hat.
Weil Amerika und England sich nicht mehr um unsere inneren Schwierigkeiten kümmern als wir uns für die Neger- oder Irenfrage interessieren.
Weil ich es würdiger finde mich mit meinem Feind von gestern auszusöhnen als den hochmütigen Freunden, die mich im besten Fall mit Beileidserklärungen abspeisen, dienstbeflissen zuzulächeln.

5. Ein deutsch-französisches Bündnis dient gleichermaßen dem Interesse Frankreichs, Deutschlands und der ganzen Welt:
Weil diese Gruppierung von 100 Millionen Menschen (der sich alsbald Italien, das dem deutschen Einfluß die Wiederauferstehung der Lombardei, Spanien, das ihm die neue Blüte Kataloniens verdankt, Österreich, dessen wirtschaftliche Aussöhnung mit Italien fertig ist, und Rußland, das nur eine methodisch arbeitende Rasse wieder zum Leben erwecken kann, anschließen

würde), weil diese Gruppierung also die Vereinigten Staaten von Europa bilden würde, die mit ganzer Seele herbeizuführen unsere Pflicht ist.
Weil dieser Zusammenschluß die unaufhörlich durch die Einflüsse der Großmächte erregten Balkanstaaten beruhigen würde.
Weil Frankreich und Deutschland zwei am Boden liegenden Verwundeten gleichen. Ihre Adern sind geöffnet. Ihr Blut fließt. Sollten sie nicht, statt sich gegenseitig die Verbände abzureißen, an einander lehnen, um sich wieder aufzurichten und, so gut es geht, zu erholen? Dazu brauchen sie nicht Freunde zu sein. Es genügt schon, wenn der gleiche Genesungswille sie beseelt.
Weil der Versuch Deutschland für unsere Zwecke zu unterjochen ein Unternehmen kurzsichtiger Menschen ist. Es ist England und Amerika angenehm, weil es sie gegen die industrielle Expansion ihres Nebenbuhlers schützt. Aber es ist verderblich für Frankreich, denn es rechtfertigt das Fortbestehen der deutschen Gereiztheit gegen uns. Dabei würde uns ein Jahr fruchtbaren Friedens weit reicher machen als ein Jahr unerfüllbarer Ersatzansprüche.

6. Die Wiedergeburt Frankreichs wie Deutschlands läßt sich nur durch ein deutsch-französisches Bündnis sichern:
Weil die Deutschen hauptsächlich Eisenwaren, Werkzeuge und Maschinen, wir dagegen Luxusgegenstände, Moden und Wein exportieren. Es gibt zwischen uns keine Konkurrenz in der Erzeugung, sondern nur gegenseitige Ergänzung.
Weil der Organismus des Menschen, wenn er sich vom Wettstreit ab- und der gemeinschaftlichen Arbeit zuwendet, an Anpassungsfähigkeit und Lebenskraft gewinnt.
Weil wir ein Volk von Erfindern, Künstlern, Bauern und Händlern sind. Es ist zu unserm Vorteil, wenn wir andere unsere hygienischen Einrichtungen, unsere Verkehrsmittel, unsere Fabrikations- und Vertriebsmethoden verbessern lassen. Ein bißchen mehr Methode und praktischer Sinn wird unserm Nationalgeist nichts schaden.
Weil unser Abscheu vor Disziplin uns zum Verhängnis wird. Wir machen uns lustig über diejenigen, die zum Ausgang hinausgehen und zum Eingang hereinkommen, und bedenken nicht, daß es das beste Mittel ist Püffe und Streitigkeiten zu vermeiden.
Weil Frankreich, wenn es auf diese Art des Wiederaufbaus nicht eingeht, nur die Despotie oder die Anarchie zu erwarten hat, während jene Verbindung ein Zeitalter christlicher Brüderlichkeit heraufführen würde, wo Stadt- und Landarbeiter eine lange Periode ohne Blutvergießen erleben würden. Die Industrie würde nicht Mordmittel sondern Lebensmittel erzeugen, der Käufer vom Steuerdruck erleichtert und aus den schädlichen Wirtschaftsschranken befreit werden. Der Wohlstand würde sich in einer Staatengruppe steigern, die groß und produktiv genug wäre, um nahezu sich selbst zu genügen.

7. Die Erinnerung an das Vergangene darf uns nicht dazu bringen den Gedanken an ein deutsch-französisches Bündnis zurückzuweisen:
Weil das Bündnis von Siegern und Besiegten ein neues Gesetz der Geschichte zu sein scheint. Japaner und Russen, noch vor kurzem Gegner, haben Seite an Seite soeben gegen einen gemeinsamen Feind gekämpft. Engländer und Buren machen heute gemeinsame Sache. Und doch haben die Buren das Mitgefühl Europas erregt, als sie die Engländer mit verbürgten Zeugnissen

der Ermordung Verwundeter, des Diebstahls von Herden, der Deportation von Frauen und Kindern und des Mißbrauchs der weißen Fahne anklagten. Diese Grausamkeiten sind bei Soldaten, die alle im Krieg verwildern, gewöhnlich. Man muß sehr naiv sein, wenn man glaubt, daß der Krieg, der in seinem Wesen sinnlos, brutal und ungeheuerlich ist, sich nach Gesetz und Vernunft richte.

8. Frankreich braucht sich nicht durch ein deutsch-französisches Bündnis beunruhigt zu fühlen:
Weil es nicht gegen die Ehre ist zu erkennen, daß man schwach und unklar ist, der Nachbar dagegen fleißig und planvoll.
Weil ein Volk, das einen Napoléon hervorgebracht hat, nicht Angst vor dem Abstieg zu haben braucht, wenn es sich mit einem Volk, das einen Liebknecht gehabt hat, verbrüdert.
Weil die 900 000 Deutschen, die noch den verschiedenen Militär- und Polizeiformationen angehören, keine von Angriffsgeist erfüllten Krieger sind, sondern Leute, die in einem von allen Dingen entblößten Land jenes Mittel herausgefunden haben sich ernähren und bekleiden zu lassen.
Weil der deutsche Militarismus, den man uns als Schreckgespenst hinstellt, mit einem Schlag ungefährlich werden würde, sobald er ohne Objekt wäre.
Weil es töricht ist sich, um der Militärherrschaft zu entgehen, selber das Joch des Militarismus aufzuerlegen.

9. Wir brauchen nicht zu fürchten bei einem deutsch-französischen Bündnis übers Ohr gehauen zu werden:
Weil es nicht wahr ist, daß die Völker sich hassen. Nur weil es beständig wiederholt wird, glaubt man es auch. Unsere Bauern haben die fleißigen deutschen Gefangenen vermißt, die auf ihren Höfen arbeiteten. Die bayrischen Bauern empfanden freundschaftlich für unsere Landleute, die sie als Arbeitskommandos erhielten. Das gemeinsame Unglück weckte unvorhergesehene Sympathieen. Würden alle Züge der Verbrüderung zwischen den feindlichen Soldaten, alle Züge des Mitleids und der Hilfsbereitschaft unter verwundeten Feinden aufgezeichnet, es ergäbe ein stattliches Goldenes Buch. Aber welche Regierung wagt es dazu die Unterlagen zu liefern?
Weil die Intelligenz aller kriegführenden Länder von den selben Leidenschaften und den selben Lügen in die Irre geführt ist. Die Verleumdung war die Waffe der Nichtkämpfer. Doch heute ruhen die Waffen, und die Lüge muß ein Ende nehmen.
Weil diejenigen, die uns vor der *teutonischen Falschheit* warnen, die selben sind, die vor kurzem das *perfide Albion* verurteilt haben. Es ist eine französischen, deutschen und anderen Diplomaten gemeinsame Eigentümlichkeit sich selbst engelhafte Ehrlichkeit zuzuschreiben, während der Nachbar ein Ausbund von Zweideutigkeit sein soll. Die Deutschen gelten für Heuchler, weil sie das wiederholen, was ihre Regierung ihnen gesagt hat. Diese log nach der Gewohnheit aller Regierungen. Wir in Frankreich wiederholen fast immer das Gegenteil dessen, was man uns beibringt. Auf die Weise treffen wir gelegentlich unbewußt die Wahrheit.
Weil die *deutsche Scheinheiligkeit* bei uns zum Dogma wurde. Man bürdet einem ganzen Volk die Verbrechen einer gestürzten Regierung auf.
Weil die Deutschen Menschen sind wie alle anderen. Sie haben weder die Vorzüge, die sie sich einbilden, noch die Fehler, deren man sie beschuldigt.

10. Die Voraussicht rät zu einem deutsch-französischen Bündnis:
Weil wir bei der Ablehnung dieser Verbindung einem ewigen Hin und Her der Revanche entgegengehen.
Weil Deutschland, das 1870 fast so viel Einwohner wie Frankreich hatte, morgen doppelt so viele haben wird. Weil Frankreich auf dem Quadratkilometer 70 Einwohner zählt, Deutschland aber 120. Nun haßt die Natur jedoch den leeren Raum. Wir haben die Wahl zwischen den kommunizierenden Röhren und dem Katarakt.
Weil wir die Wahl zwischen dieser Versöhnung, dieser Einigung, diesem Bündnis, oder dem Krieg in 20 Jahren haben.

11. Wenn ich die Wahl zwischen Vernichtungskrieg und deutsch-französischem Bündnis habe, wähle ich das Bündnis:
Weil alles auf der Welt besser ist als der Krieg von heute, der wissenschaftliche Krieg, der Krieg der Gifte und Gase, der Krieg der Schützengräben, der Krieg, der Bestien erzeugt und Sieger wie Besiegte ruiniert.
Weil das Unglück der Norddepartements, das mehr offizielle Versprechungen als Wiedergutmachungen hervorgerufen hat, uns ein warnendes Beispiel sein soll andere Gegenden dem gleichen Elend auszusetzen.
Weil diejenigen lügen, die uns mit dem Ruf »Der Tod für das Vaterland ist das schönste Los!« anspornen ihre Interessen zu schützen. Das schönste Los ist: lieben, schaffen und leben zu dürfen.
Weil sich der einzelne wohl für die Gesellschaft opfern soll, nicht aber für die Aktiengesellschaft.
Weil die Greise, die Untauglichen und die Frauen nicht das Recht haben den Krieg jenem Bündnis vorzuziehen. Sie haben nicht gesehen, was eine Schlacht wirklich ist, sie haben die Sicherheit sie niemals am eigenen Leib erleiden zu müssen. Nur die Kämpfer sind berufen über sich zu verfügen.
Weil die Erinnerung an unsere anderthalb Millionen Tote uns hindern muß neue Menschenopfer zu bringen.
Weil der ein Feigling ist, der nicht vor den anderen sagt, was er denkt, wenn er allein ist.

FRIEDRICH ENGELS · BRIEFE AN CONRAD SCHMIDT

RYDE INSEL WIGHT 1. JULI 1891

LIEBER Schmidt, ich habe mich auf ein paar Tage hierher geflüchtet. Pumps[20]) wohnt jetzt hier, ihr Mann hat eine Agentur hier übernommen, und die Arbeit wuchs mir so über den Kopf, daß ich, um nur etwas Luft zu schnappen und die notwendigste Korrespondenz abzustoßen, auf ein paar Tage zu ihr kam. Morgen geht's wieder nach London.

Ich habe Ihre beiden Briefe vom 5. März und 18. Juni vor mir. Ihre Arbeit über Kreditwesen und Geldmarkt lassen Sie am besten unvollendet, bis der 3. Band erscheint, da finden Sie viel Neues und noch viel mehr Unerledigtes über diesen Stoff, also neben neuen Lösungen neue Aufgaben. Sobald die

[20]) Eine junge Frau aus dem Kreis Engelsscher Hausfreunde. Ihr Gatte ist der am Schluß des Briefes erwähnte Percy.

Sommerfrische vorüber, wird der 3. Band unaufhaltsam erledigt. Ihr zweiter Plan: Übergangsetappen zur kommunistischen Gesellschaft, ist des Nachdenkens wert, aber ich würde Ihnen raten: nonum prematur in annum. Das ist der schwierigste Stoff, den es gibt, weil die Bedingungen sich in einemfort ändern. Jeder neue Trust zum Beispiel ändert sie, und von 10 zu 10 Jahren werden die Angriffspunkte total verschoben.

Ihre neueren Universitätserfahrungen in Zürich [21]) sind höchst amusant. Die Herren sind sich überall gleich. Nun, ich wünsche Ihnen schließlichen Erfolg zum Ärger der ganzen Clique, und damit Sie endlich wieder einmal Ruhe bekommen.

Das Barthsche Buch hat mich sehr enttäuscht. Ich hatte etwas weniger Flaches und Überskniegebrochenes erwartet. Ein Mann, der jeden Philosophen nicht nach dem Bleibenden, Fortschrittlichen seiner Tätigkeit sondern nach dem notwendig Vergänglichen, Reaktionären, nach dem — System beurteilt, hätte besser geschwiegen. Nach ihm ist ja die ganze Geschichte der Philosophie ein bloßer »Trümmerhaufen« zusammengebrochener Systeme. Wie hoch steht der alte Hegel über diesem seinem angeblichen Kritiker! Und dann, zu glauben, er kritisiere Hegel, wenn er hie und da einem der falschen Sprünge auf die Spur kommt, vermittelst deren Hegel, wie jeder andere Systematiker, sein System zurechtkonstruieren muß! Die kolossale Entdeckung, daß Hegel konträre und kontradiktorische Gegensätze manchmal in eins wirft! Da könnte ich ihm noch ganz andere Kniffe aufdecken, wenn's der Mühe wert wäre! Der Mann ist, was wir am Rhein einen Korinthenscheißer nennen, er verwandelt alles in Kleinkram, und solange er sich das nicht abgewöhnt, wird er, mit Hegel zu sprechen, »von nichts durch nichts zu nichts kommen«.

Wahrhaft erheiternd ist seine Kritik von Marx. Erst macht er sich eine materialistische Geschichtstheorie fertig, wie Marx sie nach seiner Ansicht gehabt haben sollte, und findet dann, daß in den Marxschen Schriften ganz was anderes steht. Daraus schließt er aber nicht, daß er, Barth, dem Marx was Verkehrtes untergeschoben hat, nein, im Gegenteil, daß Marx sich widerspreche, seine eigene Theorie nicht anwenden könne! »Ja, wenn die Leute doch nur lesen könnten!« pflegte Marx bei derlei Kritiken auszurufen.

Ich habe das Buch nicht hier; hätte ich die Zeit, würde ich Ihnen die Verkehrtheiten noch zu Hunderten im einzelnen nachweisen. Es ist schade: Man sieht, der Mann könnte was leisten, wenn er weniger rasch fertig wäre mit dem Aburteilen. Hoffentlich schreibt er nächstens etwas, worüber mehr hergefallen wird; eine gehörige Tracht Keile würden ihm sehr gut tun.

Mir geht es im übrigen recht gut, ich bin wohler als voriges Jahr um diese Zeit und denke nach etwas Erholung wieder ganz auf dem Damm zu sein. Wenn man nur weniger im Arbeiten unterbrochen würde! Seit 2 bis 3 Monaten habe ich die Neuauflage des Ursprungs der Familie usw. in Arbeit genommen und wäre in 14 Tagen fertig geworden, da kommt der neue Programmentwurf [22]) und soll kritisiert werden, da kommen allerlei kleine Un-

[21]) Der Empfänger stand damals vor der Habilitation an der Universität Zürich. Bei der Zulassung wurden ihm von einer gewissen Seite Schwierigkeiten gemacht.
[22]) Der Entwurf zum Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie.

geschicklichkeiten, die auf dem Kontinent begangen werden und uns hier in England ⟨wo der Boden gut, aber vorsichtig zu behandeln ist⟩ die Arbeit erschweren für den Brüsseler Kongreß [23]) etc. Alles das wirft mich wieder heraus, unterbricht, und doch muß das Ding nicht nur großenteils revidiert und ergänzt sondern auch fertig werden, damit ich an den 3. Band kann. Well, es wird doch am Ende gehen, weil es gehen muß.

Man meint hier, man wäre in Preußen. Sonntag begegneten mir 4 bis 5 Matrosen vom Stosch, Prachtkerle, die sich neben den englischen man of war's men sehr gut sehen lassen können, und heut morgen in einemfort Kanonendonner und Granatenplatzen von Schießübungen der Forts von Portsmouth.

Viele Grüße von Pumps, Percy und Ihrem alten F. Engels.

LONDON 1. NOVEMBER 1891

LIEBER Schmidt, vor allen Dingen meinen Glückwunsch zu Ihrer Verlobung und hoffentlich recht baldigen Heirat. Lassen Sie mich wissen, wann der entscheidende Tag sein wird, damit wir Ihre und Ihrer jungen Braut Gesundheit trinken können; einstweilen soll das heute mittag in einem Glase Portwein einleitungshalber geschehen.

Auch zum Abschluß mit Guttentag[24]) gratuliere ich Ihnen, die Arbeit ist der Mühe wert, aber Zeit müssen Sie sich dazu nehmen. Nächste Woche gehe ich an den 3. Band ⟨das ist mit schuld daran, daß ich Ihnen so rasch antworte, ich muß alle Korrespondenz vorher erledigen⟩ und denke nicht aufhören zu müssen, bis alles erledigt. So daß Sie auch diesen notwendigen Abschluß noch einbegreifen können.

Ohne Hegel geht's natürlich nicht, und der Mann will auch Zeit haben, bis er verdaut ist. Die kurze Logik in der Enzyklopädie ist ein ganz guter Anfang. Sie müssen aber die Ausgabe im 6. Band der Werke nehmen, nicht die Separatausgabe von Rosenkranz /1845/, da in jener weit mehr erklärende Zusätze aus den Vorlesungen sich befinden, wenn auch von dem Esel Henning oft selbst nicht verstanden.

In der Einleitung haben Sie § 26 etc. zuerst die Kritik der Wolfschen Verarbeitung von Leibnitz (Metaphysik im historischen Sinn), dann des englisch-französischen Empirismus § 37 etc., dann Kants § 40 ff., endlich des Jacobischen Mystizismus § 61. Im 1. Abschnitt (Sein) sollten Sie Sich nicht zu lange bei dem Sein und Nichts aufhalten; die letzten Paragraphen der Qualität, denn Quantität und Maß sind viel schöner, die Lehre vom Wesen aber ist der Hauptteil: die Auflösung der abstrakten Gegensätze in ihre Haltlosigkeit, wo, sobald man die eine Seite allein festhalten will, sie sich unvermerkt in die andere verwandelt usw. Dabei können Sie Sich die Sache immer an konkreten Beispielen klar machen, zum Beispiel von der Untrennbarkeit von Identität und Unterschied haben Sie als Bräutigam ein schlagendes Exempel an Sich selbst und Ihrer Braut. Es ist absolut nicht festzustellen, ob die Geschlechtsliebe die Freude ist an der Identität im Unterschied oder an dem Unterschied in der Identität. Nehmen Sie den Unterschied (hier des

[23]) Gemeint ist der 2. Kongreß der Zweiten Internationale.
[24]) Der Verlag Guttentag in Berlin wollte ein Buch über Marx herausbringen.

Geschlechtes) weg, oder die Identität (die Menschheit beider), und was bleibt Ihnen übrig? Ich erinnere mich, wie mich im Anfang gerade diese Untrennbarkeit von Identität und Unterschied geplagt hat, obwohl wir keinen Schritt tun können, ohne darüber zu stolpern.

Keinenfalls aber dürfen Sie Hegel lesen wie der Herr Barth ihn gelesen hat, nämlich um die Paralogismen und faulen Kniffe zu entdecken, die ihm als Hebel der Konstruktion dienten. Das ist pure Schuljungenarbeit. Viel wichtiger ist unter der unrichtigen Form und im erkünstelten Zusammenhang das Richtige und Geniale herauszufinden. So sind die Übergänge von einer Kategorie oder einem Gegensatz zum nächsten fast immer willkürlich — oft durch einen Witz gemacht, wie wenn Positiv und Negativ § 120 »zugrunde gehen«, damit Hegel auf die Kategorie des »Grundes« kommen kann. Darüber viel zu spintisieren ist Zeitverlust.

Da jede Kategorie bei Hegel eine Stufe in der Geschichte der Philosophie vertritt ⟨wie er auch meist solche angibt⟩, werden Sie gut tun die Vorlesungen über Geschichte der Philosophie ⟨eins der genialsten Werke⟩ zu vergleichen. Zur Erholung kann ich Ihnen die Ästhetik empfehlen. Wenn Sie Sich da etwas hineingearbeitet haben, werden Sie erstaunen.

Die Verkehrung der Dialektik bei Hegel beruht darauf, daß sie »Selbstentwickelung des Gedankens« sein soll, und daher die Dialektik der Tatsachen nur ihr Abglanz, während die Dialektik in unserm Kopf doch nur die Widerspiegelung der sich in der natürlichen und menschengeschichtlichen Welt vollziehenden, dialektischen Formen gehorchenden, tatsächlichen Entwickelung ist.

Vergleichen Sie einmal die Entwickelung bei Marx von der Ware zum Kapital mit der bei Hegel vom Sein zum Wesen, und Sie haben eine ganz gute Parallele für die konkrete Entwickelung, wie sie sich aus den Tatsachen ergibt, dort die abstrakte Konstruktion, worin höchst geniale Gedanken und stellenweise sehr wichtige Umschläge, wie der der Qualität in Quantität und umgekehrt, zu einer scheinbaren Selbstentwickelung eines Begriffs aus einem andern verarbeitet werden, deren man auch ein Dutzend anderer hätte fabrizieren können.

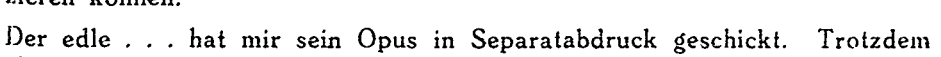
Der edle . . . hat mir sein Opus in Separatabdruck geschickt. Trotzdem aber ein anonymer »Verehrer« mich fragt, ob ich den Kerl »ohrfeigen« werde, habe ich es noch nicht angesehen. So ein Professor, das hat immer noch Zeit.

Der Parteitag ist sehr gut verlaufen.[25]) Die lange Beschäftigung mit der *Opposition* hat gar nicht geschadet; die Philister mögen sich dran ergötzt haben, in der Partei selbst hat's sicher sehr gut gewirkt.

Nach dem Brüsseler Kongreß waren Bebel und Adler ein paar Tage hier, wir waren sehr heiter. Bernsteins sehr gute Einleitung zu Lassalle kommt englisch heraus.

Nun, ich hoffe, Sie haben ein gutes Häuflein Studenten und Studentinnen für Ihren ersten Kurs. Besten Gruß Ihr F. Engels.

Frau Kautsky gratuliert Ihnen und Ihrer Braut ebenfalls herzlichst.



[25]) Der Erfurter Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

WALT WHITMAN · AUS DEM GESANG VON MIR SELBST · ÜBERTRAGEN VON MAX HAYEK

ICH bin einer von Alt und Jung, von den Narren so sehr wie von den Weisen,
Rücksichtslos gegen andere, immer voll Rücksicht auf andere,
Mütterlich so gut wie väterlich, Kind so gut wie Mann,
Vollgestopft mit Stoff, der grob ist, und vollgestopft mit Stoff, der fein ist;
Einer aus der Nation der vielen Nationen, die kleinste und größte gleich;
Ein Südländer so gut wie Nordländer; ein Pflanzer leb' ich, träg und gastlich, drunten am Oconee,
Ein Yankee, eigenem Weg verpflichtet, zum Handel bereit, meine Gelenke die geschmeidigsten und unnachgiebigsten der Erde;
Ein Kentuckyer, durchstreif' ich das Tal des Elchhorn in Hirschledergamaschen, ein Louisianer oder Georgier,
Ein Bootsmann über Seen oder Buchten oder Küsten entlang, ein Hoosier, Bagder oder Buckeye[1],
Auf kanadischen Schneeschuhn daheim oder droben im Busch oder bei Fischern aus Neufundland,
Auf der Eisbootflotte daheim, mit den andern segelnd und kreuzend,
Daheim auf Vermonts Hügeln oder in Maines Wäldern oder in der Farm von Texas,
Kamerad der Californier, Kamerad der freien Nordwestländer ‹deren hohe Gestalten ich liebe›,
Kamerad der Flößer und Kohlenmänner, Kamerad aller, die einem die Hand schütteln und zu Trank und Speise willkommen heißen,
Ein Lernender mit den Einfältigsten, ein Lehrmeister der Gedankenreichsten,
Ein beginnender Novize, doch erfahren in Myriaden von Jahren,
Von jeder Farbe und Kaste bin ich, von jedem Rang und jeder Religion,
Farmer, Handwerker, Künstler, Mann von Stand, Seefahrer, Quäker,
Gefangener, Stutzer, Raufbold, Rechtsanwalt, Arzt, Priester.

Allem widersteh' ich besser als meiner eigenen Vielfältigkeit,
Atme die Luft, doch laß' reichlich davon übrig
Und bin nicht hochmütig und bin an meinem Platz.

‹Motte und Fischlaich sind an ihrem Platz,
Die glänzenden Sonnen, die ich sehe, und die finsteren Sonnen, die ich nicht sehe, sind an ihrem Platz,
Das Tastbare ist an seinem Platz, und das Untastbare an dem seinen.›

MIT starker Musik komm' ich, mit Hörnern und Trommeln.
Ich spiele nicht Märsche für anerkannte Sieger nur, ich spiele Märsche für Besiegte und Erschlagene.
Hast du gehört, es sei gut den Tag für sich zu entscheiden?
Ich sage auch, es sei gut zu fallen. Schlachten werden im gleichen Geist verloren wie gewonnen.

[1]) Hoosier, Badger, Buckeye: Spitznamen für die Bewohner der Staaten Indiana, Wisconsin, Ohio.

Ich schlage und trommle für die Toten.
Ich blase, die Posaune erhoben, mein Lautestes und Fröhlichstes für sie.

Ein Vivat für die, denen es fehlschlug!
Und für die, deren Kriegsschiffe im Meer versanken!
Und für die, die selber im Meer versanken!
Und für alle Generale, die Schlachten verloren, und für alle überwundenen Helden!
Und für die zahllosen unbekannten Helden, den größten gleich, die wir kennen!

DIES ist das Mahl, gleicherweise gerichtet, dies ist das Fleisch für natürlichen Hunger;
Es ist für den Schlechten ganz das gleiche wie für den Rechtschaffenen: ich treffe mit allen Verabredungen.
Ich will keinen Menschen mißachtet oder übergangen sehen.
Die Mätresse, der Schmarotzer, der Dieb sind hierdurch eingeladen,
Der dicklippige Sklave ist eingeladen, der Venerische eingeladen;
Es soll keinen Unterschied geben zwischen ihnen und den übrigen.

Dies der Druck einer schüchternen Hand, dies Flut und Duft des Haares,
Dies Berührung meiner Lippen mit den deinen, dies Gemurmel der Sehnsucht,
Dies ferne Tiefe und Höhe, mein eigen Antlitz spiegelnd,
Dies gedankenvolles Versenken meiner selbst und Wiederauslösung.

Meinst du, ich hätte irgendeinen verborgenen Zweck?
Wohlan, ich habe einen! Denn die Schauer des April haben einen, und der Glimmer am Felsenhang hat einen.

Nimmst du dies dafür, ich wolle staunen machen?
Macht das Tageslicht staunen? Das frühe Rotschwänzchen, durch Wälder zwitschernd?
Mache ich mehr staunen als sie?

In dieser Stunde sage ich vertrauliche Dinge.
Ich möchte sie nicht jedem sagen, aber dir will ich sie sagen.

SEIN in irgendwelcher Form: was ist es?
⟨Wir gehen in der Runde herum, jeder von uns, und kommen immer wieder zum Ausgangspunkt zurück.⟩
Wenn nichts Entwickelteres vorläge: die Venusmuschel in ihrer fühllosen Schale wäre genug.
Die meine ist keine fühllose Schale.
Ich habe momentane Leiter überall an mir, ich mag gehen oder stehen;
Sie ergreifen jeden Gegenstand und führen ihn unversehrt durch mich hindurch.
Ich bewege mich nur, drücke, fühle mit meinen Fingern — und bin glücklich.
Meinen Leib mit dem eines andern in Berührung zu bringen ist etwa so viel wie ich aushalten kann.

Ist dies also eine Berührung? Was mich einem neuen Wesen entgegenschauern macht?
Flammen und Äther durchrauschen meine Adern,
Verräterische Spitze streckt sich an mir und drängt vor,
Mein Fleisch und Blut schleudern Blitze, die treffen wollen, was kaum anders ist als ich selber,
Wollüstiger Aufreiz von allen Seiten steift meine Glieder,
Entpreßt dem Euter meines Herzens den letzten, zurückgehaltenen Tropfen,
Tobt zügellos gegen mich, achtet keiner Weigerung,
Und beraubt mich, wie mit Vorsatz, meines Besten;
Knöpft meine Kleider auf, faßt mich um den nackten Leib,
Foppt meinen Wirrwarr mit der Stille von Sonnenlicht und Triften
Und schleift die Mitsinne unverschämt hinweg,
Besticht sie, mit der Berührung mich zu überlisten und hinzugehen und an meinen Rändern zu grasen,
Ohne Acht und Rücksicht auf meine vertropfende Kraft oder meinen Zorn.
Den Rest der Herde rundum holend, sie eine Weile zu genießen
Und dann alle zu vereinigen, um auf einem Vorland zu stehen und mich zu verbrauchen.

Die Schildwachen werden jedem meiner Teile abtrünnig,
Sie haben mich hilflos gelassen wie einen roten Marodeur,
Sie kamen alle aufs Vorland, um Zeugen zu sein und gegen mich mitzuhelfen.

Ich bin von Verrätern preisgegeben.
Wild schwatz' ich, ich habe den Verstand verloren. Ich, und niemand sonst, bin der größte Verräter,
Ich selbst ging zuerst aufs Vorland, meine eigenen Hände führten mich hin.

Du schurkische Berührung, was willst du tun? Mein Atem würgt mich in der Kehle:
Entklinke deine Fluttore, du bist mir zu stark.

Blinde, liebvolle, ringende Berührung! Verhüllte, verborgene, scharfzähnige Berührung!
Hat es dir so weh getan mich zu lassen?

Dem Hingang folgt am Fuß die Ankunft: immer neue Zahlung immer neuen Darlehens.
Reich schauert Regen nieder, und reicher noch nachher Entschädigung.
Sprossen schlagen Wurzel und häufen sich zur Masse, stehen am Bordstein, fruchtbar und lebenskräftig;
Männliche Landschaften sind da geplant, weitgedehnt und golden.

LLE Wahrheiten warten in allen Dingen.
Sie beschleunigen ihre eigene Befreiung weder noch widerstehen sie ihr,
Sie bedürfen des Geburtshelfers Zange nicht;
Die unbedeutende ist mir so groß wie irgendeine.
⟨Was ist geringer oder mehr als eine Berührung?⟩

Logik und Predigten überzeugen nie.
Der Nebeltau der Nacht dringt tiefer in meine Seele.
⟨Einzig, was jedem Mann und jedem Weibe sich beweist, ist so;
Einzig, was niemand leugnet, ist so.⟩

Eine Minute und ein Tropfen von mir beruhigen mein Gehirn;
Ich glaube, die nassen Klumpen sollen Liebende und Leuchten werden,
Und ein Inbegriff aller Inbegriffe ist das Fleisch eines Mannes oder Weibes.
Und ein Gipfel und eine Blume darauf ist das Gefühl, das sie für einander hegen,
Und unbegrenzt sollen sie aus dieser Lehre sich verästen, bis sie allmächtig wird,
Und bis einer und alle uns entzücken und wir sie.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Außenpolitik / Ludwig Quessel

Türkei

Am 10. August wurde in Sèvres bei Paris der Friedensvertrag zwischen den Verbandsmächten und der Türkei unterzeichnet. Durch ihn verliert die Türkei ihren europäischen Besitz vollständig. Selbst Konstantinopel geht den Türken verloren; denn was der Friedensvertrag von Sèvres von der türkischen Souveränität über Konstantinopel übrig läßt, ist so gering, daß es praktisch nicht ins Gewicht fällt. Den größten Landgewinn aus der Vertreibung der Türken aus Europa ziehen die Griechen. Der türkische Teil Thrakiens westlich der Tschataldschalinie ist ihnen zugesprochen worden. Der Hauptgewinner bei der Aufteilung der europäischen Türkei ist aber England. Dardanellen, Marmarameer und Bosporus sind militärisch und wirtschaftlich unter die Kontrolle einer internationalen Kommission mit eigener Flagge und eigenem Budget gestellt. In dieser Kommission sind England, Griechenland, Rumänien, Frankreich, Italien und Japan vertreten. Griechenland und Rumänien sind zurzeit von England völlig abhängig ⟨allerdings ist hierbei auf die Entwickelung der neugegründeten Kleinen Entente zu achten, deren kontinentaleuropäische Tendenz unverkennbar ist⟩, und die anderen Staaten vermögen auch vereinigt gegenüber der maritimen Macht Englands einstweilen nichts auszurichten. Die Existenz jener internationalen Meerengenkommission stellt also nur eine Milderung der brutalen Tatsache dar, daß England auch seine Herrschaft über das Marmara- und das Schwarze Meer aufgerichtet hat.

Was die Aufteilung des asiatischen Teils der Türkei betrifft, so soll zunächst aus den armenischen Provinzen der Türkei ein neues Armenien entstehen, dem die armenischen Provinzen Rußlands zugeteilt werden sollen. Der Hafen Armeniens soll Batum werden. Als neue Staaten werden auch die türkischen Provinzen Syrien, Palästina und Mesopotamien bezeichnet, und zwar Syrien als französisches, Palästina und Mesopotamien als englisches Protektorat. ⟨Wie weit der Ausbau Palästinas als jüdisches Land dieses später aus der britischen Einflußsphäre wieder entfernt, braucht bei den weltpolitischen Kombinationen der Gegenwart nicht mit erörtert zu werden.⟩ Aus der türkischen Provinz Hedschas soll ein unabhängiges Königreich gebildet werden, dessen Grenzen noch nicht feststehen. Da nun die türkische Souveränität über Konstantinopel reine Fiktion ist, verbleibt den Türken von ihrem europäischen und asiatischen Reich nur Anatolien. Aber auch das nicht ganz. Ein Gebietsstreifen um Smyrna wird der Verwaltung Griechenlands überantwortet. Endlich zwingt der Friede von Sèvres die Türken auf alle Rechte auf ihr einstiges afrikanisches Reich zu verzichten. So vollendet dieser Vertrag die Aufteilung eines Reiches, das, auf den Grenzscheiden dreier Erdteile gelegen, einst große Teile Europas, Asiens und Afrikas umfaßte.

Verschiedene Artikel des Temps zeigen uns, wie sehr man in Paris fürchtet, daß die Ausführung des Vertrags von Sèvres

noch schwieriger werden wird als sein Abschluß. »Wir vermehren die Macht der Türken, indem wir sie nach dem Osten treiben.« Als die Türken an den Meerengen saßen, so schreibt der Temps, genügte eine Flottendemonstration, um sie zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Jetzt sind die türkischen Nationalisten, deren Führung in den Händen »von Offizieren ohne Sold und Beamten ohne Stellung« liegt, auf den Plateaus von Anatolien konzentriert. Dieses intellektuelle Proletariat muß Krieg führen, um leben zu können. Der *kranke Mann* wird so zum gewalttätigen Mann, der, mit dem Gebirge im Rücken, in der Selbstverteidigung mit dem Mut der Verzweiflung kämpfen wird. In den alten Tagen, als die Türken die Russen fürchteten, die Bulgaren bekämpften, die Araber in Schach hielten und die Perser belästigten, war es für Europa leicht den Nahen Orient im Gleichgewicht zu halten. Jetzt müssen sich, wenn auch aus verschiedenen Gründen und mit besonderen Zielen, Türken, Russen, Bulgaren, Araber und Perser schließlich gegen England, Frankreich und Griechenland wenden. Die Hauptlast in diesen allerdings nicht schweren, aber immerhin hartnäckigen Kämpfen soll Griechenland tragen. Aber wird Griechenland dazu fähig sein? Man wagt in Paris nicht diese Frage zu bejahen und betrachtet deshalb den Vertrag von Sèvres mit Unbehagen, da als dessen einzig gesicherter Besitz einstweilen nur Englands Seeherrschaft über das Marmarameer und das Schwarze Meer angesehen werden kann.

England und Japan

Im Jahr 1916 schloß Japan mit dem Zarenreich einen Geheimvertrag ab, der beide Staaten verpflichtete ihre asiatischen Interessen gegenüber England und Amerika mit den Waffen zu verteidigen. Genau betrachtet stand dieser Geheimvertrag mit den Vertragspflichten Japans gegenüber England nicht im direkten Widerspruch, weil man in Petersburg und Tokio erst nach Kündigung des englisch-japanischen Vertrags in den Krieg gegen England und Amerika eintreten wollte. Einen Vertragsbruch kann England also Japan nicht zum Vorwurf machen. Nun läuft 1921 der englisch-japanische Vertrag ab, und in der englischen Presse wird jetzt die Frage seiner Erneuerung lebhaft diskutiert. Auch diejenigen Engländer, die eine sehr heftige Sprache gegen die *Preußen des Ostens* führen, wollen den Vertrag mit Japan nicht ganz fallen lassen. Sie sehen in Japan die Macht, die eine halbe Million Mann in kurzer Frist zur Verteidigung Indiens stellen kann. Umgekehrt könnte ihrer Meinung nach eine schwere Gefahr für das asiatische Reich Englands entstehen, wenn Japan die Sturmglocke zur Erhebung Asiens gegen Europa zieht. Man wünscht daher in England ziemlich allgemein eine Verlängerung des Vertrags mit Japan, obwohl man sich nicht verhehlt, daß sich damit die Reibungsflächen zwischen Amerika und England vergrößern. Andrerseits fürchtet man in London, daß die Japaner für den Schutz des asiatischen Reichs Englands mehr als die Sicherung ihrer territorialen Rechte und speziellen Interessen in Asien verlangen werden. Auch die innere Entwickelung Chinas wird in London als ein Argument angeführt, das für eine Aufrechterhaltung des englisch-japanischen Bündnisses spricht. Unterdessen ist Japan bemüht die Kriegsstärke seines Heeres auf 4½ Millionen Mann zu steigern. Dazu kommt der Bau von Schlachtschiffen von 40 000 Tonnen auf eigenen Werften, von denen 4 bis zum Jahr 1922 fertiggestellt sein sollen.

China

Die finanziellen Besprechungen zwischen England, Frankreich, Japan und den Vereinigten Staaten, die im Oktober in Washington stattfanden, haben zur Bildung eines Konsortiums der führenden Banken jener Länder geführt, unter dessen Leitung die zur Erschließung der chinesischen Rohstoffquellen notwendigen Kapitalanlagen sich vollziehen sollen. Augenblicklich freilich sind die inneren Zustände Chinas für die Investierung von Kapital nicht sehr ermutigend. In den letzten Monaten soll die innere Zwietracht in dem Riesenreich so bösartige Formen angenommen haben, daß seine Einheit bedroht erscheint. Die Anfupartei ist gestürzt worden; der Stern Tuan Tschi Juins ist im Sinken. Sein Gegner, der General Chang So Lin, ist in Peking eingezogen. Der Vorgang hat insoweit seine besondere Bedeutung, als Generale bei ihm als politische Führer auftreten, ein für China ganz unerhörtes und ungewohntes Schauspiel. In London sieht man in Tuans Sturz einen Schlag gegen Japan. Jedenfalls denken die neuen Machthaber gar nicht daran die 1914 angenommenen japanischen Forderungen zur Ausführung zu bringen.

Das Streben der neuen Herren in Peking soll auf eine monarchische Restauration gerichtet sein, die jedoch eine Gefahr für die Einheit des Reichs bildet, weil der Süden von ihr absolut nichts wissen will. England hofft in den inneren Wirren Chinas die Abneigung der Chinesen gegen ein japanisches Protektorat bis zum Haß gegen alles Japanische steigern zu können. In den Seeprovinzen Chinas, wo der englische Einfluß am stärksten ist, soll dies Ziel schon erreicht sein. Im allgemeinen soll England einer monarchischen Restauration in China nicht abgeneigt sein, weil die Wiedereinsetzung der Mandschudynastie nur durch eine extrem nationale, antijapanisch orientierte Bewegung möglich wäre.

Rumänien Während England an der Zerreißung Rußlands durch seine Randstaatengründungen mit zäher Konsequenz fortarbeitet, hat Rumänien sich ganz Bessarabien einverleibt. Ein Einspruch Englands gegen diese Annexion, die eine besondere Treulosigkeit darstellt, weil Rumänien ja zu den mit Rußland verbündeten Verbandsmächten gehört, ist nicht erfolgt. Auch die Note des amerikanischen Staatssekretärs Colby, die die Losreißung Polens, Finnlands sowie der armenischen Gebiete von Rußland als ein wichtiges Ziel der amerikanischen Europapolitik hinstellt, hüllt sich über Bessarabien in Schweigen. Kein Wunder daher, daß man in Bukarest Bessarabien schon als rumänischen Besitz ansieht. In harter und gewalttätiger Weise wird von Bukarest aus die Rumänisierung Bessarabiens betrieben. Die Bolschewisten, obwohl der Preisgabe Bessarabiens an Rumänien im Grunde abgeneigt, befinden sich infolge der Niederlage, die ihnen das polnische Heer unter der genialen französischen Führung zugefügt hat, in einer so schwierigen Lage, daß sie gute Miene zum bösen Spiel machen müssen. Rumänien kann, so schrieb jüngst die Iswestija, 6- bis 700 000 Mann ins Feld stellen. Verglichen mit der polnischen, sei die rumänische Armee die besser organisierte und geschulte militärische Kraft. Man scheint daher jetzt in Moskau geneigt Bessarabien preiszugeben, und zwar auch ohne Volksabstimmung, um Rumänien, wenn möglich, aus dem Ring, der sich von neuem um den russischen Bolschewismus legt, herauszubrechen. Man fürchtet in Moskau, daß Rumänien im nächsten Frühjahr die Basis einer antibolschewistischen Verbindung unter französischer Führung werden kann, die die Armeen Polens, Rumäniens, Wrangels und vielleicht auch Bulgariens umfaßt. Das Verlangen mit Rumänien schnell zu einem dauernden Frieden zu kommen ist daher in Moskau sehr stark. Wie sich Bukarest dazu stellt, ist ungewiß. Die rumänischen Staatsmänner scheinen darin mit den französischen übereinzustimmen, daß sie allen Verträgen mit den Bolschewisten nur ephemere Bedeutung beilegen. Andrerseits wird man sich aber in Bukarest auch darüber klar sein, daß von allen möglichen Regierungen Rußlands nur die bolschewistische sich mit dem Verlust Bessarabiens abfinden könnte.

Totenliste Am 12. Juli starb in Spanien die ehemalige Kaiserin Eugenie, die in den sechziger Jahren Europa mit dem Glanz ihres Hofes erfüllte. Ob sie auch den politischen Einfluß ausgeübt hat, den viele ihr zugeschrieben haben, ist zweifelhaft. Sicherlich ist es vollständig unrichtig in ihr die Urheberin des Krieges von 1870-1871 zu sehen. Auch daß sie Napoléon III. in klerikalem Sinn beeinflußt hat, ist nicht erwiesen. Als ihr einziger Sohn im Kampf gegen die Zulus gefallen war, hielt sie jedenfalls ihre politische Mission für erledigt, legte den Kaiserinnentitel nieder und zog sich ganz ins Privatleben zurück. Die Frau, die an der Spitze der nichts weniger als gerade sittenstrengen Gesellschaft des Zweiten Kaiserreichs in reiner Frauenwürde lebte, beschloß, nachdem sie noch in voller geistiger Frische den Weltkrieg miterlebt und die vor fast einem halben Jahrhundert verlorenen Landesteile Frankreich wiedergewonnen sah, als 94-jährige Greisin ein Leben von märchenhaften Wandlungen.

Kurze Chronik Nachdem der polnisch-russische Krieg, als die Bolschewisten bereits vor Warschau standen, dadurch eine jähe Wendung genommen hatte, daß die Polen sich den Ratschlägen der französischen Militärs unterordneten und durch deren Befolgung die bolschewistische Armee zu völligem Rückzug zwangen ⟨wodurch auch der unbegründete Glaube an deren militärische Leistungsfähigkeit zerstört wurde⟩, sind in Riga die Friedensverhandlungen aufgenommen worden. Sie führten zu Beginn des Oktobers zu einem Waffenstillstand. Polen fand sich zu dessen Unterzeichnung erst

bereit, als seine Truppen die Linie der alten deutschen Schützengräben erreicht hatten. ◇ Am 23. Oktober brachte der Kurier der Danziger Abordnung aus Paris den Wortlaut des Staatsvertrags zwischen Danzig und Polen nach Danzig. Der Vertrag ist bestimmt Polen, entsprechend dem Versailler Frieden, den freien Gebrauch und Dienst des Hafens und seiner Verwendungsmittel sicherzustellen. Zwischen der Danziger Volksvertretung und der englischen Verwaltung kam es bei dieser Gelegenheit zu einem Konflikt, bei dem der englische Oberkommissar eigenmächtig in die Befugnisse der Volksvertretung eingriff. ⟨Die deutschen Zeitungen, die bei jedem französischen Akt Alarm schlagen, begnügten sich hier, wo es sich um einen englischen handelt, mit einem bloßen kurzen Bericht, ohne wesentliche Kritik.⟩ Das Pariser Journal schreibt, es wäre ein Trugschluß, wollte man eine friedliche Lösung erwarten; es käme alles darauf an, ob die Engländer aus Danzig einen polnischen oder einen britischen Hafen machen wollten. ◇ Das österreichische Staatssekretariat für Heerwesen benachrichtigte die Interalliierte Heeresüberwachungskommission, daß die alte österreichische Armee aufgelöst und die neue Wehrmacht nach den Bestimmungen des Friedensvertrags organisiert sei. Angesichts der finanziellen Notlage des Staates bittet es um eine baldige Beseitigung der interalliierten Kontrolleinrichtungen. ◇ Nachdem Polen in der Frage der Autonomie Oberschlesiens die Vorhand ergriffen, hat sich die deutsche Regierung endlich entschlossen dem Reichstag ein Gesetz vorzulegen, das in Oberschlesien, wenn es sich für Deutschland entscheidet, und seine Bevölkerung bundesstaatliche Autonomie verlangt, diese einführt.

Literatur

Die Friedensmöglichkeiten im Osten in den Jahren 1916 und 1917 behandelt Wilhelm Spickernagel in seiner kleinen Schrift Der Kardinalfehler unserer Politik /Berlin, Staatspolitischer Verlag/. Der Verfasser hat mit Sachkunde alles Material zusammengetragen, das über die östlichen Friedensmöglichkeiten bekannt geworden ist. Leider wird der Wert der Schrift sehr beeinträchtigt durch das Bemühen des Autors einzig und allein die demokratischen Parteien für die Nichtausnutzung der östlichen Friedensmöglichkeiten verantwortlich zu machen. Demgegenüber ist festzustellen, daß diese eine eigene Außenpolitik überhaupt nicht hatten. Einen ernstlichen Widerstand hätte die kaiserliche Regierung, wenn sie einen Frieden auf der Basis des Status quo ante mit Rußland angestrebt hätte, bei den demokratischen Parteien nicht gefunden. Die sozialdemokratische Fraktion hatte ja in jenen Tagen ihre Bereitwilligkeit erklärt »nicht nur mit dem Blutzaren, diesem Teufel in Menschengestalt, sondern mit dem Teufel selbst Frieden zu schließen, um das furchtbare Morden zu beenden«. Die bürgerliche Demokratie hätte sich zur selben Auffassung bekannt, wenn die kaiserlichen Heerführer ihr reinen Wein über Deutschlands verzweifelte militärische Lage eingeschenkt hätten. Es ist und bleibt die historische Schuld der kaiserlichen Regierung die östlichen Friedensmöglichkeiten nicht ausgenutzt zu haben, woran sie letzten Endes auch untergegangen ist. Damit soll freilich das Versagen der linken Parteien wider die Bethmannsche Randstaatenpolitik nicht bestritten werden. ◇ Weniger aufschlußreich als Spickernagels Schrift über die Politik des Krieges ist die J. J. Ruedorffers Die drei Krisen /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/, obwohl der Verfasser als »die rechte Hand Bethmann Hollwegs« die Dinge, die zu dem gegenwärtigen politischen Weltzustand geführt haben, genau kennt. Was Ruedorffer uns über die außenpolitische Krise Europas, die innenpolitische der Staaten und die soziale des kapitalistischen Systems sagt, ist im Grunde nur gut geformte Belletristik. Zum Schluß legt indessen der Verfasser ein kontinentaleuropäisches Bekenntnis ab, das trotz mancher Einseitigkeit, namentlich in der Beurteilung der französischen Politik, immerhin beachtenswert ist. ◇ Mit den russischen Zuständen vom antibolschewistischen Standpunkt aus beschäftigen sich mehrere Zeitschriften, die von der russischen Emigration in London und Paris herausgegeben werden. In London erscheint die Wochenschrift The New Russia, die fast in jeder Nummer auch über die außenpolitischen Beziehungen des Ostens höchst wertvolle Aufsätze von sachkundigen Autoren bringt. Besondere Beachtung verdient das von den russischen Sozialrevolutionären in Paris herausgegebene, 2mal in der Woche erscheinende Bulletin d'information Pour la Russie, das in jeder Nummer Nachrichten aus allen Gebieten Rußlands bringt, und dies im Geist strenger Sachlichkeit.

Sozialistische Bewegung / Wally Zepler

Internationaler Kongreß 1920

Vom 31. Juli bis zum 7. August tagte in Genf wieder ein Kongreß der Zweiten Internationale. Vertreten waren fast alle Nationen; die russischen Sozialrevolutionäre verzichteten auf Stimmberechtigung, sie waren, wie Rubanowitsch sagte, nur zur Information anwesend, da sie in Rußland wegen der bolschewistischen Verfolgungen nicht legal arbeiten könnten.

Huysmans eröffnete den Kongreß. Als Präsident und Vizepräsident wurden an Stelle Hendersons und Brantings, die nicht kommen konnten, Tom Shaw und Vliegen gewählt. Shaw meinte, die Internationale könne nur bestehen, wenn sie den Gedanken eines einheitlichen Programms für alle Länder aufgebe und sich auf die Hauptpunkte beschränke. Die Schuldfrage solle begraben sein, es solle in einer Kommission eine Einigung versucht und dann im Plenum einfach abgestimmt werden. Man verfuhr also. Die Kommission arbeitete dann unter Billigung ihres deutschen Mitglieds einen Entwurf aus, gegen den die deutsche sozialdemokratische Reichstagsfraktion indes telegraphisch Widerspruch erhob; nach dem Eintreffen der deutschen Gesamtdelegation wurde er abgeändert. Seine Hauptsätze lauten jetzt: »In Erwägung, daß die deutsche Sozialdemokratie in ihrer Denkschrift selbst erklärt, daß die deutsche Revolution zum großen Unglück der Welt und . . . des deutschen Volkes selbst um 5 Jahre zu spät ausgebrochen ist, ferner, daß sie bedauert, daß sie im Krieg den Kampf gegen Militarismus und Imperialismus nicht mit ausreichendem Erfolg geführt hat, vor allem hinsichtlich der Leitung der auswärtigen Politik . . ., in weiterer Erwägung, daß der Vertreter der deutschen Sozialdemokratie . . . die . . . Erklärung abgegeben hat: »1. Das Bismarcksche Deutschland hat . . . den Weltfrieden aufs schwerste erschüttert, indem es Elsaß-Lothringen . . . mit Gewalt annektiert hat. Für Deutschland darf es keine elsaß-lothringische Frage mehr geben. 2. Das kaiserliche Deutschland hat ein neues Verbrechen begangen, als es . . . die Neutralität . . . Belgiens verletzte und sich durch die Mißhandlung der Bevölkerung der besetzten Gebiete gegen die Gesetze der Menschlichkeit verging. 3. Das republikanische Deutschland fühlt sich verpflichtet zur Wiedergutmachung der Folgen des Angriffs . . .«, nimmt der Kongreß diese Erklärungen zur Kenntnis . . . und erklärt gleichzeitig, mit den gleichen Ausdrücken wie die deutsche Denkschrift, daß sein, des Krieges, unmittelbarer Anlaß hauptsächlich, wenn auch nicht ausschließlich, bei der mit Kopflosigkeit gepaarten Gewissenlosigkeit der . . . deutschen und österreichischen Machthaber lag . . . Der Kongreß bekräftigt seinen festen Willen . . . von nun an zu kämpfen gegen die kriegerischen Mächte . . . im Dienst der Internationale.«

In einer großen, einstimmig angenommenen Resolution legte der Kongreß ferner seine Anschauungen und Wünsche zum Völkerbund dar. Die arbeitenden Klassen könnten sich dieser neuen Organisation gegenüber nicht gleichgültig verhalten, aber sie werde ihrem Zweck wirklicher Friedenssicherung nicht dienen, bevor sie umgestaltet würde. Jetzt werde durch § 12 der Statuten das Recht auf Krieg anerkannt. Das sei zu verwerfen. Durch Schaffung einer internationalen Polizei müsse vielmehr die allgemeine Entwaffnung zu Lande und zur See durchgesetzt werden; alle Nationen sollten das Recht des Beitritts haben, vor allem müßten Delegierte der sozialistischen Parteien in die Organisationen des Völkerbundes Aufnahme finden, um sie entsprechend umzubilden. Der Völkerbund könne seine Aufgaben nur lösen, wenn er die Befugnis der Verteilung der Rohstoffe, Lebensmittel und Kredite erhält, so daß die Welt neu aufgebaut werden und die Schäden des Versailler Vertrags ausgemerzt werden können.

Sidney Webb wollte in ein paar Leitsätzen die Prinzipien der Zweiten Internationale zusammenfassen. Als gesetzgebende Körperschaft erkenne sie das Parlament an; die wirtschaftlichen Fragen seien in einem aus den Berufs- und sozialistischen Organisationen gewählten Wirtschaftsrat durchzuberaten; die Grundsätze der Sozialisierung müßten die Parlamente festsetzen. Diesen Leitsätzen widersprach nur MacLean, alle anderen stimmten zu.

Das internationale Sekretariat wird aus Brüssel nach London verlegt, da die englische Partei jetzt die stärkste sei und London und Moskau die Zentren der sozialistischen Bewegung darstellten. ⟨Also auch dieser Kongreß bleibt bei der konventionellen Anerkennung der Zugehörigkeit des Bolschewismus zum Sozialismus.⟩

Lebhafte Begeisterung weckte es, als MacDonald warm eine allgemeine Hilfs-

aktion für Zentraleuropa befürwortete, de Brouckère ihm zustimmte und Marie Juchacz ihnen namens der deutschen Genossen dankte.
Der nächste Kongreß soll 1922 in Brüssel stattfinden.
Die Ergebnisse des Genfer Kongresses sind wenig bedeutend. Die Erklärungen zum Völkerbund enthalten die altbekannten wirkungslosen Proteste. Über die Notwendigkeit einer Weltrohstoffverteilung, der einzigen praktischen Forderung, sind sich auch Nichtsozialisten heute klar; die Schwierigkeit liegt nur darin neue Machtgrundlagen zu schaffen, wirkliche Wege zu diesem Ziel zu weisen, wie sie eine französisch-deutsche Verständigung anbahnte. Ebenso können Sidney Webbs Leitsätze nicht befriedigen. Ein Wirtschaftsrat ohne gesetzgebende Gewalten bleibt ein Gebilde ohne Mark und Knochen. Statt endlose Resolutionen über alles und darum über nichts zu fassen, sollte sich die Internationale der praktischen Aufgabe widmen wirkliche Ideen wie die der von den Sozialistischen Monatsheften geforderten Wirtschaftsparlamente als mitgesetzgebender und die Sozialisierung vorbereitender Körperschaften ernsthaft zu erörtern; nur so könnte sie realen Einfluß auf die einzelnen nationalen Parteien üben und ihre Existenzberechtigung erweisen, ohne daß sie deshalb die Verschiedenheit der wirtschaftlichen Verhältnisse in den einzelnen Ländern außer acht zu lassen brauchte.

Bolschewistische Internationale

Über den 2. Kongreß der Dritten Internationale, der vom 23. Juli bis zum 7. August in Moskau tagte, liegen nur höchst unvollständige Berichte vor. Das Exekutivkomitee hatte Thesen an den Kongreß gerichtet, die im wesentlichen die bekannten primitiven Lehrsätze des russischen Bolschewismus enthalten. Die Kommunistische Partei bestehe aus den Weitestschauenden unter den Arbeitern, wenn ihr deren Mehrzahl auch noch nicht angehöre. Das werde erst der Fall sein, wenn der Kommunismus die politische Macht ergriffen habe. Deshalb sei es notwendig, daß die kommunistischen Führer auch g e g e n den Willen des Proletariats selbst handeln. Die klassische Dreiteilung der Arbeiterbewegung in eine politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche sei überlebt; jetzt könne es nur Räte und Produktionsverbände unter Leitung der Kommunistischen Partei geben. Über die nationalen und kolonialen Fragen sagen die Thesen: die Interessen der arbeitenden Klassen seien von den allgemeinen Volksinteressen zu sondern, ebenso wie die unterdrückter und nicht gleichberechtigter von denen der Ausbeuternationen. Den nationalen und kolonialen Freiheitsbewegungen könne ihr Recht nur werden, wenn sie sich mit dem bolschewistischen Rußland verbänden. Der föderative Zusammenschluß kommunistischer Republiken sei die Vorstufe zur Einheit der Arbeiterschaft aller Nationen. Die Räte müßten von der Kommunistischen Partei abhängig, diese müsse »besonders in der Epoche der Diktatur des Proletariats auf der Grundlage des eisernen proletarischen Zentralismus aufgebaut sein« und in ihren Reihen »eine eiserne militärische Ordnung schaffen«. Außerdem legte das Exekutivkomitee den Entwurf eines Statuts vor, nach dem mindestens einmal jährlich ein Weltkongreß als höchste Instanz für die Kommunistischen Parteien tagen soll. Das Exekutivkomitee besteht danach aus 5 Vertretern des Landes, in dem es seinen Sitz hat, und je 1 Vertreter der 10 größten kommunistischen Parteien. Andere Länder haben nur beratende Stimme.
Theoretisch brachte der Kongreß nichts Neues. Lenin wärmte in seiner Eröffnungsrede die nun bis zum Überdruß bekannten Phrasen auf, nach denen die Verfechter des Sozialismus von Kerenskij bis MacDonald Schurken, Kompromißler und Kleinbürger sind.
Als Direktive für die ausländischen Parteien gaben Bucharin und Lenin eine Erklärung für Beteiligung am Parlamentarismus ab, wie wir sie ja bereits aus Lenins letzten Veröffentlichungen kennen. Vor dem Kongreß war der Offene Brief erschienen, in dem Moskau den Ausschluß der Nationalbolschewisten Laufenberg und Wolffheim (ursprünglich auch Rühle) aus der Kommunistischen Partei und unbedingte Unterwerfung aller Anschlußsuchenden unter die (weiter unten besprochenen) Moskauer Bedingungen fordert. Diese wurden vom Kongreß gegen 3 Stimmen angenommen.

Deutschland: Parteitag 1920

Vom 10. bis zum 17. Oktober tagte in Kassel der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei. Hermann Müller hob im Schlußwort rühmend hervor, daß er sich von dem stürmischen Verlauf des Hallenser Spaltungsparteitags der Unabhängigen durch Harmonie und Ruhe

ausgezeichnet hat. Ob man daraus auf die Unzerstörbarkeit der sozialistischen Mehrheit schließen darf, ist eine andere Frage.

Der Kasseler Parteitag war ein Spiegelbild des in der Partei herrschenden Geistes. Es wurde im einzelnen vieles Vernünftige gesagt, und es wirken sicherlich auf den verschiedenen Gebieten zahlreiche, ernst arbeitende Kräfte. Aber es fehlt im ganzen der Wille zur Neugestaltung; das Gewohnheitsmäßige herrscht, eine Atmosphäre der Gleichgültigkeit, fast der Langweile lag über der Tagung. Der Widerstand gegen Neues spricht sich in beinahe gehässiger Abwehr alles dessen aus, was sich nicht in die Schablone zwängen läßt und einer wirklichen Idee entspringt, wie, außenpolitisch, des kontinentalpolitischen Gedankens (als Teilforderung des sozialistisch-imperialen Aufbaus der Weltwirtschaft).

In der Außenpolitik offenbarte sich durchaus der alte Geist der bloßen Deklamation. Über die in Genf angenommene Resolution zur Schuldfrage meinte der Berichterstatter über den Genfer Kongreß, Meerfeld: wir hätten darin eine gerechtere Fassung und stärkere Berücksichtigung der zwingenden Gründe für unsere Kriegspolitik gewünscht, sie aber im Interesse der internationalen Verständigung angenommen. Die von Wels begründeten 4 Forderungen zur Außenpolitik geben nicht etwa bestimmte Richtlinien sondern stoppeln nur ein paar zusammenhanglose, aus der Verlegenheit geborene Formeln an einander. Unter den angenommenen Resolutionen stellt der Protest gegen die angeblich von Deutschland verlangte Lieferung von 810 000 Milchkühen an die Entente den Versuch einer Irreführung dar: wiederum zu dem Zweck die Volksleidenschaft gegen Frankreich zu erregen. Es handelt sich ja in der Sache nur um die von der Wiedergutmachungskommission vorgenommene Registrierung der Zahl des von den Deutschen während des Krieges aus Frankreich und Belgien fortgeschleppten respektive vernichteten Viehs; nicht etwa, und dies hat der Minister des Auswärtigen Simons am 29. Oktober im Reichstag ausdrücklich betont, um eine bereits gestellte Forderung. Zwischen den wiederholten Anklagen gegen die französische Okkupation blieb die zur Beurteilung der internationalen Lage nicht uninteressante Mitteilung des Hamburger Genossen Eisenbarth unbeachtet, daß die deutschen Seeleute nirgends so gehässig behandelt würden wie in England, während man ihnen in französischen Häfen durchaus freundlich begegne.

Die wirtschaftspolitische Kontroverse Wissell-Schmidt, die in Kassel eine große Rolle spielte, ist schon wiederholt ausgefochten worden. Die sozialistische Gesinnung des Genossen Wissell konnte durch die Kritik an dem allzu schematisch ausgedachten besondern Planwirtschaftsplan nicht getroffen werden. Schöpferische Vorschläge, die mehr Sinn für das wirkliche Werden bekundet hätten, wurden im übrigen auch hier nicht gemacht.

Zur Revision des Parteiprogramms ernannte man eine Kommission aus den Genossen Adolf Braun, Cunow, Gradnauer, Pfülf, Molkenbuhr, Hermann Müller, Keil, in die gegen den Vorschlag Adolf Brauns auch Eduard Bernstein delegiert wurde.

Georg Schmidt referierte über die Agrarfrage. Man könne keine Betriebsform als die für die Produktion allein vorteilhafte hinstellen; jedenfalls dürfe man den Großgrundbesitz nicht zerschlagen. Es müsse Staatsaufsicht über die Bewirtschaftung des ländlichen Bodens und bei deren Vernachlässigung ein staatliches Enteignungsrecht gefordert werden. Eine Debatte fand nicht statt; alle Anträge dazu wurden der Agrarkommission überwiesen.

Den letzten Punkt der Tagesordnung bildete die Wohnungsfrage, für die Paul Hirsch und Wilhelm Engler als Referent und Korreferent bestellt waren. Hirsch wandte sich gegen das Projekt der Mietssteuer, das er antisozial nannte; nur gemeinwirtschaftlicher Wohnungsbau könne der Wohnungsnot steuern. Engler trat dagegen für die Selbstversorgung der Wohnungskonsumenten durch genossenschaftlichen Häuserbau und zu dessen Erleichterung für Sozialisierung der Baustoffbetriebe ein. Zur Weiterberatung wurde eine Sonderkommission ernannt.

Zahlreiche Resolutionen zu den verschiedensten Gegenständen fanden Annahme, ohne daß einer von ihnen eine besondere Bedeutung zukäme. Über die diktatorische Stellung des Generals von Seeckt in der Reichswehr und die absolute Machtlosigkeit des Kriegsministers Geßler wurde Interessantes berichtet.

Die Partei ist, wie Bartels mitteilt, seit dem vorigen Jahr um 168 000 Mitglieder gewachsen; dagegen ging die Zahl der organisierten Frauen um 10 000 zurück.

Deutschland: Unabhängige und Bolschewismus

Die erbitterten Kämpfe bei den deutschen Unabhängigen über den Beitritt zur sogenannten Dritten Internationale haben folgende Vorgeschichte: Auf ihrem letzten Parteitag in Leipzig wurde beschlossen, ebenso wie von der französischen Partei auf dem Straßburger Parteitag, mit Moskau und den aus der Zweiten Internationale austretenden Parteien Verhandlungen zu führen, um eine neue *revolutionäre* Internationale aufzubauen. Solche Verhandlungen wurden eingeleitet; verschiedene Parteien wünschten die Einberufung einer Konferenz der westeuropäischen, außerhalb der Zweiten Internationale stehenden Parteien. Aus Rücksicht auf die russischen Allgewaltigen, mit denen man es nicht verderben mochte, wollten die Unabhängigen aber erst eine Antwort aus Moskau abwarten und den Lenin usw. die Einberufung einer Einigungskonferenz überlassen. Denn man wollte »auch den Schein vermeiden, als bestände die Absicht eine Internationale neben der Dritten zu erstreben«. Ein ganzes Knäuel von Mißverständnissen und Demütigungen wikkelte sich nun über den Unabhängigen ab; nach Monaten ließen sich die Moskauer Machthaber endlich erst zu der Aufforderung herbei eine Delegation zu Besprechungen mit ihrem Exekutivkomitee und zum 2. Kongreß der Dritten Internationale zu entsenden. Diese Delegation bestand aus Crispien, Dittmann, Däumig und Stoecker. Vorausgeschickt sei noch, daß der Leipziger Parteitag ausdrücklich beschlossen hatte: nur auf Grundlage völliger Autonomie ihrer Partei könne überhaupt von einem Anschluß an Moskau die Rede sein. Schon bei den Vorbesprechungen mit dem Exekutivkomitee kam es zu lebhaften Überraschungen. Sie begannen mit einem hochnotpeinlichen Verhör der Deutschen und scharfen Strafreden Trotzkijs, Sinowjews und ähnlicher wegen der Missetaten der deutschen Unabhängigen. Crispiens Verteidigungsrede wurde mit Hohn abgewiesen, eine frühere Rede Henkes, zu der ihn damals sogar Clara Zetkin beglückwünscht hatte, als »rechtssozialistisch« bezeichnet. Däumig und Stoekker verzichteten bald auf jeden Widerspruchsversuch. Schließlich wurden die vom Kongreß angenommenen 21 Aufnahmebedingungen formuliert, um die seitdem der Streit geht. Sie sind von anzuerkennender Bedenkenlosigkeit. Einige der Hauptstellen seien angeführt: »Die periodische und unperiodische Presse und alle Parteiverlage müssen völlig dem Parteivorstand unterstellt werden. . . Jede Organisation, die sich . . . anschließen will, muß . . . aus allen . . . verantwortlichen Posten der Arbeiterbewegung . . . die reformistischen und Zentrumsleute entfernen und sie durch bewährte Kommunisten ersetzen . . . Die Kommunistische Internationale vermag sich nicht damit abzufinden, daß notorische Opportunisten, wie sie jetzt durch Turati, Kautsky, Hilferding, Hillquit, Longuet, MacDonald, Modigliani und andere repräsentiert werden, das Recht haben sollen als Angehörige der Dritten Internationale zu gelten . . . Jede Partei . . . muß systematisch . . . eine kommunistische Tätigkeit innerhalb der Gewerkschaften, der Arbeiter- und Betriebsräte, der Konsumgenossenschaften und anderer Massenorganisationen . . . entfalten. Innerhalb dieser Organisationen ist es notwendig kommunistische Zellen zu organisieren . . . Parteien, die der Dritten Internationale angehören wollen, sind verpflichtet den persönlichen Bestand der Parlamentsfraktionen einer Revision zu unterwerfen, alle unzuverlässigen Elemente aus ihnen zu beseitigen . . . Die . . . Parteien müssen auf der Grundlage des Prinzips des demokratischen [!] Zentralismus aufgebaut werden . . . Die kommunistische Partei [wird] nur dann imstande sein ihre Pflicht zu erfüllen . . . wenn eiserne Disziplin in ihr herrscht, und wenn ihr Parteizentrum . . . mit der Fülle der Macht . . . ausgestattet wird . . . [Die Parteien] sind nun verpflichtet . . . ein neues kommunistisches Programm im Sinne der Beschlüsse der Kommunistischen Internationale auszuarbeiten. In der Regel muß das Programm jeder zur Kommunistischen Internationale gehörenden Partei von dem ordentlichen Kongreß der Kommunistischen Internationale oder Exekutivkomitee bestätigt werden . . . Alle Beschlüsse . . . der Kommunistischen Internationale wie . . . ihres Exekutivkomitees sind für alle . . . Parteien bindend . . . Diejenigen Parteien, die jetzt . . . eintreten möchten, aber ihre bisherige Taktik nicht radikal geändert haben, müssen vor ihrem Eintritt . . . dafür sorgen, daß nicht weniger als zwei Drittel der Mitglieder ihrer Zentralkomitees und aller wichtigsten Zentralinstitutionen aus Genossen bestehen, die sich noch vor dem 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale unzweideutig für den Eintritt der Partei in die

Dritte Internationale öffentlich ausgesprochen haben . . .«
Nach der Rückkehr der Delegierten aus Rußland flammte der Kampf zwischen den beiden Richtungen in der Freiheit, der Roten Fahne und dann auf der zum Zweck der Berichterstattung Anfang September in Berlin abgehaltenen Reichskonferenz und verschiedenen Landes- und Bezirkskonferenzen der Unabhängigen auf. Die angegriffene Rechte fand endlich Worte den absolutistischen Geist der Moskauer zu kennzeichnen. Crispien charakterisierte die russische Partei richtig als eine unumschränkte Bonzenherrschaft; die Bedingungen seien »eine Kriegserklärung nicht an den Kapitalismus sondern an das klassenbewußte Proletariat, das sich nicht als willenlose Masse brauchen lassen will«. Hilferding findet den geforderten Ausschluß der nicht auf Moskau schwörenden Parteitagsdelegierten besonders ungeheuerlich, da er diesen die Freiheit des Entschlusses raube; auf dem gleichen Brett ständen die *Reinigungen* innerhalb der Parteien und die Oberhoheit der illegalen, also gänzlich unkontrollierbaren Organisationen. Die wahrhafteste und treffendste Schilderung der bolschewistischen Zustände und Beweggründe gab Sepp Oerter in der Freiheit vom 2. September 1920. Er wies darauf hin, daß die Bedingungen unter dem Eindruck der ⟨vermeintlichen⟩ bolschewistischen Siege über die Polen formuliert worden seien. »Denn Moskau ist in seinen Grundsätzen immer schwankend, je nach Erfolg oder Mißerfolg in seiner innern und äußern Politik.« In der Freiheit vom 31. August und 1. September 1920 hatte außerdem Dittmann 2 Artikel unter dem Titel Deutsche Arbeiter in Rußland und Die Wahrheit über Rußland veröffentlicht, die das stärkste Aufsehen in der deutschen Arbeiterschaft und helle Wut bei den Bolschewisten erregten. Über den angeblich schon lange aufgegebenen Terror berichtet er: »Nach dem offiziellen Bericht des Revolutionären Tribunals sind vom 15. Juni bis 15. Juli dieses Jahres . . . noch 893 Personen auf Geheiß der Außerordentlichen Kommission erschossen worden, außer der *administrativen* Erschießungen.« Nach der letzten offiziellen Statistik zählte die Partei in ganz Rußland übrigens 604 000 Mitglieder; davon ganze 11 % Arbeiter, alles übrige Beamte und Soldaten. ⟨Erwähnt sei die Antwort, die Lenin auf eine Anfrage eines Daily News-Korrespondenten über die Wahrheit dieser Anklagen gab: »Die Hinrichtungen scheinen Dittmanns Empörung erregt zu haben, aber in solchen Fällen . . . versteht es sich von selbst, daß revolutionäre Arbeiter Menschewisten hinrichten.«⟩ Gleichwohl hören Dittmann, Crispien und andere Führer der rechten Unabhängigen nicht auf sich als Anhänger der Dritten Internationale zu erklären; nur gegen die Bedingungen wenden sie sich. Sie wollen noch immer nicht wahr haben, daß der Absolutismus dieser Bedingungen aus dem Bolschewismus selber fließt, und daß dieser in jedem Punkt das Widerspiel der Freiheitslehre des Sozialismus ist. Die Feigheit dieser letzten Rettungsversuche konnte die endgültige Auflösung der Partei nicht aufhalten. In der Reichskonferenz wurde beschlossen die Delegierten zu dem entscheidenden Hallenser Parteitag in Urabstimmung nach dem Proportionalverfahren zu wählen. Wie auf dem Parteitag konstatiert wurde, ergaben die Wahlen etwa 220 Befürworter und 158 Gegner der Anschlußbedingungen. In der Reichstagsfraktion ist die Rechte stärker; 60 Abgeordnete sind gegen die Annahme.

Deutschland: Spaltung der Unabhängigen

Am 12. Oktober wurde der Parteitag in Halle eröffnet. Er nahm einen äußerst stürmischen Verlauf; interessant wurde er besonders durch die Anwesenheit von ausländischen Vertretern beider Richtungen: Sinowjews und Losowskijs auf der einen, Martows und Longuets auf der andern Seite. Er drehte sich ausschließlich um die eine Frage der Annahme oder Ablehnung der 21 Bedingungen. Von beiden Gruppen wurden die besten Redner vorgeschickt und alle *Argumente* noch einmal vorgebracht. Das große Wort wurde nicht von den deutschen Parteigängern des Bolschewismus ⟨deren geistige Hilflosigkeit sie dazu ungeeignet machte⟩ sondern von Sinowjew geführt. Die spezielle Wut der Bolschewisten richtet sich neuerdings gegen die gewerkschaftliche Internationale, deren Einheit zu sprengen sie bisher nicht vermochten. Als Sinowjew nun Legien und Jouhaux Agenten des Kapitals nannte und die Internationale für schlimmer als die Orgesch erklärte, hatte selbst die Lammsgeduld der Rechten ein Ende; es entlud sich ein Sturm der Empörung, der sich bei der Rede des bolschewistischen Gewerkschaftsvertreters Losowskij, die von gleichem Kaliber war, noch steigerte. Man lärmte

so lange, bis er auf weiteres Sprechen verzichtete. Dißmann protestierte im Namen der Gewerkschaften gegen diese Angriffe der Moskauer, die ja keine ernsthafte Widerlegung lohnen, wenn sie auch freilich in ihren Zwecken zielbewußt genug sind.

Als Gegner der russischen Forderungen traten unter den deutschen Führern vor allem Hilferding, Crispien und Dittmann auf. Mehrfach wurden Äußerungen Rosa Luxemburgs gegen die bolschewistischen Methoden zitiert wie ein gegen Lenin gerichteter Artikel aus dem Jahr 1904, in dem sie schon damals den diktatorischen Zentralismus verurteilt. ⟨In den Spartacusbriefen nannte sie, woran jetzt wiederholt in der Freiheit erinnert wurde, das Vorgehen der, von der deutschen Obersten Heeresleitung protegierten Bolschewisten im Jahr 1917, das zur Annahme des Brester Friedens führte, eine »Erdrosselung der Revolution« und einen Verrat am internationalen Proletariat. Sie hatte recht. Leider haben die Unabhängigen, aus Liebedienerei, diesen wichtigsten Tatbestand immer vertuscht.⟩

Das eigentliche Ereignis des Kongresses war die Ansprache Martows, dem es, wie er sagte, hier zum erstenmal möglich war vor dem europäischen Proletariat seine Anklagen gegen den Bolschewismus zu erheben. Allerdings nicht, ohne daß er sich und seine Meinungsgenossen in Rußland der Gefahr sofortiger Verfolgung aussetze. »Und nicht nur, wenn ich zurückgekehrt bin, nein, schon jetzt, was werden meine Parteigenossen, die zu Hunderten in den Gefängnissen schmachten, zu erleiden haben!« Erst in letzter Zeit seien wieder Massenverhaftungen unter den Sozialisten vorgenommen und 56 Arbeiter hingeopfert worden. Hier wie in einem Interview schilderte Martow nicht nur die furchtbaren Verfolgungen der Sozialisten sondern auch die Methoden, durch die jede Freiheit der Wahl selbst für die örtlichen Sowjets verhindert werde. Den Fabrikarbeitern, die nicht genehme Persönlichkeiten wählten, würden Heizung und Nahrung entzogen. Die moralische Schwäche, die die Menschewisten stets bekundet haben, und die immer wieder den Lebensfaden der bolschewistischen Herrschaft verlängert, hat aber Martow auch diesmal abgehalten klipp und klar den konterrevolutionären Charakter des Bolschewismus zu kennzeichnen.

Ganz die Haltung des abgewiesenen Liebeswerbers bewahrte leider Longuet, der sich zwar absolut gegen die Diktaturansprüche der Moskauer aussprach, es sonst aber ablehnt ihr System zu kritisieren, »um der Bourgeoisie keine Waffen zu liefern«, und sie mehrfach seiner Sympathie und Freundschaft versichert. Es ist die gleiche Erscheinung wie bei den deutschen Unabhängigen, schließlich noch bis zum heutigen Tag: Die bolschewistische Legende muß aufrechterhalten werden; nur die Auswüchse ihrer Herrschaft will man bekämpfen. So erklärte Hilferding auf die wahrscheinlich nur rhetorische Frage Sinowjews, welche der Bedingungen der Minderheit unannehmbar erschienen, daß sie die Autonomie für sich forderten, das Ausschlußgebot und die Zerschlagung der Gewerkschaftsinternationale ablehnten. Also noch nicht im entferntesten die Erkenntnis des sozialverräterischen Wesens des Bolschewismus.

Am Schluß der Anschlußdebatte wurde über die Resolution Däumig-Stoecker abgestimmt, deren Hauptsätze lauten: »Der Parteitag erblickt in der Dritten Internationale die Weltorganisation des revolutionären Proletariats und beschließt den sofortigen Anschluß . . ., da er die Grundsätze und Thesen . . . als die seinen anerkennt. Im Interesse der notwendigen Geschlossenheit . . . der Internationale stellt der Parteitag . . . fest, daß von einer Autonomie der Parteien . . . nicht mehr die Rede sein kann . . . Der Parteitag erkennt die Bedingungen . . . an und beauftragt die Zentralleitung . . . den Anschluß . . . bei der Exekutive zu vollziehen.« Es ergaben sich 237 Stimmen für und 156 gegen die Resolution. Darauf gab Crispien im Namen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei eine Erklärung ab, die besagt: die Kongreßmitglieder, die die Bedingungen angenommen haben, hätten sich dadurch einer andern (der Kommunistischen) Partei angeschlossen, also ihren Austritt von den Unabhängigen vollzogen. Sie könnten demnach nicht mehr an deren Parteitag teilnehmen; um Konflikte zu vermeiden, wolle die alte Partei den Saal räumen und anderswo weitertagen.

Beide Gruppen setzten nun ihre Beratungen getrennt fort. Die Spaltung der Partei ist zur Tatsache geworden.

Der Vorstand der Unabhängigen legte den neuen Versammlung ein Manifest und organisatorische Grundlinien vor, die beide einstimmig Annahme fanden. Das Manifest erklärt nach einem kurzen historischen Rückblick, in dem den Rechts-

sozialisten die Schuld dafür zugeschoben wird, daß die Macht der Bourgeoisie nach der Revolution nicht gebrochen wurde: »Wir halten fest an unserm Leipziger Aktionsprogramm. Wir erstreben . . . mit allen Mitteln die Eroberung der politischen Macht und ihre Behauptung durch die Diktatur des Proletariats. Wir führen den Kampf weiter gegen die rechtssozialistische Politik des Reformismus, der Koalition mit den bürgerlichen Parteien und den Arbeitsgemeinschaften mit dem Unternehmertum. Wir lehnen es aber ab die Arbeiterschaft . . . in neue Putsche hineinzuhetzen und durch Täuschung über die wirklichen Machtverhältnisse unerfüllbare Illusionen zu wecken . . . Deshalb fordern wir in der gegenwärtigen Situation die proletarische Massenaktion zur sofortigen Inangriffnahme der Sozialisierung in den entscheidenden Wirtschaftszweigen.« Nach den Grundlinien ist jeder aus der Partei ausgeschlossen, der sich den Moskauer Bedingungen unterwirft. Zu Vorsitzenden der Partei wurden Crispien und Ledebour gewählt.

Bei den Neukommunisten (wie jetzt der Moskauer Teil der Unabhängigen genannt wird) verkündete Däumig in der Schlußrede: es sollten jetzt Verhandlungen mit der Kommunistischen Partei Deutschlands zur eventuellen Herbeiführung einer Verschmelzung, und zwar unter Leitung eines Vertreters der Moskauer Exekutive, geführt werden; die Verschmelzung könne aber erst auf einem besondern Parteitag verwirklicht werden. Für die neue Partei gälten nun ausschließlich die Moskauer Thesen.

Rußland

Der in Prag erscheinenden russischen sozialrevolutionären Zeitung Wolja Rossij ging ein Auszug aus einem Aufruf zu, den 42 Sozialrevolutionäre, 5 Sozialdemokraten, 72 *linke* Sozialrevolutionäre und 27 Maximalisten, die in dem politischen Gefängnis Butyrkij in Moskau schmachten, »an das westeuropäische Proletariat und an europäische wie auch russische Sozialisten« richten. Er lautet: »Ihr werdet betrogen. Noch nie war die Lage des Proletariats so verzweifelt und das Reich der *Schieber* so glänzend wie jetzt. In den Dörfern wird eine mächtige Bourgeoisie entwickelt. Die Gefängnisse sind überfüllt mit Sozialisten. Die Sozialrevolutionäre Goz, Timofejew, Wedenjapin, Donskoj, Morosow, Berg, Gisetti und die Genossinnen Ratner und Sljotowa, die Maximalisten Kamyschow (?) und Neustrojew (?) sind verhaftet, der Sozialdemokrat Son (?) ist den Hungertod gestorben, der linke Sozialrevolutionär Tscherepanow ist ermordet. Der Haß gegen die Bolschewisten seitens der Intellektuellen und des Proletariats ist gegenwärtig stärker denn je. Die Lage des Proletariats verschlimmert sich mit jedem Tag durch die Militarisierung der Industrie und die völlige Sperrung der Absatzmärkte. Seit Juni sind zwangsweise Überstunden eingeführt. Der 12stündige Arbeitstag besteht. Seit dem 10. August ist die Brotration für Arbeiter auf 100 Gramm pro Tag reduziert. Jeder freie Ankauf von Lebensmitteln ist unter Gefängnisstrafe gestellt.«

Die Wolja Rossij gibt zu den in dem Aufruf genannten Namen folgende Erläuterungen: Goz, Timofejew, Wedenjapin, Donskoj, Morosow, Berg und Ratner sind Mitglieder des Zentralkomitees der Sozialrevolutionären Partei. Goz ist einer der angesehensten Leiter der Partei und war im Jahr 1906 zu Zwangsarbeit verurteilt, die er auch 8 Jahre lang verbüßte. Er spielte eine hervorragende Rolle in der revolutionären Periode des Jahres 1917. Timofejew hatte ebenfalls seine Tätigkeit in der Revolution von 1905 mit 10 Jahren Zwangsarbeit zu büßen. Durch die Revolution vom März 1917 aus dem Gefängnis befreit, wurde er sofort zum Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrats in Irkutsk gewählt. Wedenjapin war in der Partei seit 1901 tätig, was ihm ebenfalls Zwangsarbeit einbrachte. 1918 und 1919 leitete er den Kampf der Partei gegen Koltschak. Donskoj spielte im Jahr 1917 eine hervorragende Rolle in der Revolution im Kaukasus, wo er Kriegsminister war. Morosow und Berg sind Arbeiter und hatten unter den Arbeitern in Petersburg und Moskau sehr großen Einfluß. Genossin Sljotowa war Mitbegründerin der Partei, Genossin Ratner gehörte ihr seit 1903 an und leistete stets verantwortungsvolle Arbeit. Gisetti ist Dozent an einer Petersburger Hochschule.

Millerand

Alexandre Millerand, einst einer der bekanntesten Sozialisten Frankreichs, wurde mit starker Mehrheit zum Präsidenten der französischen Republik gewählt. In einer langen politischen Laufbahn ⟨er wurde 1888 in Paris zum erstenmal Abgeordneter der Kammer und von diesem Wahlkreis bis in die letzte Zeit ununterbrochen wiedergewählt⟩ stieg er zu der höchsten

Stellung im Staat auf, und es ist für den internationalen Sozialismus gewiß von Interesse sich den Entwickelungsweg dieses Politikers rückschauend zu vergegenwärtigen.

Die Zeit seiner ersten Parlamentskandidatur fällt in eine Periode heftiger Parteikämpfe unter den französischen Genossen. Verschiedene Richtungen (Guesdisten, Broussisten, Allemanisten, Blanquisten) stritten in der noch kleinen Partei gegen einander. Millerand stand stets auf der reformistischen Seite. In seiner berühmten Rede in Saint-Mandé bezeichnete er 1896 als Hauptforderungen des Sozialismus die Vergesellschaftung der dazu reifen Produktionsmittel, die Eroberung der Staatsgewalt durch das allgemeine Wahlrecht und die internationale Verständigung der Arbeiter. 1902, schon nach seiner ersten, vielumstrittenen Ministerschaft, erklärt er es als die Aufgabe der sozialistischen Partei mehr und mehr eine Partei der Organisation und der Regierung zu werden und durch friedliche Mittel unter dem republikanischen Regime die sozialistische Lehre aus einer unfruchtbaren Formel zu lebendiger Wirklichkeit werden zu lassen. Er sei stets ein entschlossener Gegner aller Gewaltmaßregeln und überzeugter Anhänger der reformistischen Methode gewesen, mit der man das sozialistische Ideal der Güte, Gerechtigkeit und Freiheit erreichen müsse.

1899, als durch die Dreyfusaffäre alle nationalistischen und militaristischen Instinkte in Frankreich aufgepeitscht waren, und man einen monarchistischen Staatsstreich befürchten mußte, wenn nicht energische Gegenaktionen ihn hinderten, trat Millerand als erster Sozialist auf Aufforderung Waldeck-Rousseaus in dessen Kabinett ein. Er entfachte damit im internationalen Sozialismus einen Sturm; den Pariser internationalen Kongreß beherrschte der Fall Millerand. Dabei muß man zur politischen Ehre der damaligen sozialistischen Kammerfraktion in Frankreich sagen, daß sie sich sofort für Millerands Eintritt ins Kabinett aussprach; sie hatte es nur, nach der in unserer Partei ja oft geübten Praxis, vorgezogen ihn die offizielle Verantwortung allein tragen zu lassen. Millerands Ministerschaft, die das Kabinett Waldeck-Rousseau ermöglichte, schützte nicht nur die französische Republik vor dem Staatsstreich, sie brachte vor allem der Arbeiterklasse eine Reihe wertvoller Sozialreformen. Der zu dieser Zeit noch ganz ungeregelte Arbeitstag (für Kinder betrug er gesetzlich 10 Stunden, die aber in der Praxis weit überschritten wurden) wurde für sämtliche Arbeiter in gemischten Betrieben zunächst auf 11, von 1903 an auf 10, bei Post und Telegraph auf 8 Stunden festgesetzt, Haftpflicht der Unternehmer, Arbeitskammern, ein zentralisierter Arbeitsnachweis, Zusammenwirken der Gewerbeinspektoren mit den Gewerkschaften usw. wurden eingeführt und diese zu staatlich anerkannten Arbeitervertretungen erhoben. Ein »Gesetzentwurf von solcher Tragweite« wie das Millerandsche Gesetz über Streik und Einigungsverfahren war, wie Hugo Poetzsch damals mit Recht in seinem Artikel Obligatorische Schiedsgerichte und Streikzwang (in den Sozialistischen Monatsheften, 1901 I, Seite 87 ff.) ausführte, »noch keinem Parlamente vorgelegt« worden. Millerand stellte weit über diese Reformen hinaus ein ausgedehntes soziales Programm auf, das auch heute noch alle Sozialisten unterschrieben. In Frankreich verwirklichte sich, sagte Georg von Vollmar in seinem Artikel zum Fall Millerand (in den Sozialistischen Monatsheften, 1900, Seite 779), in 1¼ Jahren »auf dem Gebiet der Arbeiterfrage in Gesetzgebung und Verwaltung mehr als in ein paar Jahrzehnten vorher«.

Nun aber soll, wie der Vorwärts vom 24. September 1920 meint, »der selbe Millerand, der 1896 die Ehre hatte das gemeinsame Aktionsprogramm der ... Sozialisten zu verkünden . . ., jetzt als Präsident der Republik das Aktionsprogramm der Bourgeoisie aufgestellt« haben. Was sagt seine Botschaft in Wirklichkeit? Die Nation sei »für immer mit dem republikanischen Regime verknüpft«; das allgemeine Wahlrecht sei »souverän«. Es solle die Herabminderung des Militärdienstes erstrebt und das Werk des Friedens fortgesetzt werden, indem »die Interessen der verschiedenen Mitarbeiter der Produktion . . . immer solidarischer« gestaltet werden. »Unsere verwüsteten Gebiete schreien nach der Notwendigkeit durch unerschütterliche Geschlossenheit in Mäßigung . . . die vollständige Ausführung der angenommenen und unterzeichneten Verpflichtungen zu erlangen.« Deshalb müsse die Politik aufrechterhalten werden, die das Parlament seit 8 Monaten gebilligt habe. Diese Politik arbeitet, ob dies nun ausdrücklich proklamiert wird oder nicht, wie hier wiederholt gezeigt worden ist, auf eine wirtschaftliche Annäherung Frankreichs an Deutschland hin, freilich auf

der Grundlage der deutschen Wiedergutmachungsverpflichtungen, und sie bekämpft, wie in Ausdrücken bitterster Empörung der selbst von Moskau verfemte Longuet ihr vorwirft, »die erste große sozialistische Republik, die die Welt gesehen hat«, das vom gesamten Proletariat mit »inbrünstiger Liebe« umfangene »Sowjetrußland«. In Wahrheit bekämpft die Millerandsche Politik in den russischen Machthabern nicht nur die Feinde des Sozialismus sondern auch die Zerstörer des einheitlichen Russischen Reichs, das eine der wichtigsten Bedingungen eines solidarisch produzierenden Europas ist. Millerand scheint die außenpolitischen Zusammenhänge denn doch sehr viel besser zu verstehen als diejenigen, die sich einbilden können, Englands zweideutig probolschewistische Stellungnahme sei einzig auf die Furcht vor der »Opposition der organisierten Arbeiterklasse« zurückzuführen. Die inneren Gründe der englischen und der französischen Stellungnahme zum russischen Bolschewismus sind hier in den Sozialistischen Monatsheften (in diesem Band, Seite 769 ff. und 860 ff.) von den Genossen Mark Lewin und Ernst Hamburger klargelegt worden. Und die Aufrechterhaltung des Versailler Vertrags? Schon der Vorwärtskorrespondent weist ja darauf hin, daß der Präsident der französischen Republik solche, unter Umständen nicht wörtlich zu nehmenden Versicherungen notwendig abgeben muß. Doch auch davon abgesehen, wendet sich Millerand damit wiederum gegen die auch hier stets scharf bekämpfte bewußt antifranzösische Richtung der deutschen Politik. Dies in Übereinstimmung mit seiner antibolschewistischen, prokontinentalen Außenpolitik. Millerand bekennt sich jetzt noch dazu Sozialist zu sein, wie er es von Jugend an war.

Es wäre zweckmäßig, wenn die deutschen wie die ausländischen Genossen zum Beispiel einmal die Schriften Millerands (etwa Le socialisme réformiste français /Paris, Georges Bellais/ und Travail et travailleurs / Paris, Eugène Fasquelle /) nachläsen und so den geistigen Entwickelungsweg eines Menschen, der zum mindesten lange ein bedeutender Führer des Sozialismus war, objektiv nach seiner innern Begründung verfolgten, um vielleicht wertvolle Folgerungen für sich selbst daraus zu ziehen, statt den einstigen Gefährten zu den *Renegaten* zu werfen. Was es mit dem Renegatenvorwurf zuweilen auf sich hat, sollten unsere sozialdemokratischen Parteiführer durch Erfahrungen am eigenen Leib zur Genüge kennengelernt haben.

Seliger † In Teplitz-Schönau starb am 18. Oktober an einer Blutvergiftung der Vorsitzende der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Tschechiens Josef Seliger, im Alter von 51 Jahren. Er stammte aus den Reichenberger Landen, war ursprünglich Webergeselle, wurde aber bald Redakteur und führender Agitator. Er galt als der Lieblingsschüler Viktor Adlers. 1907 wurde er zum erstenmal ins Parlament gewählt. Lange Jahre redigierte er die Teplitzer Freiheit. Er wandte alle seine Kraft auf eine Sprengung der Partei zu hindern, die auch dort durch den Einfluß des russischen Bolschewismus drohte. »Er suchte«, wie die Wiener Arbeiterzeitung in ihrem Nachruf schrieb, »das kostbarste Gut der Arbeiterbewegung, die Einheit und Einigkeit der Partei, gegen den drohenden Ansturm zu retten. Vor wenigen Tagen erst, auf dem Karlsbader Parteitag [der deutschen Sozialdemokratie in der tschechoslowakischen Republik] erfocht er den Sieg. Ein schwerkranker Mann schon, das tödliche Gift schon im Leibe, ließ er sich auf den Parteitag tragen, schleppte er sich an Krücken zur Rednertribüne, um noch einmal in einer gewaltigen, aus tiefster sozialdemokratischer Erkenntnis schöpfenden Rede die alte Sozialdemokratie gegen die Irrungen und Wirrungen der Zeit, die Einheit der Arbeiterbewegung gegen die Gefahr der Spaltung zu verteidigen. Er hat gesiegt. Es war ein Sieg aus Viktor Adlers Geist, aus Viktor Adlers Schule. Es war sein letzter Sieg. Nun liegt er auf der Bahre — dem deutschböhmischen Proletariat gerade in der Stunde entrissen, in der es seiner dringender bedurfte denn je! Und uns allen entrissen. Denn einer der allerbesten unsrer Freunde war er immer geblieben. Vor wenigen Wochen noch war er in Wien, saß er noch, ganz wie früher, mit in unserm Rate. Nun ist er tot. Aber fortwirkt, was er geschaffen, es lebt weiter die Saat, die er gesät hat. »Den Glauben an den Sozialismus verloren heißt alles verloren in der Welt«, so sagte er es in seiner großen Rede in Karlsbad, so hat er es gefühlt, so fühlen es Tausende, die er geweckt, die er erzogen hat. Sein Werk bleibt lebendig, solange dieser treue, dieser heilige Glaube an den Sozialismus lebt.«

Kurze Chronik Die beiden von der bolschewistischen Internationale zurückgewiesenen Hamburger Nationalbolschewisten Laufenberg und Wolffheim haben eine neue Partei gegründet, die sie den Bund der Kommunisten nennen. In ihrem Programmentwurf fordern sie unter anderm Wahl von Betriebsräten und politischen Arbeiterräten nach der Bewaffnung der Arbeiterklasse, Organisation der revolutionären Verteidigung gegen die imperialistischen Mächte des Völkerbundes. Der dem Bund nahestehenden Freien Vereinigung zum Studium des deutschen Kommunismus gehört auch eine große Zahl von Mitgliedern der Rechten an. Ihr eigentliches Ziel ist der Revanchekrieg gegen Frankreich. Da es nunmehr offenbar geworden ist, daß der Nationalismus bei ihnen die Triebkraft, der Kommunismus nur eine Hülle war ⟨wie übrigens meist bei dem deutschen Bolschewismus⟩, so werden sie von dem aus Überzeugung antinationalistischen Franz Pfemfert in der Aktion endlich endgültig preisgegeben. ◇ Am 17. Oktober fanden in Deutsch Österreich die Wahlen zu dem neuen Parlament statt. Die Sozialdemokraten erhielten 64 (gegen bisher 70), die Christlichsozialen 78 (65), die Großdeutschen 16 (26), die Demokraten 1 (1), die Zionisten und Tschechen (bisher je 1) gar keine Mandate: auch die Kommunisten konnten kein Mandat erobern. ◇ Bei den schwedischen Reichstagswahlen erhielten die Sozialdemokraten 76 (gegen früher 86), die Linkssozialisten 7 (gegen früher 11) Sitze. Auch die Liberalen gingen von 62 auf 47 zurück, während die Konservativen und die Bauernorganisation entsprechend Sitze gewannen. ◇ Auch in Norwegen scheint sich jetzt eine offizielle Spaltung der Partei zu vollziehen. Die Bolschewisten haben dort die Mehrheit, so daß sich schon 1919 auf dem Parteitag in Kristiania die Partei für den Anschluß an Moskau erklärte. Die sozialistische Minderheit gründete darauf ein besonderes Blatt Arbeiderpolitiken, das jetzt nach dem Moskauer Kongreß zur organisatorischen Scheidung auffordert. ◇ Der nationale Vollzugsausschuß der englischen Arbeiterpartei lehnte einen Antrag der Freien Kommunistischen Partei um Aufnahme ab. Und zwar, wie Snowden mitteilt, deshalb, weil die bolschewistische Partei durch die Aufnahme nur Gelegenheit haben wollte die Labour Party von innen zu zersetzen.

Literatur Die Bolschewisten überschwemmen Europa mit einer Flut propagandistischer Literatur, deren Inhalt dem, der die bolschewistische Phraseologie kennt, fast niemals Neues bietet. Der Gewandtheit des Ausdrucks und der Geschicklichkeit der *Aufmachung* nach nimmt wohl, vielleicht neben Trotzkij, Karl Radek die erste Stelle unter den bolschewistischen Schriftstellern ein. Es ist erklärlich, daß er unkritische Geister mit seinen Auseinandersetzungen kaptiviert, mit denen er freilich genau so schlagkräftig stets auch das Gegenteil beweisen könnte. Vor kurzem erschien die 2. Auflage eines Ende 1919 fertiggestellten Buchs Die Entwickelung der deutschen Revolution und die Aufgaben der Kommunistischen Partei /Hamburg, Cahnbley/. Wie stets von dieser Seite werden auch hier neben den Mehrheitsdie Zentrumssozialisten für das Scheitern der Revolution verantwortlich gemacht; auch Däumig und seine Leute kommen nicht gut weg. Die »Däumingianer« haben »neuproudhonistische« Tendenzen, die linken Unabhängigen »putschistisch-blanquistische«. Der deutschen Revolution fehlte es eben an einem »säkularen revolutionären Führer« wie Lenin. Allerdings: »In Deutschland, England und Amerika ist die Arbeiteraristokratie viel breiter und stärker, die Wurzel der verräterischen Sozialdemokratie liegt im Proletariat viel tiefer.« Daß trotz der ⟨nunmehr auch offiziellen⟩ Beseitigung des Rätesystems durch den Bolschewismus in Rußland die Räte als das Instrument der Durchführung des Kommunismus gepriesen werden, versteht sich von selbst. Die Broschüre ist ja für Deutschland geschrieben, und für Westeuropa ist die Fabrikation des Exportsowjetismus immer noch rentabel. ◇ Das ABC des Kommunismus von R. Bucharin und E. Preobraschenskij /Wien, Arbeiterbuchhandlung/ ist eine, übrigens auf elendem Papier gedruckte Popularisierung der marxistischen Lehre in der in der Partei von jeher beliebten Manier. Die Bücher der sozialdemokratischen Schriftsteller Kautsky, Hilferding usw. werden als Quellen angegeben; im letzten Teil figurieren dann friedlich neben ihnen die Bolschewisten, die die Notwendigkeit des Terrors und die sonstigen bolschewistischen Methoden *wissenschaftlich* erläutern müssen. ◇ In echtem Bolschewistenstil, voller Verdrehungen der Tatsachen und Verleumdungen der russischen So-

zialisten, ließ Fritz Sturm in 2. Auflage eine Reihe von Vorträgen erscheinen /Hamburg, Willaschek/, die er 1919 in Deutschland über das bolschewistische Rußland gehalten hat. ◇ Kurt Kersten gab in dem kommunistischen Verlag A. Seehof in Berlin ein Schriftchen N. Lenin, sein Leben und sein Werk heraus. Es ist ein ästhetisierender Panegyrikus, der sich etwa durch die Worte kennzeichnet: »Mit Lenins Auftreten hat ein neuer Erdenabschnitt begonnen.« Die weibische Glorifizierung der *Persönlichkeit* zeigt, wie himmelweit dieser Kommunismus von dem Geist des Kommunistischen Manifests entfernt ist. In den Kraftjahren der sozialistischen Bewegung ging es nur um die Dinge. In den deutschen Kommunistenkränzchen 1920 verehrt man die *starken Männer*: wie gestern Ludendorff, so heute Lenin, morgen wieder einen der Vertreter des *Preußengeistes* (oder was man dafür hält). ◇ Eine der wenigen sympathischeren Schriften von bolschewistischer Seite ist Das Kulturwerk Sowjetrußlands /Wien, Kommunistische Partei Deutsch Österreichs/, das in loser Zusammenstellung längere und kürzere Artikel über Schul- und Bildungspläne oder -versuche im bolschewistischen Rußland enthält. Sympathischer deshalb, weil man hier die Kraft des sozialistischen Idealismus spürt, den sich der Bolschewismus aneignen und im Prinzip vertreten muß, um überhaupt seine Existenz moralisch rechtfertigen zu können. Lunatscharskij, Krupskaja und andere berichten über die neuen Schulorganisationen, Vorschulen, Kindergärten, -horte usw., Fachschulen, *Proletkult*, Bildungsarbeit unter den Erwachsenen und dergleichen. So wird erzählt, daß Jasnaja Poljana, das Gut Tolstojs, »und alle umliegenden Anwesen und Meiereien . . . mit Einverständnis der Tochter Tolstojs . . . in ein Reich der Kinder verwandelt« worden sind. Ebenso sollen die Fachschulen nach jeder Richtung glänzend ausgebildet sein. Für ständige und fahrende Bibliotheken, Theatervorstellungen, Kurse würden viele Milliarden (allerdings bolschewistischer Papierrubel, von denen ein einziger Mensch, um sich nur notdürftig zu ernähren, monatlich 1 Million braucht) ausgegeben, *Leninzüge* führen durchs ganze Land, die Propagandaliteratur hinaustrügen. Man suche auch die schöpferischen Kräfte des Volkes selbst zu wecken. Das alles möchte leidlich scheinen, wenn es eben nicht bloß zu Propagandazwecken auf dem Papier stände. Eine kommunistische Kultur kann nur aus einer kommunistischen Menschheitsgesinnung erwachsen, niemals auf dem Grund einer konterrevolutionären Gewaltherrschaft von der Gattung des russischen Bolschewismus.

Nationale Bewegung / Ernst Hamburger

Österreich-Ungarn: Rückblick Eine wertvolle Buchreihe stellt die von Hanns Schlitter in der Amaltheabücherei veröffentlichte Serie Aus Österreichs Vormärz /Zürich, Amaltheaverlag/ dar. Die einzelnen Bände zeichnen in knappen Strichen, aber unter Herausarbeitung des Hauptsächlichen, gestützt auf sorgfältig ausgewählte Quellen und die besten wissenschaftlichen Bearbeitungen, die historische Entwickelung der einzelnen Landesteile in der Doppelmonarchie bis zum Jahr 1848. Die ständische Bewegung, besonders in Niederösterreich und in Böhmen, wird aufmerksam in ihren Zusammenhängen mit den nationalen Regungen verfolgt und die Parteienbildung beachtet, die auch für das Verständnis der jüngsten nationalen Entwickelung der jetzt selbständigen Nationen zahlreiche Aufschlüsse gibt. Das Miteinander- und Gegeneinanderarbeiten der Nationalitäten, ihre Selbständigkeitsbestrebungen werden in ihren Auswirkungen aufgezeigt; man empfindet mit voller Schwere die ungeheure Belastung, die jeder Ansatz zu einer europäisch orientierten Politik in den mehr als 2 Menschenaltern nach Metternichs Sturz durch die der nationalen Bewegung aller seiner Völker konsequent und leider nur allzu lange erfolgreich feindliche Politik Habsburgs erfuhr.

Im Kampf um die Weltmachtstellung eines dem Untergang geweihten, schon in Auflösung befindlichen Reiches sanken die Söhne aller seiner Nationen von 1914 bis 1918 dahin, die sich in Wirklichkeit schon von ihm losgesagt hatten und die Versöhnung ihres nationalen Gedankens mit der alten Staatsbildung entschieden ablehnten. Der Zerfall der Doppelmonarchie hat sich infolge der eigenartigen geschichtlichen Konstellation der jüngsten Jahre unter schwereren Erschütterungen vollzogen als bei ihrer innern Schwäche angenommen werden konnte. Die Opfer, die die einzelnen Nationalitäten im Todeskampf Österreich-Ungarns gebracht haben, hat Wilhelm Winkler in einer lesenswerten Publikation Die Totenver-

luste der österreichisch-ungarischen Monarchie nach Nationalitäten /Wien, Seidel/ berechnet und aus ihrer Höhe wichtige Folgerungen gezogen. Seine Abhandlung, die von lehrreichen Tabellen und sorgfältig bearbeiteten graphischen Darstellungen begleitet ist, berücksichtigt die gesamten quantitativen Kriegsverluste an wehrfähigen Männern sowie die der gesamten Bevölkerung durch gesteigerte Sterblichkeit, Geburtenausfall während der Kriegszeit und nach dem Krieg. Die verschiedenen Arten von Kriegsverlusten führen nach Winkler dadurch, daß sie wie die Räder einer Maschine in einander greifen, zu einem ewigen, nie ersetzbaren Verlust an Volkskraft; sehr lehrreich sind die Darstellungen in Pyramidenform über den Einfluß der Kriegsverluste aui die weitere Bevölkerungsgestaltung in verschiedenen europäischen Ländern, wobei allerdings die Annahmen über die künftige Geburtenbewegung recht willkürlich erscheinen. Die besondere Schwächung der deutschen und der ungarischen Nationalität durch die Kriegsverluste wird hervorgehoben. Auf je 1000 der Bevölkerung kamen in Österreich in rein deutschen Gebieten 29,1 Tote, in serbokroatischen Gebieten 17, in polnischen Gebieten 16,2 Tote; in Ungarn in rein magyarisch und magyarisch-deutschen Gebieten 28, in ukrainischen Gebieten 11,9 Tote. Wenn man erfährt, daß die Verlustquote in den rein deutschen Gebieten Böhmens 34,5 ‰, in den rein tschechischen Bezirken 22,5 ‰ beträgt, so darf man diesen Unterschied in der Schwächung der politisch aktivsten Teile der einzelnen Nationalitäten Tschechiens bei der Abwägung der Macht der nationalen Gruppen gegen einander nicht unbeachtet lassen. Manche Ziffern, die die Winklerschen Statistiken bringen, sind entsetzenerregend. Das *Stahlbad* hat der deutschen Stadt Pettau in Steiermark 196 von 1000 der Bevölkerung genommen, der kroatischen Stadt Varsad in Ungarn 153. Die Jahrgänge 1895, 1896 und 1894 in Ungarn verlieren rund je 20 von 100 der wehrfähigen Bevölkerung, die Jahrgänge 1895 und 1896 in Österreich mehr als 18.

Deutsch Österreich

Die Anschlußfrage steht in Deutsch Österreich nach wie vor im Vordergrund des Interesses. Führt doch schon die wirtschaftliche Lage des lebensunfähigen Staates die Unhaltbarkeit des augenblicklichen Zustands jedermann täglich von neuem vor Augen; sie demonstriert die Notwendigkeit der Einordnung des Landes in das Deutsche Reich und Wirtschaftsgebiet nicht nur aus nationalen sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen. Der abermalige Kurssturz der Krone, der im Mai begann, war noch heftiger als die parallele Entwertung der übrigen europäischen Valuten; große Lebensmittelankäufe gegen Barzahlung mußten zur Versorgung der Bevölkerung im Winter abgeschlossen werden, da die kreditierten Lieferungen der Alliierten im September zu Ende gingen; die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie sank durch die ungeheure Erhöhung der Unkosten und die wachsende, wenn auch nie entsprechende Steigerung der Löhne, und das Mißverhältnis zwischen Einfuhr und Ausfuhr erhöhte sich durch die Lockerung der Einfuhrbeschränkungen, die zur Zeit der Steigerung des Kronenkurses das Handelskapital in dem auf strengste Planmäßigkeit im Außenhandel unbedingt angewiesenen Staat durchsetzte. Die völlige Zerrüttung der Finanzen, die auch durch die bewilligten Vermögenssteuern nicht gutgemacht werden kann, und die ununterbrochenen Streikbewegungen und Lohnkämpfe, die eine Parallelerscheinung zu der steigenden Verelendung der unteren Volksschichten durch die in viel rapiderm Maß als in dem immerhin valutakräftigern Deutschland wachsende Spannung zwischen Lebenshaltungskosten und Löhnen darstellen, bedeuten solche Schwierigkeiten, daß ihnen gegenüber die unzweifelhaften Erfolge der Rennerschen Politik der Verhandlungen mit Nachbarstaaten, wie Tschechien, Jugoslawien, Italien, zuletzt auch mit Rumänien, wirtschaftspolitisch wenig ins Gewicht fallen. Auch bei den größten Ententemächten geht Deutsch Österreichs Außenpolitik nach einem jüngst in einer Polemik gegen Czernin gesprochenen Wort Renners nach Brot, kann aber trotz aller Geschicklichkeit dem Hunger und der Verarmung nicht wehren. Trotzdem soll natürlich nicht verkannt werden, daß die Beseitigung gewisser Schranken des Friedensvertrags, wie die Zusicherung gegenseitiger Meistbegünstigung zwischen Österreich und den ersterwähnten Staaten, der Abschluß von Kontingentabkommen, die die Freigabe bestimmter Warenkontingente vom allgemeinen Ausfuhrverbot vorsieht (landwirtschaftliche Produkte und industrielle Rohstoffe besonders aus Jugoslawien und Rumänien gegen Industrie-

artikel aus Deutsch Österreich) große Vorteile bedeuten, ebenso die Zugeständnisse, die der österreichische Staatssekretär der Finanzen in der Frage der Vorkriegsschulden in Verhandlungen mit Frankreich und England erreicht hat. Es ist nicht verwunderlich, daß angesichts der geschilderten Situation die Anschlußfrage im Wahlkampf im Vordergrund gestanden hat und nach Kräften parteipolitisch ausgenutzt wurde. Von der Macht, die der Anschlußgedanke über die Gemüter gewonnen hat, zeugt die Tatsache, daß sich keine Partei gegen den Anschluß erklärt hat, und daß sogar die Christlichsozialen, in deren Reihen starke Strömungen teils für eine Donaukonföderation teils für eine auf Bayern und Österreich als Kernländern sich aufbauende Staatsbildung bestehen, in ihrem Wahlaufruf für die Freiheit der nationalen Selbstbestimmung und den Zusammenschluß mit dem Reich eintraten. Freilich bleibt es trotzdem wahr, daß der Anschlußgedanke konsequent nur von der österreichischen Sozialdemokratie vertreten worden ist, die in der nationalen Einigung die Vorbedingung dafür sieht die revolutionäre Potenz des österreichischen Sozialismus, die in seiner Absperrung auf einem lebensunfähigen Staatsgebiet verpuffen muß, zur Auswirkung zu bringen. Daran vermögen auch die Angriffe nichts zu ändern, die die Großdeutschen, die parteipolitischen Nutznießer des von den Sozialisten übernommenen Gedankenguts, gegen Renner gerichtet haben, dem sie den Vorwurf der Abkehr vom großdeutschen Gedanken und der Demütigung vor Frankreich machten. Renner hat sich auf das entschiedenste dagegen verwahrt, daß er in Saint-Germain auf den Anschluß Österreichs an Deutschland verzichtet hätte, er erinnerte daran, daß er selbst am 11. November 1918 in der provisorischen Nationalversammlung den Antrag eingebracht hätte Österreich als Bestandteil der deutschen Republik zu erklären. Man muß bei allen diesen parteipolitischen Auseinandersetzungen über die Anschlußfrage in der Hitze des Wahlkampfs vor allem die in der letzten Sitzung der Nationalversammlung am 1. Oktober 1920 einstimmig angenommene Resolution Straffner begrüßen, in der die Staatsregierung aufgefordert wurde »spätestens innerhalb 6 Monaten eine Volksabstimmung über den Anschluß Deutsch Österreichs an das Deutsche Reich anzuordnen«. Der Widerhall, den dieser Beschluß in der französischen Presse fand, und der Einspruch gegen die Abstimmung, den die französische Regierung unter Hinweis auf den Artikel 88 des Vertrags von Saint-Germain erhob, läßt die außenpolitischen Schwierigkeiten der Durchführung des Anschlußgedankens im gegenwärtigen Augenblick erkennen. Nur im Zusammenhang mit einer veränderten Gesamteinstellung der deutschen Politik gegenüber Frankreich läßt sich die nationale Einigung aller deutschen Volksstämme erreichen, nachdem der entscheidende Augenblick dafür in den ersten Wochen nach der deutschen Revolution versäumt worden ist. Eine weitere Voraussetzung: die Erkenntnis der politischen Bedeutung des Zusammenschlusses und die Bereitschaft ihm alle Hindernisse von reichsdeutscher Seite aus dem Weg zu räumen, ist leider ebenfalls noch nicht erfüllt. Der Abbruch der reichsdeutschen und deutschösterreichischen Verhandlungen, die zu einer Angleichung der Universitäten führen und damit den kulturellen Anschluß auf einem wichtigen Gebiet ermöglichen sollten, wird von deutschösterreichischer Seite der Furcht Deutschlands zugeschrieben durch wechselseitige Freigabe der Praxis in manchen Berufen zu starke Konkurrenz zu erleiden. Es ist bedauerlich, daß derartige kleinliche Erwägungen ein so geringes Entgegenkommen gegen die Anschlußströmungen in Österreich bewirken und so verhindern, daß der Anschlußgedanke zu einer großen deutschen Volksbewegung wird.

Die Anhänger des Donaubunds in Österreich sind ⟨daran ändert auch der christlichsoziale Erfolg bei den Wahlen nichts⟩ nicht nur infolge der augenblicklichen politischen Konstellation, die die Gegensätze zwischen dem ⟨trotz der bürgerlichen Parlamentsmehrheit⟩ sozialistisch - demokratischen Österreich und dem reaktionären Ungarn in außerordentlichem Maß verschärft haben, sondern auch von der Perspektive der historischen Entwickelung aus widerlegt. Ein Buch wie das des frühern ungarischen Ministers Oskar Jaszi Der Zusammenbruch des Dualismus und die Zukunft der Donaustaaten / Wien, Manz /, das für die Donauföderation einschließlich Deutsch Österreichs nicht ohne Scharfsinn und auf Grund reichen politischen Wissens eintritt, ist doch nicht nur durch die temporären Ereignisse zeitweise sondern durch die offensichtliche Lebenskraft des nationaldeut-

schen, sich über Österreich erstreckenden Gedankens überholt. Die wirtschaftliche Interessengemeinschaft der anderen Donauvölker, die unbestreitbar ist, und zu deren Beachtung in den jüngsten politischen Ereignissen bereits wieder Ansätze bemerkbar wurden, muß in einem auf dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen aufgebauten Europa die ihr zukommende Berücksichtigung innerhalb der Interessensolidarität des gesamten Kontinents finden.

Tschechien Die Gegensätze in der tschechischen Sozialdemokratie wurden in dieser Rundschau (1920 I, Seite 607 ff.) bereits geschildert. Nachdem eine Konferenz der Vertreter des linken Flügels der tschechischen Sozialdemokratie Anfang September in Karolinental beschlossen hatte auch unter den jetzt bekannt gewordenen Bedingungen auf dem Anschluß an die Dritte Internationale zu beharren, und nachdem sie als Grundsätze des Übergangs zum Sozialismus unter anderm die schleunige Enteignung des Großgrundbesitzes, der Banken, Versicherungsanstalten, industriellen Großbetriebe und Bergwerke ohne Entschädigung verlangt hatte, hat die Vertreterkonferenz der tschechischen sozialistischen Partei mit 39 gegen 18 Stimmen den Beschluß gefaßt, daß die Anhänger der kommunistischen Richtung nicht länger Mitglieder der sozialdemokratischen Partei bleiben und im besondern nicht über deren weitere Schicksale mit entscheiden könnten. Damit wandten die Sozialdemokraten in der Partei die Gefahr ab, daß der Parteitag den Anschluß an die Dritte Internationale beschloß, sie selbst zum Austritt aus der Partei zwang und ihnen den größern Teil der Parteipresse und den Organisationsaufbau entriß. Die Kommunisten bemächtigten sich zwar der Druckerei des Pravo Lidu, des in Prag erscheinenden Zentralorgans der Partei, mußten jedoch den Namen der von ihnen in der alten Druckerei herausgegebenen Zeitung auf Einschreiten der Sozialdemokraten ändern, während diese das Pravo Lidu auf eine andere Druckerei übertrugen. Der kommunistische Antrag den Kongreß, wie ursprünglich geplant, Ende September stattfinden zu lassen wurde von der Parteivertretung abgelehnt; der Kongreß wurde zum 27. November einberufen, jeder andere Kongreß, damit auch der Gegenparteitag der Kommunisten in Prag, der Ende September stattfand, für illegal erklärt. Die Vertretung beschloß, daß Kommunisten zu dem Parteikongreß nicht zugelassen werden dürften, und daß Kongreßdelegierter nur der sein dürfte, der sich schriftlich verpflichte nicht für die Dritte Internationale zu sein, deren Bedingungen die Vernichtung der sozialdemokratischen Partei, nicht bloß des Namens sondern auch der Prinzipien und der Kampfmethoden der Arbeiterklasse, diktieren. Mit der Hauptleitung des Parteisekretariats wurde der Abgeordnete Nemec betraut, der zusammen mit dem Abgeordneten Johannis die Arbeiterschaft in öffentlichen Plakaten vor dem Anschluß an Moskau warnte. Die Sozialdemokratie in Tschechien hat damit die Trennung von den Kommunisten in der denkbar schärfsten Form vollzogen. Die im tschechischen Sozialismus vollzogene Spaltung wurde in der deutschen Sozialdemokratie Tschechiens noch vermieden. Der am 3. Oktober eröffnete Karlsbader Parteitag stand insofern vor einer schwierigen Aufgabe, als in einer Kreiskonferenz 3 Wochen zuvor zu Reichenberg ein Beschluß gefaßt worden war, nach dem die linksstehenden Abgeordneten sich für ein gesondertes Vorgehen Hand in Hand mit der Dritten Internationale entschieden, falls ihre Vorschläge abgelehnt würden. Trotzdem gelang es eine gemeinsame Linie für ein Zusammenarbeiten der gesamten deutschen Sozialdemokratie zu finden. Über die Diktatur des Proletariats einigte man sich dahin, daß diese dann errichtet werden sollte, wenn gegnerische Gewalten aufträten. Die Frage des Anschlusses an die Dritte Internationale wurde bis auf weiteres offen gelassen. Sonderorganisationen in der allgemeinen Organisation dürfen nicht gebildet werden. Einer Koalitionsregierung kann nur dann beigetreten werden, wenn dies vom gesamten Proletariat beschlossen wird. Der proletarische Kongreß wird mit der Ausarbeitung der Richtlinien für die Arbeiterräte betraut.

Gelingt es der Partei die Einigkeit aufrechtzuerhalten, so kann ihr Einfluß auf die Gestaltung der zukünftigen Verhältnisse in Tschechien möglicherweise steigen. Die Parteivertretungen der deutschen und tschechischen Sozialdemokratie waren in gemeinsamen Beratungen vor der Spaltung der tschechischen Partei zu der Überzeugung gekommen, daß die Vereinigung des organisierten Proletariats aller Nationen in der tschechischen Republik ein unbedingtes Erfordernis für die Stärkung seiner Macht sei, die schon angesichts der sich verschär-

fenden Klassengegensätze in den aus diesem Grund zu erwartenden Kämpfen in der Zukunft unbedingt geboten sei. Sie beschlossen die Exekutive der beiden Parteivertretungen zu beauftragen unverzüglich an die Ausarbeitung der programmatischen, organisatorischen und taktischen Grundlagen des Zusammenschlusses zu schreiten, die auf breitester Basis zu erfolgen habe. Leider sind die Hoffnungen, die auf die Annäherung der deutschen und der tschechischen Sozialdemokratie gesetzt werden konnten, durch die Krise in der tschechischen Partei zunächst zunichte gemacht. Diese hat ferner den Sturz des Ministeriums Tusar zur Folge gehabt, dessen sozialdemokratische Mitglieder zuerst mit der Erklärung demissionierten, sie hätten bei der Vertretung ihrer Forderungen nicht mehr die ganze Partei hinter sich; ihnen schloß sich das Gesamtministerium an. Das Ministerium Tusar, das stets nur als provisorisch empfunden wurde, machte so einem nicht minder provisorischen Beamtenministerium unter dem Vorsitz Cernys Platz, in dem aus der Regierung Tusar nur die unpolitischen Minister Benesch (für das Äußere), Englisch (als Verweser des Finanzministeriums) und Hotowetz (als Handelsminister) vertreten sind. In einem Handschreiben an den aus der Regierung ausscheidenden Tusar nahm der Präsident Masaryk sehr deutlich zu der politischen Tagesfrage der Spaltung mit den Worten Stellung, er »glaube mit Marx und mit denjenigen Sozialisten, die durch ihre politische Erfahrung und ihre Bildung einen Weltstandpunkt einzunehmen verstehen, daß zum mindesten einige fortgeschrittene Völker sehr durchgreifende Veränderungen am sozialen Organismus auf friedlichem Weg durchzuführen wüßten. Ich glaube, daß unsere Nation mit ihrer Republik und Demokratie zu diesen bewußten und politisch reifen Völkern gehört.« Die kommende politische Entwickelung in Tschechien ist seit dem Zerfall der den jungen tschechoslowakischen Staat in erster Linie tragenden sozialistischen Partei völlig undurchsichtig, zumal sich auch in den nationalen Fragen wachsende Gegensätze in mancherlei Dingen (deutsche Bewegung, Verhältnis zu Ungarn, Aufteilung Teschens) bemerkbar machen.

Zionismus: Vorgeschichte

Die jüdischnationale Bewegung, die ihre Krönung im Zionismus findet, unterscheidet sich infolge der unvergleichlichen Geschichte des jüdischen Volkes von der nationalen Bewegung, wie sie die anderen Völker im 19. Jahrhundert ergriffen hat, in wichtigen Punkten. Sie ist jünger als diese und hat erst in einer Zeit breitere Massen des jüdischen Volkes revolutioniert, in der die bewußte Entwickelung zur Nation bei anderen Völkern schon geschichtsbildend gewirkt hatte. Sie tritt anknüpfend an eine Jahrtausende alte Tradition ans Tageslicht und weist dadurch in höchstem Maß kulturgesättigte Formen auf, ist eng verwachsen mit den einzelnen Perioden der Vergangenheit und verfügt über Erinnerungen und Möglichkeiten der geistigen Evolution, die den sogenannten geschichtslosen Völkern bei ihrem nationalen Werdeprozeß bei weitem nicht in der Tiefe und dem Umfang zu Gebot standen. So wird die jüdischnationale Bewegung entsprechend den lebendigen kulturellen Kräften, die sich in den jüdischen Volksmassen regten und ihrer Umwandlung in politische Energie gemäß der allgemeinen Politisierung der Umwelt harrten, um ihr Ziel als Ergebnis jüdischen Geisteslebens, jüdischer Geschichte in der Diaspora und europäisch-amerikanischer politischer Strebungen zu erkämpfen, vornehmlich von der jüdischen Arbeiterschaft des Ostens und einer intellektuellen Schicht in Westeuropa getragen. Die Periode, in der die Bourgeoisie Träger der nationalen Bewegung ist, wird übersprungen, ja, die jüdische Bourgeoisie stellt sich ihr feindlich gegenüber und nimmt damit von vornherein die Haltung ein, die das Bürgertum in den europäischen Nationen zeigt, je mehr der nationale Rückhalt in der Arbeiterschaft mit deren fortschreitender Bedeutung für das Wirtschafts- und Staatsleben liegt. Entsprechend ihrem Charakter als Produkt einer einzigartigen Mischung der jüdischen Geistigkeit mit europäischen Entwickelungstendenzen konnte die jüdischnationale Idee nur auf dem Boden eines Judentums entstehen, das eine lebendige Überlieferung und eine starke Anhänglichkeit an sie besaß und gleichzeitig durch die Emanzipation in den Gedankenkreis des modernen Europas mit hineingezogen war.

Kaum gibt es ein schlagenderes Beispiel für die dialektische Entwickelung in der Weltgeschichte als die jüdische Geschichte in Europa im vergangenen Jahrhundert. In das Zeitalter eines fast vollständig gegen die Außenwelt abgeschlossenen jüdisch kulturellen Eigendaseins schiebt sich der Kampf um die Emanzipation hinein. Er beginnt in der Epoche

Cromwells, in der der Amsterdamer Rabbiner Manasse ben Israel seine Rettung der Juden verfaßte; sein unermüdliches Wirken, um den Juden die Erlaubnis zur Ansiedlung auf der britischen Insel zu verschaffen, fand in diesem Sendschreiben an einen hohen Gönner in England einen schriftstellerischen Ausdruck, und das heute noch aktuelle Interesse, das dieses frühe, schon von Moses Mendelssohn ins Deutsche übersetzte Dokument des Ringens um die Gleichberechtigung der Juden unter Widerlegung der üblichen Vorwürfe gegen die jüdische Nation erweckt, läßt den Neudruck der Mendelssohnschen Übersetzung in den Weltbüchern / Berlin, Weltverlag / als eine dankenswerte Tat empfinden.

Der Höhepunkt des Kampfes um die Emanzipation, sein Erfolg im Verlauf der französischen Revolution und ihrer Nachwirkungen auf die anderen europäischen Länder, bringt die Tendenz zur vollkommenen Entjudung und Europäisierung als Antithesis, die sich im 19. Jahrhundert mit wachsender Stärke auswirkt. Ihr folgt der jüdische Nationalismus, der auf einer durch die Emanzipation geschaffenen Grundlage die Synthesis anbahnt. Dieses neue jüdische Nationalbewußtsein vermag sich erst in dem Augenblick zu bilden, in dem die allgemeinen gewaltigen politischen und wirtschaftlichen Erschütterungen vom Anfang der achtziger Jahre an die Klassengegensätze und nationalen Differenzen zu bedrohlichster Stärke anschwellen lassen und die Lage der russischen und rumänischen Juden, also der überwiegenden Mehrzahl der Judenheit, wirtschaftlich, politisch und rechtlich unerträglich gestalten, in Westeuropa einen gesellschaftlichen und politischen Judenhaß mit Beengungen wirtschaftlicher Natur erzeugen; er setzt der fortschreitenden Assimilation gewisse Dämme entgegen und läßt in den tiefsten Geistern den Wunsch nach einem positiv jüdischen Ziel wach werden, das in der Zusammenarbeit sämtlicher jüdischen Volksgenossen zum Aufbau einer Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina gefunden wird. Den jüdischen Massen, in denen der Zionsgedanke stets lebendig geblieben war und als Sehnsuchtstraum die Düsterkeit und Bitternis des Galuths, der Verbannung, erhellt hatte, bedeutete Zionismus die Erfüllung ihres religiös-politischen Ideals, Ausweg aus tiefster sozialer Not und nationaler und religiöser Bedrängnis. So ist auch an der Entstehung des nationaljüdischen Gedankens die Not nicht unbeteiligt, die den stärksten materiellen Antrieb zum Ausreifen der nationalpolitischen Ideen im allgemeinen bildet und auch die Judenheit zur Erkenntnis ihrer Klassenlage und ihrer nationalen Besonderheit im modernen Sinn brachte. Wenn man in diesem Sinn die Beteiligung auch des Antisemitismus als einer aus der Geschichte des Feudalismus und des Kapitalismus in Europa nicht wegdenkbaren Erscheinung an der Entstehung des Zionismus faßt, so hat man den berechtigten Kern aus dem Gedanken herausgeschält, der meist in der seichten Behauptung vom Zionismus als einer Frucht des Antisemitismus und als einer auf dem selben Boden wie er erwachsenden Weltanschauung auftritt. Kein Wunder bei dem oben angedeuteten innigen Zusammenhang zwischen nationalem und sozialem Gedanken, daß die nationaljüdischen Ideen, deren Eroberungszug die ökonomische Entwickelung erst vom Ende des vorigen Jahrhunderts ab ermöglichte, schon ein Menschenalter vorher nur ein jüdischer Sozialist, einsam und ohne bedeutendere Wirkung, vorwegnehmen konnte. Moses Heß vertrat in seiner im Jahr 1862 veröffentlichten Schrift Rom und Jerusalem den Standpunkt, daß an der größten geschichtlichen Bewegung des modernen Lebens, die die französische Revolution durch die Schaffung einer neuen sozialen Lebenssphäre ermöglicht habe, das jüdische Volk sich erst dann beteiligen könne, wenn es ein eigenes Vaterland besitze, da erst dann die jüdischen produktiven Kräfte sich frei entwickeln könnten. »Jede Befreiung aus politisch sozialer Knechtschaft«, heißt es schon bei Heß, »ist zugleich eine geistige Befreiung und eine Befruchtung des nationalen Genius.« Die Blutanklage von Damaskus war für Moses Heß' Stellung zum jüdischen Problem bewegendes Moment gewesen. Die großen Judenpogrome des Jahres 1881 in Rußland und die Ignatiewschen Maigesetze des folgenden Jahres, die die Ansiedlungsrayons schufen, ließen die Broschüre Autoemanzipation entstehen, deren Verfasser Leo Pinsker als Führer der von ihm mit ins Leben gerufenen Bewegung der Zionsfreunde, der Chowewe Zion, als der energischste Initiator der Kolonisation Palästinas Bedeutung hat, in der theoretischen Grundlegung eines Zionismus aber weit hinter Heß zurückbleibt. Die antisemitische Woge in Frankreich zur Zeit des Dreyfusprozesses trug auch den Gedanken

des Judenstaats, wie ihn Theodor Herzl konzipierte. »Der Gedanke, den ich in dieser Schrift ausführe«, sagt er in der Vorrede zur 1. Auflage (Theodor Herzl Der Judenstaat, neue Auflage, mit einem Vorwort von Otto Warburg / Berlin, Jüdischer Verlag/) »ist ein uralter. Er ist die Herstellung des Judenstaats. Die Welt widerhallt vom Geschrei gegen die Juden, und das weckt den eingeschlummerten Gedanken auf.« Herzls Judenstaat ist, wie Warburg in der Einleitung zu der oben zitierten Ausgabe mit Recht betont, nicht die Quintessenz des Zionismus, nicht einmal die Grundlage, auf der er sich aufbaut. Er stellt nach einem Wort Max Nordaus Herzls Grundgedanken dar, ungehemmt durch praktische Rücksichten, voll ausgedrückt. An die Verwirklichung des Gedankens hat er später gedacht, in der eigentlichen zionistischen Phase seiner Entwickelung, die aber erst durch die frühere rein ideale ganz verständlich wird. Trotzdem wird schon in dieser Schrift über den jüdischen Idealstaat vieles gefordert und als erstrebenswert hingestellt, was Herzl als Führer der zionistischen Organisation später durchgeführt oder wenigstens vorbereitet hat.

Mit dem Judenstaat hat Herzl den entscheidenden Schritt zur Formung eines einheitlichen jüdischen Volkswillens getan, mit dem als wichtigstem Aktivum er selbst und seine von der zionistischen Organisation erwählten Nachfolger in einem 20jährigen Zeitraum ihrer ihnen vom Volk gestellten Aufgabe gerecht wurden: der jüdischen Nation dazu zu verhelfen die Rolle als Objekt der Weltpolitik zu überwinden, den ihr gemäßen nationalen Gedanken aus sich zu entwickeln und dadurch die einzige Quelle eines wahrhaft produktiven Schaffens ihr zu erschließen.

Kurze Chronik In Mailand trat am 12. Oktober die Internationale Vereinigung für den Völkerbund, der die Völkerbundligen der meisten neutralen und Ententestaaten angehören, zu ihrer 2. Tagung zusammen. Eine Resolution für möglichst rasche Aufnahme aller Staaten in den Völkerbund, die Gewähr für ihre aufrichtige Absicht geben ihre internationalen Verpflichtungen erfüllen zu wollen, wurde von der Mehrheit angenommen. Ebenso trat die Versammlung für die schleunige Einrichtung des internationalen Gerichtshofs beim Völkerbund ein. ◇ Nach Angaben des Belgrader Ministeriums für Sozialpolitik umfaßt der südslawische Staat 271 532 Quadratmeter mit 14 343 087 Einwohnern. Davon ist der umfangreichste und bevölkertste Teil Serbien mit 87 358 Quadratmeter und 4 456 909 Einwohnern. ◇ Die sozialdemokratische Partei und der Gewerkschaftsbund Armeniens fordern das Proletariat aller Länder auf für die Freiheit und Selbstbestimmung des armenischen Volkes einzutreten. ◇ An der deutschen Universität in Prag wurden vor kurzem 51 Kandidaten zu Doktoren der Rechte promoviert: ein Beweis für die Existenzberechtigung und Lebensfähigkeit dieser deutschen Hochschule. Den jungen Doktoren wurde anempfohlen sich auch dem Staatsdienst in der tschechoslowakischen Republik zu widmen, da es im Interesse des deutschen Volkes gelegen sei, wenn in allen Zweigen der Verwaltung Volksgenossen als Beamte mitwirken. ◇ Von der Gesellschaft Aabu, der bedeutendsten religiösen Vereinigung Nordafrikas, wird mit Unterstützung des französischen Parlaments eine muselmanische Universität in Paris begründet. Der Studienplan umfaßt, neben den anderen Wissenschaften, französischer Literatur usw., vornehmlich Vorlesungen über den Koran, Theologie und Recht des Islams. ◇ Von der presbyterianischen Kirchenbehörde Amerikas wird eine amerikanische Universität in Kairo errichtet. In ihrem Lehrplan sollen die schönen Künste, orientalische Sprachen, Schullehrfächer, Handel und Landwirtschaft Berücksichtigung finden. ◇ Die Universität Dorpat wurde als estnische Landeshochschule wiedereröffnet. Sie ist damit in die 4. Phase ihres Bestehens getreten. Zuerst, von 1632 bis 1710, war sie schwedisch, dann war sie, nachdem sie eine Zeitlang überhaupt eingegangen war, von 1801 bis 1893 im wesentlichen deutsch; 1893 wurde sie russifiziert und blieb so bis zur bolschewistischen Herrschaft und der dadurch bewirkten Lostrennung des Baltikums. Die Periode, die jetzt begonnen hat, trägt zunächst mehr internationalen Charakter; den ⟨zumeist von auswärts herangezogenen⟩ Lehrern bleibt die Wahl zwischen dem Estnischen, dem Deutschen und dem Russischen.

Frauenbewegung / Dora Landé

Akademikerinnenkongresse Am 16. und 17. Juni wurde die Generalversammlung des Vereins »Frauenbildung-Frauenstudium«, in Heidelberg,

abgehalten. Marie Bernays erstattete den Vereinsbericht. Der Frauenbewegung seien jetzt durch die politischen und Berufsorganisationen Konkurrenten erstanden; diese seien jedoch von den geistigen und sittlichen Ideen der Frauenbewegung noch unberührt und erstrebten zu einseitig die wirtschaftliche Hebung des weiblichen Geschlechts. Camilla Jellinek setzte sich für die energische Weiterbetätigung der Frauenbewegung ein, da andernfalls die Frauen Gefahr liefen nur papierne Rechte zu gewinnen. Richtig forderten verschiedene Rednerinnen angesichts des großen Andrangs zu den Universitäten eine erhöhte Förderung der Ausbildung zu praktischen Berufen und wiesen auf die Möglichkeit und Notwendigkeit geistiger und seelischer Vertiefung solcher Berufe hin. Es hätte hier auch betont werden müssen, daß die Freigabe des sogenannten Vierten Wegs zum Frauenstudium (siehe diese Rundschau, 1914 II, Seite 705 ff.) einen großen Teil der Schuld an dem übermäßigen Zustrom der Frauen zu den Universitäten trage. Es folgten die Berichte über die badische und die Reichsschulkonferenz. Hier mußte die Uneinigkeit ins Auge fallen, die über die Frage der Koedukation und die Ausgestaltung der Frauenschulklassen besteht. Über das gegenwärtige Stadium der Koedukationsbewegung sowie über die Einwände, die man gegen die Koedukation erhebt (Hinweis auf die Differenziertheit der Geschlechter usw.), wird auch in dieser Rundschau noch besonders zu berichten sein. Was die Frauenschulklassen betrifft, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß in unserer Zeit, die in wachsendem Maß die Berufstätigkeit des weiblichen Geschlechts notwendig macht, es nicht angängig ist sie wieder nur als reine Erziehungsschulen gestalten zu wollen, anstatt auch hier eine sogenannte Berechtigungsbildung zu pflegen, durch die eine Berufstätigkeit als Kindergärtnerin, Hausangestellte usw. möglich wäre. Ganz und gar verfehlt ist es von irgendeiner Schulform, vom Gymnasium, Realgymnasium oder der Oberrealschule etwa, auszusagen, sie sei für das weibliche Geschlecht besonders geeignet oder ungeeignet. Es liegt zunächst kein Grund vor bei den Frauen nicht ebenso eine Verschiedenheit der sogenannten Begabung anzunehmen wie bei den Männern. Daher ist es ungeheuer wichtig auch den Mädchen genau so wie den Knaben alle Schulgattungen zur Auswahl zu lassen. Nur dadurch, daß dem Schüler selbst die freie Wahl gelassen wird, kann die Willenskraft in Tätigkeit treten, die zuletzt der ausschlaggebende Faktor für die Leistung ist. Eine Differenzierung der Geschlechter, dergestalt, daß dem weiblichen diese Willensbetätigung irgendwie eingeschränkt wird, ist unbedingt zurückzuweisen (siehe zu diesen Fragen meine Studie Frauenbildungswesen und Koedukation, im 5. Band des Archivs für Frauenkunde und Eugenetik). Die Behandlung dieser Dinge auf der Generalversammlung ließ Klarheit und Konsequenz vermissen. Bei der Frage des geschichtlichen und staatsbürgerlichen Unterrichts kam es zu einer lebhaften Diskussion, in der man sich mehrfach gegen die Untauglichkeit der heutigen Schulbücher wandte und statt der üblichen Kriegs- und Fürstengeschichte Kulturgeschichte und Bürgerkunde gelehrt sehen wollte. In der Diskussion über innere und äußere Probleme des Studentinnenlebens wurde die Bedeutung der Frauenbewegung für die Studentin betont; es wurde aber auch festgestellt, daß diese der Bewegung ihr Interesse erst dann zuzuwenden pflege, wenn Konflikte in ihr Leben träten, die nur mit Hilfe einer größern Organisation zu lösen seien, etwa angesichts der drohenden Gefahr einer Beschränkung des Frauenstudiums usw. Am Schluß der Tagung wurde eine Kommission gewählt, die die Möglichkeit von Verbesserungen in manchen praktischen Frauenberufen und der Erschließung neuer solcher Berufe studieren soll.

Vom 30. Juli bis zum 1. August tagte in Jena der 11. Verbandstag der Studentinnenvereine Deutschlands. Den größten Teil der Verhandlungen nahm die Frage in Anspruch, wie der Verband trotz den verschiedenen hochschulpolitischen Richtungen seine Stellung über allen Gegensätzen von Partei, Religion und Rasse wahren solle, um die jungen Studentinnen zu ⟨vermeintlich⟩ objektiver Würdigung aller Geistesströmungen zu führen und damit auch der Überwindung der inneren Zwistigkeiten zu dienen. Zu diesem Zweck wurde für Verbandsvereine, die sich in abweichenden Richtungen entwickelt hatten, doch der Weg zu einem losen Zusammenschluß gefunden.

In das alte Bedford College in London, die erste englische Frauenuniversität, war für Anfang Juli die erste internationale Konferenz weiblicher Akademiker einberufen worden. Sie vereinigte Teilnehmerinnen aus den Vereinigten

Staaten, Canada, Australien, Neuseeland, Südafrika, Indien, Frankreich, Spanien, Holland, Belgien, Dänemark, Norwegen, Schweden, Tschechoslowakien und Italien. Der Zweck der Zusammenkunft war eine dauernde Vereinigung der wissenschaftlich tätigen Frauen der ganzen Welt zur Pflege internationalen Geistes in Leben und Wissenschaft aufzurichten. Dieses Ziel soll gefördert werden durch Errichtung von Klubhäusern in allen größeren Städten, Dozenten- und Studentenaustausch zwischen den verschiedenen Universitäten, Begründung internationaler Freistellen und Reisestipendien, Zusammenarbeit mit den nationalen Erziehungsbureaus in den einzelnen Ländern. ⟨Deutsche und österreichische Akademikerinnen waren nicht anwesend; oder nicht eingeladen?⟩

Gesetzgebung Der bayrische Kultusminister wandte sich in einem Erlaß an die staatlichen höheren Lehranstalten, in dem er die Rektorate anweist die Genehmigung des Ministeriums einzuholen, wenn es sich um den Übertritt einer größern Zahl Mädchen in staatliche höhere Lehranstalten handelt und es zweifelhaft sei, ob die wirtschaftliche Lage der Eltern das Verbleiben ihrer Töchter in einer höhern Mädchenschule möglich macht. Das Ministerium habe bei dem allgemeinen Zudrang zu den höheren Schulen keinen Anlaß die Zulassung der Mädchen zu den höheren Lehranstalten und damit zum Hochschulstudium zu erleichtern. Daß dieser Erlaß direkt dem Geist und dem Wortlaut der Verfassung, so dem § 146 im Abschnitt Bildung und Schule widerspricht, scheint die republikanische Regierung Bayerns nicht anzufechten. § 146 bestimmt nämlich, daß für die Aufnahme eines Kindes in eine bestimmte Lehranstalt Anlage und Neigung, nicht die wirtschaftliche und soziale Stellung der Eltern maßgebend sein sollen; ebenso, daß durch Reich, Länder und Gemeinden für den Zugang Minderbemittelter zu den mittleren Schulen Erziehungsbeihilfen aus öffentlichen Mitteln bereitzustellen sind.
Wir sind also jetzt in der deutschen Republik ⟨die sich in ihren ersten Monaten sogar sozialistische Republik nannte⟩ so weit, daß die Plutokratie durch offizielle Regierungsakte einzelner Länder bekräftigt werden kann.
Dem Entwurf des Hamburger Beamtenbesoldungsgesetzes entsprechend, der einen Abzug von 10 % vom Grundgehalt jedes weiblichen Beamten vorsieht, sprachen sich die Hamburger Bürgerschaftsfraktionen für gleichen Lohn bei gleicher Leistung ohne Unterschied des Geschlechts aus.
In Bulgarien ist das Gesetz über die Arbeitsdienstpflicht nun auch auf das weibliche Geschlecht ausgedehnt worden. Danach ist jedes junge Mädchen vom 16. Lebensjahr ab für mindestens 6 Monate dienstpflichtig und wird nach Art seiner Befähigung während dieser Zeit zu Arbeiten für das Allgemeinwohl verwendet. Um ihre Leistungen zu steigern, werden für die Dienstpflichtigen Ausbildungskurse für die verschiedenen Tätigkeiten abgehalten.

Forderungen Der Bund deutscher Frauenvereine richtete am 25. Juli an den Reichstag eine dringende Eingabe, er möge tunlichst bald eine ergänzende Verordnung erlassen, durch die den Frauen das ihnen aberkannte Recht gegeben wird als Beisitzer bei Gewerbe- und Kaufmannsgerichten zu fungieren.
Die elsässischen Geschäftsfrauen sprachen sich einstimmig dahin aus, daß das zurzeit im Elsaß geltende Handelsrecht weiter beibehalten werde. Die Einführung des französischen Handelsrechts würde für die berufstätigen Frauen des Elsaß in mancher Hinsicht einen Rückschritt bedeuten. Die elsässischen Frauen empfehlen von dem französischen Handelsrecht diejenigen Bestimmungen einzuführen, die Verbesserungen bringen, und im übrigen das französische Recht dem elsässischen entsprechend umzugestalten. Bekanntlich hatte schon Millerand, der in den ersten Monaten nach der Rückkehr des Elsaß und Lothringens nach Frankreich an der Spitze der elsässischen Verwaltung stand, verkündet, daß nun nicht etwa schematisch das elsässische Sozialrecht durch das französische ersetzt, sondern daß auch umgekehrt elsässische Institutionen, die einen Fortschritt in der Sozialpolitik darstellen, auf ganz Frankreich ausgedehnt werden sollen. Ein Programm, das von großer sozialer Einsicht zeugt und auch vom Standpunkt der allgemeinen Politik aus nur begrüßt werden kann. Die Forderung der elsässischen Frauen bewegt sich in der selben Gedankenbahn.

Wahlrecht Bei den Wahlen zum Großberliner Stadtparlament am 20. Juni wurde zum erstenmal der Versuch ge-

macht eine neutrale Frauenliste aufzustellen. Er machte vollkommen Fiasko. Denn von ungefähr 2 Millionen Stimmen wurden nur knapp 1000 für die Frauenliste abgegeben.

Am 11. August wurde die Verfassung der Freien und Hansestadt Danzig in 3. Lesung angenommen. Der Artikel 73 Absatz 2 lautet: »Männer und Frauen haben die selben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.« Hier fehlt das abschwächende »grundsätzlich« der deutschen Reichsverfassung, gegen das sich die Frauenbewegung wendet.

Der Staat Tennessee hat nun doch die Gesetzesvorlage über die Einführung des Frauenstimmrechts ratifiziert, nachdem die Abstimmung dort zuerst noch angefochten worden war (siehe diese Rundschau, in diesem Band, Seite 806). Somit ist die Zweidrittelmehrheit erreicht, und das Frauenstimmrecht muß für das ganze Gebiet der Vereinigten Staaten zum Gesetz werden, auch für die 12 Staaten, die sich selbst noch nicht dafür entschieden hatten. Das bedeutet den Sieg in einem mehr als 70jährigen Kampf, den die Amerikanerinnen für die Frauen der ganzen Welt begonnen hatten.

Amtstätigkeit Der Oberurseler Stadtverordnetenvorsteher Wolff hatte wegen eines Konflikts im Stadtparlament sein Amt niedergelegt. Da sein Stellvertreter die Übernahme des Amts ablehnte, wurde dem ältesten Mitglied der Versammlung, Frau Bröll, der Vorsitz übertragen. Sie ist damit der erste weibliche Stadtverordnetenvorsteher in Deutschland.

Die deutschnationale Abgeordnete Klara Schleier hat am 14. Juli den Schweriner Landtag als Alterspräsidentin eröffnet, ebenso wie im vorigen Jahr Helene Lange in der Hamburger Landesversammlung als Alterspräsidentin bei der Eröffnung den Vorsitz führte. Schleier ist die Begründerin der Frauenstimmrechtsbewegung in Mecklenburg gewesen.

Die Frau in der Gemeinde hat am 1. August eine Liste der weiblichen Mitarbeiter in den Ministerien gegeben. Danach sind Frauen angestellt: im Reichsministerium des Innern, im Reichsarbeitsministerium, im Reichswanderungsamt, bei der Technischen Nothilfe, einer Abteilung des Reichswirtschaftsministeriums, im Reichspostministerium, im Reichsernährungsministerium, im Reichsamt für Arbeitsvermittlung, im preußischen Ministerium für Unterricht, Kunst und Volksbildung, im preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt, im preußischen Landesgewerbeamt, das dem Ministerium für Handel und Gewerbe untersteht, im bayrischen Ministerium für soziale Fürsorge, im württembergischen Ministerium des Innern, im badischen Ministerium des Innern und im sächsischen Ministerium des Innern: im ganzen 19 Frauen.

In den neugewählten Reichswirtschaftsrat sind unter den 326, von der Regierung, den Gewerkschaften und den Verbraucherorganisationen bestellten Mitgliedern 5 Frauen berufen worden, und zwar 1 unter den Vertretern des Handels, der Banken und des Versicherungswesens, 4 unter denen des Verbrauchs.

Totenliste Am 22. Juli starb in ihrer Heimatstadt Indianapolis May Wright Sewall, 76 Jahre alt. Sie war zuerst auf dem Gebiet der höhern Mädchenbildung tätig, dann als Vorkämpferin für das Frauenstimmrecht. Ihre größten Verdienste aber erwarb sie sich durch die tatkräftige Organisation der amerikanischen wie der internationalen Frauenbewegung. 1893 hatte sie gelegentlich der Chicagoer Weltausstellung den ersten internationalen Frauenkongreß veranstaltet und geleitet, war dann von 1899 bis 1904 Vorsitzende des Internationalen Frauenbundes und als solche auch in Deutschland wohlbekannt. Sie war auch Vorkämpferin der Friedensbewegung. Ihre große Energie, ihr Geist und ihre gütige menschliche Art haben ihr überall große Sympathieen erworben. Die Union internationale des Sciences et des Arts hat sie zu ihrem Ehrenmitglied ernannt.

Kurze Chronik Im Reichswanderungsamt hat am 22. April eine Besprechung mit Vertretern von Frauenorganisationen und anderen beteiligten Verbänden stattgefunden. Es wurde beschlossen die fürsorgerische Tätigkeit für die weiblichen Auswanderer durch Frauenorganisationen ganz systematisch auszugestalten. ◇ Zum drittenmal hat in Frankreich eine Frau, diesmal eine Italienerin, Marguerita Canal, den großen Staatspreis der Pariser Ecole des Beaux-Arts, den sogenannten Romprcis, erhalten. Er stellt dem Stipendienempfänger die Mittel zu einem 4jährigen Studienaufenthalt in der Villa Medici in Rom zur Verfügung. Canal studierte am Pariser Konservatorium Kompositionslehre. ◇ Von diesem Wintersemester ab werden auch an der

Münchener Akademie der bildenden Künste Frauen unter den gleichen Bedingungen wie männliche Studierende zugelassen. ◇ Dem Heidelberger Privatdozenten A. Ruge, der behauptet hatte, die Frauenbewegung sei von »sterilen Frauen, alten Jungfern und Jüdinnen« gemacht worden, ist jetzt wegen fortgesetzter Schmähungen gegen Andersgesinnte vom Senat der Universität die venia legendi entzogen worden.

WISSENSCHAFT

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Bolschewismus Unter dem Titel Bolschewismus oder Sozialdemokratie? /Wien, Wiener Volksbuchhandlung/ gibt der österreichische Genosse Otto Bauer in gedrängtem Umfang auf wenig über 100 Seiten eine sehr gute historisch-kritische Darstellung der Bedingungen und Tendenzen der russischen Revolution. Die Schilderung und Erklärung der Tatsachen, die ⟨bei der Schwierigkeit der russischen Sprache und der Materialbeschaffung eine seltene Ausnahme in der journalistisch politischen Tagesliteratur⟩ nach Möglichkeit auch russische Quellen mit heranzieht, macht, so wenig der Verfasser mit seiner eigenen Stellungnahme hinterm Berg hält, durchgängig den Eindruck sachlicher Objektivität und ergänzt sich durch eine Fülle geistvoller geschichtlicher Ausblicke im Sinn der ökonomischen Geschichtsauffassung. Es lebt etwas vom Geist des Marxschen 18. Brumaire des Louis Bonaparte, jener glänzenden, unmittelbar unter dem Eindruck des Staatsstreichs Napoléons III. entworfenen, diesen aus der Konstellation der Verhältnisse und Klassengegensätze des damaligen Frankreichs ableitenden Analyse in dem Schriftchen. Im Gegensatz zu jener Schablonisierungsmanier nach überlieferten Schlagworten und dem hohlen, nur äußerlich marxistisch aufgeputzten Buchstabendogmatismus, der sich in Lenins programmatischen Schriften breitmacht, tritt hier der wirklich lebendige Wesenszug marxistischer Denkart, der Wille zu realistisch-ökonomisch orientiertem zusammenfassenden Begreifen der Erscheinungsreihen markant hervor. Kein Wunder, daß Lenin alsbald nach dem Erscheinen des Büchleins in einer ⟨auch von der Roten Fahne mitgeteilten⟩ Rede den Autor seinen Gläubigen nach hergebrachter Art mit Kautsky und anderen nüchtern unbequemen Kritikern als Verräter und Verleumder denunzierte.

Den allgemeinen Hintergrund, auf den all die bunt durcheinander drängenden Ereignisse der ungeheuren vom Weltkrieg in Rußland ausgelösten Umwälzungsprozesse zurückdeuten, der ihnen die entscheidende Beleuchtung gibt, bilden ⟨darüber dürfte Einstimmigkeit herrschen⟩ die russischen Agrarverhältnisse. Mit einem kurzen Rückblick, wie sich diese nach der Aufhebung der Leibeigenschaft im Jahr 1861 dort entwickelt haben, leitet sich das Werkchen ein. Der den Bauern vom Gesetz zugewiesene Grundbesitz war völlig unzureichend und mit Absicht unzureichend, um sie nach wie vor zur Arbeit auf den Gütern ihrer früheren Grundherren und zur Hinzupachtung gutsherrlichen Landes gegen Pachtzins zu zwingen. Der Dorfverband des Mir, in dem die russische revolutionäre Richtung der Narodniki so lange den verheißungsvollen Keim zu einer volkstümlich gleichheitlichen Umgestaltung der ganzen Wirtschaft sah, der Rußland den Durchgang durch den westeuropäischen Kapitalismus ersparen sollte, blieb gesetzlich bestehen, aber konnte im Zusammenhang mit den sonst gegebenen Verhältnissen nur als Hemmschuh der ökonomischen Entwickelung wirken. Daß der den Dorfgenossen zugeteilte Acker periodisch nach 12 bis 18 Jahren durch den Mir immer wieder von neuem aufgeteilt werden konnte, mußte den Übergang zu einer intensivern Bewirtschaftung und Vornahme von Meliorationen bei der beschränkten Möglichkeit den Nutzen davon selber zu genießen nur noch mehr erschweren. Wenn die Regierung an dieser Institution festhielt, so aus dem Grund, weil sie darin ein Mittel erblickte die Solidarhaft der Bauern zur Aufbringung der Steuerbeträge wirksam festzuhalten. Die bäuerlichen Massen vegetierten nach wie vor im größten Elend. In den achtziger und neunziger Jahren beginnt eine Differenzierungstendenz in der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Gewisse Schichten steigen zu großbäuerlichen Eigentümern auf, und neben ihnen bildet sich ein immer größeres landloses Proletariat heraus. Das wachsende Elend treibt in den ersten Jahren des Jahrhunderts zu einer Reihe blutiger Revolten. Und die Notlage wird derart drohend, daß nach dem russisch-japanischen Krieg von 1905 alle Parteien die Forderung einer durchgreifenden Agrarreform in ihr Programm aufnehmen müssen. Die Agrargesetze von 1906 und 1910, die sogenannte Stolypinsche Agrarreform, setzt sich den Zweck durch Auflösung des

Mir und andere Maßregeln eine Entwickelung der bäuerlichen Wirtschaften in westeuropäischer Weise anzubahnen. Der Austritt aus der Feldgemeinschaft wurde jedem Bauern freigestellt und dabei die Zusammenlegung der früher zerstreuten Landstreifen für die Austretenden angeordnet. So scheiden in einem halben Jahrzehnt 15 bis 20% der Bauernhöfe aus dem Mir und werden frei verkäufliches Eigentum ihrer Besitzer. Natürlich sind es vor allem die bessersituierten und wirtschaftlich aktiveren unter den Dorfbewohnern, die von dem Recht Gebrauch machen; dann aber auch große Massen der ganz Verarmten, die durch Verkauf ihres Bodenanteils an die Wohlhabenderen sich augenblicklich eine kleine Geldsumme verschaffen wollen. Aber ehe die Regierung das Ziel: auf diese Weise einen breiten konservativ gesinnten Großbauernstand zu schaffen, hätte erreichen können, bricht mitten unter der Gärung und Unruhe, zu der jene Neuerungen treiben, der Krieg aus, der das vielfach schon revolutionär gestimmte Landvolk aus der Abgeschiedenheit seiner Dörfer herausreißt, zu einer Riesenarmee uniformierter Bauern zusammenballt, die die unerträglich gewordene Agrarverfassung sprengen, dem russischen Bauern das Herrenland erobern, mit den Überbleibseln des russischen Feudalismus aufräumen.

Die Petersburger Hungerrevolte vom Februar 1917 war das erste Wetterleuchten der Revolution, die die Forderung nach Frieden und nach Verteilung des Herrenlands sofort auf ihre Fahne schrieb. Dem Petersburger Oktoberstaatsstreich folgte die Auflösung der militärischen Kaders, das massenhafte Zurückströmen der Bauern, die bei der Landverteilung nicht zu kurz kommen wollten, aus der Armee auf die Dörfer. Noch im selben Monat erklärte der Petersburger Sowjet auf Lenins Antrag die sofortige Aufhebung des gutsherrlichen wie des staatlichen Landeigentums, das den Bauern zur Verfügung zu stellen sei. Aber die sozialistischen Prinzipien, auf die man sich dabei berief, waren nur eine ideologische Verbrämung ganz andersartiger Triebkräfte und Tendenzen. Das im tumultuarischen Durcheinander sich vollziehende Ergebnis war die Zertrümmerung des grundherrlichen Großbesitzes, die Schaffung neuen bäuerlichen Privateigentums, wobei die reicheren Bauern, deren Besitz ihnen die Bewirtschaftung größerer Flächen ermöglichte, den Löwenanteil der Beute davontrugen.

Versuche durch Aufbietung der *Dorfarmut* die agrarische Bewegung in eine andere Bahn zu leiten waren zum Scheitern verurteilt und wurden bei dem Streben der bolschewistischen Regierung sich im Bauerntum einen Rückhalt zu verschaffen notgedrungen binnen kurzem aufgegeben. Man appelliert immer ausschließlicher an den *mittlern Bauern*, und dieser will zwar den bolschewistischen Machthabern keine Steuern zahlen, wird aber dadurch, daß er aus Furcht, ein neues Regiment könnte ihm seinen errafften Grundbesitz wieder abnehmen, nichts gegen sie unternimmt, zu einer Stütze ihrer Macht; zu einer Stütze, der freilich die bolschewistische Regierung mit berechtigtem Mißtrauen gegenübersteht. Das ganze indirekte Wahlsystem, nach dem die oberen Verwaltungs- und Regierungskörper durch indirekte Wahl aus den lokalen Sowjets im Prinzip hervorgehen ⟨in Wirklichkeit ist ja dieses Sowjetsystem längst abgeschafft, und die Beamten werden überhaupt nicht mehr gewählt sondern nur von der regierenden Gruppe ernannt⟩, war darauf zugeschnitten dem Einfluß, den eventuelle spätere oppositionelle Bewegungen der Bauernschaft durch Wahlen ausüben könnten, vorzubauen. Es spiegeln sich darin die Verhältnisse einer Nation, deren gewaltige bäuerliche Mehrheit zwar, durch den Landhunger revolutioniert, gemeinsam mit dem Proletariat den Herrschaftsapparat des kapitalistischen Staats gesprengt hat und, die Wiederkehr der enteigneten Gutsherren fürchtend, gemeinsam mit dem Proletariat immer wieder die Gegenrevolution ⟨oder was man dafür ausgibt⟩ abwehrt, aber nicht imstande ist den mit ihrer Hilfe geschaffenen und verteidigten Staat mitzubeherrschen, sich vielmehr mit der Autonomie in ihren Dörfern bescheidet, die Herrschaft im Staat der kleinen proletarischen Minderheit überläßt.

Die Auflösung der alten Staatsmacht und Verwaltung führte zu einer Anarchie, in der die lokalen Sowjets auf eigene Faust Politik trieben, von sich aus die Fabrikherren zum Teil *expropriierten*; ein Zustand, der das Land mit völligem Ruin bedrohte und als Reaktion Tendenzen zu einer immer stärkern Heranbildung der zentralen Gewalt hervortrieb. Neben der Sowjetorganisation erwächst so eine gewaltige, mit von den lokalen Sowjets unabhängigen Lokalbehörden ausgestattete Polizeiorganisation im Dienst der bolschewistischen Zentralgewalt, die, nach Lenins eigenen Angaben, auf etwa

100- bis 200 000 zuverlässige bolschewistische Parteigänger gestützt, mit den Mitteln des Terrors alle anderen Elemente ihrem Willen unterwirft. Die *Expropriierung* und *Nationalisierung* der Großindustrie wurde nun von oben her in die Hand genommen. Man suchte die früher als leicht ersetzbar erklärten industriellen Leiter und Ingenieure mit großen Geldmitteln wieder zu gewinnen, durch den Zwang der Akkordlöhnung und des Taylorsystems, des Verbots von Streiks und Einführung militärischer Disziplin in die Fabriken die Produktivität der Arbeit, die erschreckend gesunken war, wieder zu heben. Umsonst. Und dieser Herrschaftsapparat, der offiziell dem Proletariat dienen soll, das er ebenso wie alle anderen tyrannisiert, schwillt immer ungeheuerlicher an, während die industrielle Arbeiterschaft, deren *Klassendiktatur* die Losung bildet, bei dem Zusammenbruch der gewerblichen Produktion, der Entleerung der Städte, dem Rückstrom der Arbeiter aufs Land fortdauernd mehr und mehr zusammenschrumpft.

Otto Bauer weist auf gewisse Analogieen hin, die diese Gewaltherrschaft im Namen des »industriellen Proletariats« mit der Vorherrschaft gemein hat, die die Pariser Sansculotten in den Jahren 1793 und 1794 an sich gerissen hatten, und der dann bald das Napoléonische Kaiserreich gefolgt ist, das sich im Gegensatz dazu auf die bäuerliche Bevölkerung stützte. Heute verteidige noch der russische Bauer die bolschewistische Herrschaft gegen die äußeren Feinde. Aber wenn der Krieg erst sein Ende erreicht habe, werde der Interessengegensatz zwischen Bauerntum und Bolschewismus, der durch die Requisitionen schon gegenwärtig große Schärfe angenommen hat, auch politisch wirksam werden. Die Diktatur müsse gewärtig sein von einer demokratischen Ordnung abgelöst zu werden, die den vorhandenen Gegensätzen einen Spielraum der Entfaltung als Grundlage für eine weitere Entwickelung gebe.

Das städtische Handwerk, das im westlichen Europa zuerst der Träger des gewerblichen Fortschritts war, fehlt in der russischen Geschichte, in der es darum auch die Städte nie zu eigener Macht und Selbstverwaltung brachten. Und dieser Umstand, daß sich in Rußland ein zahlreiches, wirtschaftlich selbständiges und selbstbewußtes Bürgertum nie entwickelt hat, erklärt zugleich, warum sich der Absolutismus in Rußland so lange hat behaupten können, und warum hier, nach treibhausmäßig rascher Schöpfung einer Großindustrie wesentlich durch ausländisches Kapital, die späte bürgerliche Revolution sofort zu proletarischer Bewegung umschlug. Woraus zugleich erhellt, daß die Widerstände, auf die das bolschewistische Regiment ⟨das sich als Vertretung des Proletariats ausgab⟩ dort stieß, unvergleichlich geringere Kraft besaßen als die, die sie im Westen hätten. Hier im Westen besitzt der Kapitalismus in den breiten Schichten der Mittelstände, die dort nur schwach vertreten sind, eine ihm durch mannigfache Interessenbeziehungen alliierte Macht. Die Annullierung aller Mehrwerttitel der Aktien, Staatsschuldscheine und Hypotheken träfe hier zugleich große Massen jener Mittelschichten, die ihr Erspartes in solchen Titeln angelegt haben. Vor allem aber ist im Westen die Position der Bauernschaft völlig anders. Die zeitweilige Kampfstellung gegen die Kapitalisten habe den Bauern nicht, wie Marx hoffte, zum Bundesgenossen des Proletariats sondern zunächst zum Bundesgenossen des städtischen Kleinbürgertums, vor allem des kapitalshörigen Handwerks gemacht, das einen ähnlichen Kampf gegen das Wucherkapital führte. Der kleinbürgerliche Antikapitalismus der Handwerker und der Bauern wurde zum Machtinstrument der Feudalherren und der Kirche, die die gegen das *mobile Kapital* erbitterten Handwerker und Bauern als Sturmbock gegen den bürgerlichen Liberalismus benutzten. Seit Mitte der neunziger Jahre aber beginnt hier Hand in Hand mit der Ausbildung des ländlichen Genossenschaftswesens, der intensivern Wirtschaft und steigenden Agrarpreise ein wirtschaftlicher Aufstieg der bäuerlichen Klasse, der sie mit der herrschenden Wirtschaftsordnung völlig versöhnt; ihre ganze Denkweise wird mehr und mehr durch ihre Unternehmerinteressen bestimmt. Dazu kommt ferner, daß in Westeuropa mit seiner im ganzen so unverhältnismäßig weiter entwickelten Industrie solche diktatorischen Eingriffe in das Wirtschaftsleben noch unvergleichlich verheerender als in Rußland wirken müßten, da hier ja ein Rückstrom in der Industrie arbeitslos Gewordener auf das Land, in die Dorfheimat, in dem Maß wie in Rußland unmöglich wäre, ein Versiegen der industriellen Produktion den unabwendbaren Untergang für Millionen bedeuten würde. Ohne eine zugleich den Fortgang der Warenerzeugung sichernde und auf die Erhal-

tung der wirtschaftlichen Beziehungen zum Ausland gerichtete Politik erscheint eine sozialisierende Umgestaltung hier von vornherein undenkbar. Und das schließt in sich, daß sie nur schrittweise und in demokratischem, Terrorismus schon aus bloßen Gründen der gesellschaftlichen Selbsterhaltung ausschließendem Rahmen möglich ist.

Gildensozialismus In eindrucksvollem Kontrast stellt Otto Bauer die englische Arbeiterbewegung, die nach langer Stagnation in einer beschränkt gewerkschaftlichen Taktik jetzt wiederum lebendiger vom sozialistischen Geist ergriffen sei, dem Bolschewismus gegenüber, der die Sozialisierung mit diktatorischer Gewalt in Formen bureaukratischer Zentralisation ertrotzen zu können vorgibt. Der Staat hat in England während des Krieges die Kontrolle über die Kriegsindustrie, über die Eisenbahnen und den Bergbau übernommen, er hat den Geld- und den Warenhandel reglementiert und den Vertrieb von Lebensmitteln und Rohstoffen organisiert; an die Stelle des individualistischen Kapitalismus ist der Staatskapitalismus getreten, der in den Massen sozialistische Tendenzen hervorruft. Aber die Erfahrungen der Kriegswirtschaft zeigen zugleich, wie wenig befähigt die staatliche Bureaukratie ist die Volkswirtschaft zu organisieren, und sie erfüllen die Massen mit Haß gegen den allmächtigen, alle Lebensäußerungen des einzelnen reglementierenden, alle persönliche Freiheit beengenden Staat. Solche Stimmungen hat der englische Gildensozialismus, den Bauer für befähigt hält in der englischen Arbeiterbewegung an führende Stelle zu treten, in sich aufgenommen. Er verlangt gleichfalls, daß die Arbeitsmittel Eigentum des Staats werden sollen. Aber der Staat soll sie nicht durch seine Bureaukratie verwalten sondern ihre Verwaltung den Arbeitenden selbst übertragen. Jede Gewerkschaft verwandelt sich in eine nationale Gilde, das heißt in eine das ganze Staatsgebiet umfassende Produktivgenossenschaft, und diese übernimmt die Verwaltung ihres Industriezweigs. In der innern Verwaltung ihres Industriezweigs bleibt die nationale Gilde vom Einfluß des Staats frei. Wo aber die einzelne Industrie der Gesellschaft gegenübertritt, da treten der Staat, lokale Selbstverwaltungskörper oder Konsumgenossenschaften ihr als Sachwalter der Verbraucher gegenüber; ein gemischtes Komitee, aus der Gilde und der zur Vertretung der allgemeinen, der Verbraucherinteressen berufenen Körperschaft zusammengesetzt, entscheidet über die Beschaffenheit und über die Preise der zu erzeugenden Waren. So überläßt der Staat jeden Industriezweig in seinen inneren Angelegenheiten der Selbstverwaltung seiner Arbeiter und in den Angelegenheiten, die die Verbraucher mit berühren, der gemeinsamen Selbstverwaltung der Arbeiter und der Verbraucher. Der Staat selbst aber gleicht die Anteile aller Arbeitenden am gesellschaftlichen Arbeitsertrag einander an, indem er als Eigentümer der Arbeitsmittel von jeder nationalen Gilde eine Rente erhebt und durch die Abstufung dieser Renten die Unterschiede zwischen den Arbeitseinkommen ausgleicht. Schon jetzt verlangen die Bergarbeiter in England die Nationalisierung der Gruben, die Eisenbahner die der Eisenbahnen. Und die Anhänger jener Bewegung rechnen damit, daß unter dem Druck der vorwärtstreibenden Verhältnisse, durch die Unruhe der Arbeit gedrängt, die Unternehmer in anderen Produktionszweigen in immer größerer Anzahl, zur Kapitulation gezwungen, den Arbeitern eine Beteiligung an der Verwaltung der Industrie anbieten werden. Aber damit dürfe sich die Arbeiterschaft nicht begnügen. Sie müsse, auf ihre gewerkschaftlichen Machtmittel gestützt, ihre Kontrolle über die Industrie immer mehr ausdehnen, eine Funktion der Unternehmer nach der andern an sich reißen, bis schließlich dem Unternehmertum keine Funktion in der Industrie mehr übrigbleibt, und die Arbeiterschaft zur Verwaltung der Industrie reif geworden ist. Dann würde es möglich sein die funktionslos gewordenen Kapitalisten aus der Industrie gänzlich auszuschließen.

Auch dieser Gildensozialismus, dessen ideeller Ursprung im französischen Syndikalismus liegt, von dem er auch weiter starke Anregungen empfangen hat, lehnt eine revolutionäre Umwälzung zur Durchsetzung seiner Ziele keineswegs im Prinzip ab. Aber er setzt die Revolution nicht an den Anfang sondern an das Ende. Erst müsse die Arbeiterschaft durch stete Ausbildung ihrer Kontrolle über die Industrie diese Kontrolle praktisch erlernen, die Fähigkeit zur Verwaltung der Industrie erworben haben, ehe sie diese Verwaltung übernehmen könne.

Es ist auch die Übertragung der Grundsätze der englischen Demokratie vom politischen auf das wirtschaftliche Gebiet,

das Verlangen nach einer wirtschaftlichen Selbstregierung, bei der die Zentralgewalt des Staates den einzelnen Arbeitergruppen und Gewerkschaften gegenüber ökonomisch in ähnlicher Weise begrenzt sein soll, wie sie politisch durch das Recht der Selbstregierung der lokalen Verwaltungskörper seit jeher in England eingeschränkt war. Jedenfalls stellt diese Auffassung den äußersten Gegenpol zu jener bolschewistischen Denkart dar, die eine Ablösung des kapitalistischen durch ein sozialistisches Wirtschaftssystem der Gesellschaft despotisch-diktatorisch aufoktroyieren zu können behauptet, während doch in Wahrheit die Gewalt nur in organischer Anknüpfung an schon vorhandene Entwickelungsbedingungen durch Leitung, Fortführung und Unterstützung dieser fruchtbar wirken kann.

Der blinde Aberglaube an die Gewalt hält, nur in anderen Formen, und mit anderen Wünschen, auch das deutsche Bürgertum in seinem Bann, das in den Traditionen der Bismarckschen Gewaltpolitik aufgewachsen ist. Der deutsche Sozialismus wird das Volk von dieser verhängnisvollen Ideologie, die rettungslos dem Wahnsinn des Weltkriegs entgegentrieb, nur befreien können, wenn er sich selbst im Rahmen seiner eigenen Bestrebungen davon freihält. Der Wunderglaube an die Zwangsmacht des Staates ist auch dem deutschen Sozialismus eine drohende Gefahr. »Wir sind«, so faßt Bauer seine Grundansicht im Schlußwort nochmals zusammen, »von der Ideologie des Preußentums nicht frei, solange wir die preußische Staatsidee nur in eine andere Sprache übersetzen, nur mit anderen Farben schmücken, nur einer andern Klasse dienstbar machen. Wir müssen dem Preußentum eine andere, eine ihm wirklich radikal entgegengesetzte Staatsidee entgegenstellen: einen Sozialismus, dessen Wurzel der Freiheitsdrang des Individuums, dessen Quelle die Selbsttätigkeit der Masse, dessen Ziel das Selfgovernment aller Werktätigen ist.« Nichts tue dem deutschen Sozialismus dringender not »als ein Einschlag jener echten, aus individualistischer Wurzel entsprossenen Demokratie, die in dem englischen Gedanken des Industrial Selfgovernment, der sozialen Umgestaltung durch die Selbsttätigkeit und Selbsterziehung der Masse ihre Verwirklichung sucht«.

Kurze Chronik Der Verein für Sozialpolitik hat sich auf seiner Tagung in Kiel am 21. September sehr eingehend mit der notwendigen Reform der staatswissenschaftlichen Studien beschäftigt. Der erste Referent, Ignaz Jastrow, führte aus, das Wichtigste sei die Regelung des praktischen Vorbereitungsdienstes; es dürfe nur eine einheitliche Ausbildung der Justiz- und Verwaltungsjuristen geben. Ferdinand Tönnies verlangte, die Staatswissenschaftlichen Fakultäten sollten den Staatsmännern, insbesondere den Parlamentariern, die nötige Vorbildung geben. Eine besonders tiefgehende Auffassung der Ökonomie ist in der Aussprache nicht zutage getreten. ◇ Das Internationale statistische Institut im Haag hat auch während des Krieges seine Arbeiten nicht unterbrochen. Die Bevölkerungsstatistik der ganzen Welt, die es in Angriff genommen hatte, wird in kürzester Frist abgeschlossen vorliegen. Das Institut beginnt jetzt die Publikation der Nachweisungen ökonomischer und sozialer Art (Lohn, Arbeitszeit, Arbeitsverträge, Genossenschaftswesen und dergleichen). ◇ Der Göttinger Nationalökonom Joseph Eßlen, ein Schüler Schmollers, Wagners und Brentanos, ist an die Universität München berufen worden. ◇ Am 1. Oktober ist der ordentliche Professor der christlichen Gesellschaftslehre an der Universität Münster Franz Hitze in den Ruhestand getreten. Hitze war bekanntlich einer der bedeutendsten Parlamentarier der Zentrumsfraktion, er war ihr Spezialist in wesentlichen sozialpolitischen Angelegenheiten. Als akademischer Lehrer erfreute er sich einer großen Beliebtheit. Von seinen Schriften sind namentlich Die soziale Frage /1878/, Kapital und Arbeit /1880/ und Die Arbeiterfrage, die bereits im Jahr 1904 das 21. Tausend erreicht hatte, zu nennen.

KUNST

Dichtkunst / Max Hochdorf

Volksdichtung Mitten in diesen schwierigen, hungererfüllten Zeiten ist Lisa Tetzner durch das Thüringer Land gewandert, und sie hat bei den Häusern des Schulmeisters und des armen Arbeiters und Kleinbauern haltgemacht. Sie hat sich überall die Kinder zusammengeladen, um ihnen Märchen zu erzählen. Und von überall sind die Kinder gekommen, um zuzuhören. Die Märchenerzählerin hat unendliche Freude in dieser Kraft des Fesselns und Beglückens gefunden. Sogar Nahrung wurde ihr für die geistigen Gaben geschenkt. Das berichtet sie alles

schlicht und ehrlich (Vom Märchenerzählen im Volke /Jena, Diederichs/). Weit über das Persönliche hinaus hat ihr Erfolg Bedeutung. Er zeigt, daß neben aller verfeinerten und verstiegenen Kunst eine andere, beinahe ewigere Kunst blüht, an der sich die Hunderttausende ergötzen. Die Hunderte, die anspruchsvoller sind, die oft auch zahlungsfähiger sind, kaufen sich die Bücher, die heute so teuer und nach expressionistischem Rezept sind. Wie soll man sich nun zu einer derart volkstümlichen Kunst stellen? Sie bietet jedem vielerlei, tausenderlei. Fast mit Überraschung vernimmt man, daß alle *Büchereien* und kostbaren *Kunstabende* in den Großstädten nicht erfüllen würden, was die einfache Schehersad der Menge vermocht hat. Aber vielleicht hätte ein Kinematographentheater, das in die thüringischen Täler gekommen wäre und umsonst gespielt hätte, noch größern Zulauf verzeichnet. Das ist es eben: Die Phantasie der Masse ist unerschöpflich. Es kommt nur darauf an diese Jugend der Phantasie, diese Zügellosigkeit der Phantasie irgendwie zu erobern. Lisa Tetzner hatte die guten und reinen Absichten. Es hätte aber den gleichen Erfolg, wer mit unsauberen Absichten käme. Und deshalb kann der Ruf nach gesunder Volksliteratur nicht laut genug, nicht oft genug erhoben werden. Wenn die rückständigen, Hakenkreuz und ähnliches verteidigenden Mitglieder der preußischen Landesversammlung auf die entsetzliche Verwahrlosung, auf die furchtbare Verschundung dessen hinweisen, was heute trotz der Papierteuerung in ungeformte Gehirne hineingeschrieben werden darf, so haben diese Eiferer für den oberflächlichen Beobachter recht. Und man rauft sich in Verzweiflung über die scheinbar revolutionäre Geistesfreiheit die Haare. Bald aber gewahrt man, daß diese rückständig Scheltenden nicht die rechten Richter sind. Sie wollen eine moralisch schlechte Kolportage abschaffen, um einer politisch und wirtschaftlich gefährlichen Kolportage den Sieg zu bereiten. Ist ihr Eifer auch ehrlich, so ist er doch unbewußte Heuchelei, ehrliche Heuchelei des unzulänglich Denkenden und Fühlenden. Schickt von Regierungs wegen Männer und Frauen von dem reinen Instinkt Lisa Tetzners aufs Land! Bücher, selbst volkstümliche, sind sehr teuer. Es dürfte billiger sein durch die Dörfer und Flecken solche Geschichtenerzähler zu schicken, die sich eines unbestrittenen literarischen Gewissens erfreuen und einigermaßen die Gabe des Lesens oder freien Vortrags haben. Da wäre eine Erziehung zur deutschen Dichtkunst möglich, trotz aller Büchernot. Und wir brauchen solche Erziehung, wir brauchen Schutz gegen eine gewisse Verwahrlosung, wir brauchen den moralischen Aufbau dringender noch als den wirtschaftlichen. Das Wissen, die Aufklärung und die Reizung der guten ästhetischen Triebe ist die Tugend, die Tugend wird aber nicht gefördert durch Strafdrohungen und eine verkappte Lex Heinze.

Mit Lob ist zu erwähnen, daß die j ü d i s c h e Jugend, die, ihres Volkstums sich bewußt werdend, gerade darum den tiefsten, sonst verschütteten Idealen der Menschheit und Menschlichkeit zustrebt, mit Eifer und Fleiß derartige Veranstaltungen des Volkstümlichen pflegt. Es wird da ein ganzer Kanon solcher Volkstümlichkeit zusammengestellt, in einer Schrift Das jüdische Volkslied /Berlin, Jüdischer Verlag/, die große Beachtung schon darum verdient, weil sie geeignet ist grundfalschen europäischen Urteilen ein Ende zu bereiten.

Roman Volkstümlich schreiben! Dem verstorbenen Perez Galdos rühmen englische Kritiker nach, er habe ohne jede stilistische Vorsicht geschrieben, er sei der nationalste Schriftsteller seines Landes seit der Zeit des Cervantes geworden, weil er mit der Sprache ganz skrupellos umging. Und Kritiker werfen doch Balzac und Dostojewskij und Dickens vor, daß sie oft in miserablem Stil erzählten. Das beweist alles nichts gegen den gewissenhaften und saubern Schriftsteller. Das beweist nur etwas gegen den geschwollenen oder leichtfertigen Schriftsteller. Wer stolz ist, daß er im Jahr nur 4 Zeilen schreibe, kommt nur auf die Nachwelt, sofern er in 100 Zeilen eine Welt verbirgt. Wer stolz ist, daß er im Jahr 4 Bücher hinauswirft, kommt nur auf die Nachwelt, sofern seine Welt so umfangreich ist wie seine Werke. Ob einer 100 Zeilen eines Genies liest oder 4000 eines Talents: der geistigen Mühe zum Bewältigen des Gelesenen braucht er das gleiche Maß. Nun hat es aber seine bösen Bedenken, daß O t t o F l a k e mit der Unveränderlichkeit eines unerschöpflichen Schriftstellers Romane verfaßt, die auf Absonderlichkeit im Gedanklichen und Stilistischen eingestellt sind. Er erweckt den Anschein einer mächtigen Fruchtbarkeit, und er gibt doch nur sehr Gekünsteltes, das vom Umfang eines Eugen Sue-Romans ist (Die

Stadt des Hirns /Berlin, S. Fischer/). Ja, er geht mit einer verehrungswürdigen Neugier und einer hocherhabenen moralischen Anständigkeit an die meisten Fragen, die heute noch Preisaufgaben der Zukunft sind. Es kommt ihm aber nicht zu feuilletonistische Neigungen eines Freigeists mit Erlesenheit des Ausdrucks zu verzieren und das Ganze hernach als tief erschütternden Zeitroman auszugeben. Er ist ein Halluzinator.

Flake täuscht andere, vielleicht auch sich selber. Wie anders Hermann Essig, der hoch Ringende, der sich vielleicht über seine Wirkung, aber nie über seine Absicht täuschte. Die Energie, die er ins Satirische hineinpfefferte, hat seinen leider nie (oder kaum) gespielten Komödien einen gewaltigen Schwung gegeben. Seine Kraßheit stammte aus einem genialischen Zug. Hätte er sich auf der Bühne gesehen, er hätte gelernt, daß die Dinge hinter der Rampe gröber werden als im Buch des Stücks. Die Motive, die er anschlug, waren sehr volkstümlich. Sie hätten zur Masse reden können. Er überhitzte und übertrieb freilich auch, wo er gelassen hätte zeichnen können. Er schrieb einen Roman, der die Narreteien moderner Kulturverstiegenheit geißelt: Der Taifun /Leipzig, Kurt Wolff/. Er gibt den Narren und Halunken, der mit Bewußtsein die öffentliche Meinung und den Geschmack verdirbt; beide Gebiete sind zugleich Offenbarungen der menschlichen Faulheit im Fühlen und Denken. Essig schrieb seinen Roman so, als wollte er das auf den Kopf Gestellte noch einmal auf den Kopf stellen.

Wie mächtig müßte ein volkstümlicher Roman, geboren aus allen Ereignissen und Stimmungen unserer Zeit, wirken. Wir brauchten so ein breites, nicht endenwollendes Buch, das alles faßt, was seit 6 Jahren gewesen ist, den Kaiser Wilhelm und Karl Liebknecht zugleich. Wir brauchen aber nicht den Roman Unter Liebknechts Fahnen von Hermann Fuchs /Berlin, A. Wesemann/. Alles ist da Trockenheit, Albernheit, Talentlosigkeit.

Das heilige Leben von Selma Lagerlöf /München, Langen/: Die Dichterin schien eine verweichlichte Familientante, der nicht mehr viel Schönheit zuzutrauen wäre. Sie schien erschöpft, viel zu salbungsvoll und nur noch der Abgott versteinerter Damenstifte. Nein, sie ist eine der gemütlichsten und volkstümlichsten Erzählerinnen Europas in ihrem letzten Roman. Es ist ein Volksroman, der die Urmotive der Kolportage und des Kriminalromans mischt. Aber es geschieht mit einer fabelhaften Sicherheit. Alles ist zu bewundern; das Gefühl, das ein allgemeingültiges Menschengefühl ist, und die Kunst des Schürzens in den spannenden Dingen. Landschaft und Liebe, Borniertheit, Treue, Haß, Leidenschaft, Torheit, Armut, Gier, Reinheit, Niedrigkeit, alles lebt mit einer wahrhaften, schlichten Volkstümlichkeit.

Der Darmstädter Schahinverlag druckt einen Orientalenroman Else Marquardsen-Kamphöveners Töchter der Tyrannei. Die Publikationen dieses Verlags zeichnen sich durch liebevolle und doch ungezierte Ausstattung, namentlich durch dünnes, leichtes Papier aus.

Wohlvertraut mit Zürichs Geistesgeschichte war Adolf Frey, ein sanfter Lyriker, ohne Persönlichkeit, ein Plauderer von Kellerscher Schulung. Er überarbeitete sich, indem er seinen Roman Bernhard Hirzel schrieb /Zürich, Rascher & Co./. Er starb vor kurzem als Professor der deutschen Literatur in Zürich.

Bekenntnisse Skeptizismus und Begeisterung trieben Rudolf Leonhard seine Aphorismen aufzuschreiben (Alles und nichts /Berlin, Rowohlt/). Er ist eher spitzfindig als spitz. Die Begeisterung, die er gern überwinden möchte, ist doch sein wesentlichster Zug. Seine Aphorismen runden keine Weltanschauung ab, sie ziehen nur einige Runen und Risse über Politik, Moral und Kunst.

Man liest mit Herzensteilnahme die Erinnerungen, die Karl Bröger, der tapfere Kriegsdichter und der noch viel festere Lyriker des Weltfriedens, aufgezeichnet hat. Er erzählt aus seinem Arbeiterleben (Der Held im Schatten /Jena, Diederichs/). Sein Buch ist wirklich für das Volk, aus dem er selber stammt.

Mit Saft und ohne Bedenken dichtet Arnold Ulitz; er ist ein fröhlicher Reimer, er handhabt die Sprache des Bildes leicht. Der Arme und das Abenteuer heißt der Band seiner Gedichte /München, Langen/. Es ist Lyrik, die Erlebnis fröhlich hinwirft, halb balladenhaft halb burschikos. Es ist sehr malerische Lyrik mit Schwung. Es ist sehr kühne Lyrik mit Märchen von 1920. Die Innigkeit kann da ganz fehlen, es ist wie bei dem Maler, der mit seinem Handwerk geboren wurde und feurig loslegt. Volkssänger mit Lissauerscher Kultur ist

Arnold Ulitz. Und er ist selbständig doch durch einige Stoffe, die ganz sein Eigentum sind.

»Alle hab' ich verraten, alle hab' ich bespien
Für deine Balalaikamelodien,
Tatjana, Tatjana.«

Neuausgaben Im Jahr 1835 ist Maurice de Guérin gestorben. Die Revue des Deux Mondes druckte ein Jahr später seinen lyrischen Prosagesang vom Kentauren. Es war ein Stück der zartesten Worte, mit denen sich ein Dichter verrät. Ihm genügte nicht die menschliche Gelenkigkeit des Alltags. Obwohl er den Glauben an seinen frühen Tod hegte, ließ er sich in Träume des Idealisten hinauswiegen. Er zerschmolz in die Natur und das Grüne des Frühlings, und indem er alles bejahte, was dem blumenlosen Leben fremd ist, gab er den Beweis von einer grenzenlosen Jünglingsstimmung. Er hauchte sein Geständnis und war viel zu sanft, als daß man ihn begriffen hätte. Unwirklicher noch als Alfred de Vigny, mystischer beinahe als Gérard de Nerval zitterte er bei dem übersinnlichen Gefühl, daß er sich Kräfte des Übergenusses aneignen würde, als wäre er ein Tier und ein Mensch zugleich, zugleich ein Mensch und ein Halbgott, ein Kentaur. Man wird ihn nur mit Zaghaftigkeit ausdeuten, man wird ihn auch nur unvollständig verdeutschen. Es ist bedauerlich, daß Rainer Maria Rilke nicht die Kadenz der Guérinschen Sprache gefühlt hat, als er sein Übersetzerfest anhub. Sein Versuch erschien im Inselverlag in Leipzig.

Eine besonders dankenswerte Gabe bringt der Verlag Gustav Kiepenheuer in Potsdam, der Voltaires sämtliche Romane und Erzählungen von ⟨dem inzwischen allzu früh verstorbenen⟩ Ludwig Rubiner und Else von Hollander übertragen und in 2 Bänden erscheinen ließ. Es ist eine vollständige Ausgabe, sauber gedruckt, mit einem Porträtkupfer Voltaires geschmückt. Dieser Franzose, der im 18. Jahrhundert die Welt des europäischen Geistes beherrschte, dessen Name immer als Programm wirkte, hat nie aufgehört eine geistige Macht zu sein. Gerade wenn man diese Romane und Erzählungen liest, wenn man den unsterblichen Pangloß wieder sieht, muß man feststellen, daß er der Moderne weit näher steht als ihre professionellen Vertreter, und daß er gerade heute wieder einen Führer für das Reich der Freiheit abgeben könnte. Das Schema des *Rationalisten*, das man ihm umhängen möchte, hat hier keinen Sinn. Das Wesentliche an ihm ist gerade seine Leidenschaft, die freilich nicht wütet, aber flammt und leuchtet. Voltaire wird, wie Rubiner in seiner Einleitung schreibt, »zur Gestalt des großen Menschenänderers ... Der Kosmopolit ging zur ganzen Menschheit. Es gab für ihn keine Sprachgrenzen mehr, keine Ideenschranken, keine Völkerbarrieren, keine Rassenscheidungen — nur noch den Menschen ... Voltaire, der Einsame, der Rebell, brachte der Menschheit als Tat seine Idee. Damit sie wieder Tat werde, Erhebung zu neuem Erddasein, Gemeinschaft.«

Totenliste Am 24. Juli starb Ludwig Ganghofer, 65 Jahre alt. Ihn liebten die Jäger, die Soldaten, Wilhelm II. und die Leihbibliotheken. Der Ruhm dieses Mannes klang bis in die Schulstuben und in die Holzhackerhütten. Das konnte geschehen, weil Ganghofer jener seltsamen Neigung vieler Deutscher begegnete, die Pulver, Blei, Bergsteigerlederhosen und dazu eine dralle Defreggernatur als die idealsten Dinge des Menschenlebens bewunderten. Berthold Auerbach hat die Schwarzwälder Bauern mit Süßigkeit und Philosophie verschminkt. Anzengruber hat den Bauern, wie schon vorher der mächtige Jeremias Gotthelf, in seinem wahren Gesicht wiederhergestellt. Der Bauer, den Ludwig Ganghofer suchte, den er im Notfall auch mit seiner Sehnsuchtsnatur ausstaffierte, war nicht selten recht ergötzlich, er war aber auch sehr häufig recht verlogen. Die Leser Ganghofers bedauern das nicht; sie blieben dem frischen, patriotischen und trinkfesten Monarchenfreund mehrere Jahrzehnte lang treu.

Kurze Chronik Die Nobelstiftung, die Knut Hamsun mit dem Nobelpreis ehrte, gab dem 60-jährigen Gestalter seltenster Kraft, was er längst verdiente. ◇ An der Berliner Universität ist eine Arbeitsgemeinschaft für vergleichende Literaturwissenschaft begründet worden. Sie steht unter der Leitung des Professors Hermann Reich. ◇ In Apt bei Avignon sind 2 wichtige Handschriften des Roland-lieds entdeckt worden, die ein Bindeglied zwischen der Chanson de Roland und der Fille de Roland darstellen. Es sind 2 epische Romanzen; die eine handelt von Roland in Saragossa, die andere von Roland in Ronceveaux.

KULTUR

Verkehr / Edgar Zeulmann

Einmannwagen In den Vereinigten Staaten von Amerika hat der schaffnerlose Straßenbahnwagen eine ständig wachsende Bedeutung erlangt. Er verdankt seine Einführung dem Wettbewerb wilder Automobilwagen, die sich die verkehrsreichsten Straßen aussuchten und dort den Straßenbahnen die Fahrgäste entführten. Als Gegenmaßnahme beschafften die Bahnen leichte, kleine Einzelwagen, in Amerika One Man Car genannt, und ließen sie in halben Zeitabständen verkehren. Das Mittel war wirksam; denn es wurde nicht nur der verlorene Verkehr zurückgewonnen, sondern auch eine beträchtliche Anzahl neuer Fahrgäste herangezogen. Die Wagen sind nur mit einem Führer besetzt, der gleichzeitig die Zahlung des Fahrgelds am Zahlkasten zu überwachen hat. Diese Art der Fahrgeldabfertigung wird durch die in Amerika übliche Zahlweise erleichtert, da auch bei Vorhandensein eines Schaffners keine Fahrscheine ausgegeben werden; die Obliegenheit des Schaffners beschränkt sich dort darauf das vom Fahrgast in den Zahlkasten geworfene Geldstück mit hörbarem Signal anzuzeigen. Die Bauart dieser Einmannwagen ist nun heute so vervollkommnet, daß sie nur noch entfernte Ähnlichkeit mit den Erstausführungen besitzt, und eine Beschreibung der charakteristischen Einzelheiten von Interesse sein dürfte.

Der neuzeitliche Einmannwagen hat geschlossene Kastenform ohne ausgeprägte Plattformen. Da der Betrieb in den amerikanischen Städten häufig nur in einer Richtung erfolgt, so ist nur ein Führerplatz und nur eine Tür rechts vom Führer vorhanden. Als Notausgang ist in der hintern Stirnwand eine betriebsmäßig verriegelte Tür vorgesehen. Bei Betrieb in beiden Richtungen wird der Wagen symmetrisch gebaut und erhält 2 Führerplätze. Jeder der beiden Seitentüren liegt dann so, daß der Führer nach Herumschwenken auf seinem Drehsitz das Ein- und Aussteigen gut beobachten kann. Die am Wagenkasten angebrachte Trittstufe steht in zwangsläufiger Verbindung mit der Tür und wird, bevor der Wagen in Bewegung gesetzt wird, selbsttätig hochgeklappt. Da der Wagen dann keinerlei vorstehende Teile zeigt, ist ein Aufspringen während der Fahrt ausgeschlossen, so daß auf diese Weise Unglücksfälle vermieden werden.

Zur glatten Abwickelung des Zahlgeschäfts ist ein einwandfrei arbeitender Zahlkasten angebracht; dieser vermerkt die Zahlungen laufend und gibt, vom Führer durch Handhebel bedient, Umsteigefahrkarten aus. Da in amerikanischen Städten allgemein Einheitstarife bestehen, verursacht die Entrichtung des Fahrgelds keinen Zeitverlust, um so weniger, als die Fahrgäste an die Bereithaltung passenden Fahrgelds gewöhnt sind. Der für alle neueren Ausführungen vorbildliche Einmannwagen in der am häufigsten verwendeten Bauart besitzt ein Leergewicht von ungefähr 7000 Kilo und reicht für 32 Sitzplätze aus. Bei einer mittlern Besetzung von 24 Personen beträgt das Gesamtgewicht des Wagens 8700 Kilo. Die Wagen sind mit 2 Motoren von je 25 Pferdestärken Stundenleistung ausgerüstet; diese sind für hohe Ankerdrehzahlen ausgelegt und mit Kugellagern versehen. Durch Verwendung hochwertiger Baustoffe wurde es ermöglicht das Gewicht eines 25 Pferdestärken-Motors einschließlich Zahnradvorgelege auf 400 Kilo zu beschränken. Die beschriebenen Wagen laufen unter anderm bei der Brooklyner Straßenbahn mit 160 Meter kleinstem Haltestellenabstand und erreichen bei 8 Sekunden mittlerer Haltezeit eine Fahrtgeschwindigkeit von 14,5 Kilometer pro Stunde. Die größte Steigung beträgt 53 % auf 370 Meter Länge.

In vielen Fällen konnten die Einmannwagen erst nach Überwindung erheblicher Schwierigkeiten eingeführt werden, die den Bahnverwaltungen durch Behörden, Fahrpersonal und Fahrgäste in den Weg gelegt wurden. Die Einwendungen der Aufsichtsbehörden hatten die angeblich geringere Sicherheit für die Fahrgäste und für den Straßenverkehr zum Gegenstand. Sie wurden fast immer durch die Tatsache entkräftet, daß die Zahl der Unfälle auf Grund statistischer Nachweise nach Einführung des Einmannwagens bedeutend zurückging. Unfälle durch Auf- und Abspringen während der Fahrt wurden durch die neue Wagenbauart beseitigt, ebenso alle Unfälle, die sich früher durch die zwischen Führer und Schaffner geteilte Verantwortung ergaben. Beim Einmannwagen trägt der Führer die alleinige Verantwortung. Sämtliche Vorgänge beim Ein- und Aussteigen spielen sich unmittelbar vor seinen Augen ab. Er ist von einem Abfahrsignal unabhängig und kann, nachdem er die Tür geschlossen hat, die Weiterfahrt ohne Verzug fortsetzen.

Von dem Fahrpersonal wurde anfangs befürchtet, daß die Einführung der Wagen gleichbedeutend mit der Entlassung des halben Personals sein würde. Durch den einfachen Ersatz der vorhandenen großen Wagen durch die kleinen Einmannwagen ließ sich das angestrebte Ziel: mehr Fahrgäste zu gewinnen, allerdings nicht erreichen. Allein die kürzere Wagenfolge konnte mehr Einnahme versprechen, und in der Tat zeigte auch bald das Ergebnis, daß das Personal vermehrt werden mußte, um den neugewonnenen Verkehr bewältigen zu können. Die vom Führer neu zu übernehmenden Obliegenheiten rechtfertigten eine angemessene Fahrzulage; ihre Erfüllung wurde ihm durch die Arbeit sparenden selbsttätigen Einrichtungen wesentlich erleichtert. Erfahrungsgemäß bevorzugten in vielen Betrieben, die beide Arten Wagen neben einander verwendeten, die Fahrer eine Führerschaft auf dem Einmannwagen. Die Bahnverwaltungen waren dann meistens in der Lage aus der Fülle der Voranmeldungen die geeignetsten Leute herauszusuchen.

Die Fahrgäste waren an den Anblick der großen, schweren Wagen gewöhnt und glaubten sich durch die anspruchslosen kleinen Wagen benachteiligt. Einer rechtzeitig einsetzenden, geschickt geführten Propaganda gelang es diesen Eindruck zu beseitigen. Vor allem wurde bald erkannt, daß es angenehmer war alle 5 Minuten eine Fahrgelegenheit zur Verfügung zu haben, als 10 Minuten auf den nächsten Wagen warten zu müssen.

Der Einmannwagen hat in den Vereinigten Staaten nach den erzielten günstigen Ergebnissen seine Daseinsberechtigung erwiesen. In welchem Umfang er heute den Straßenbahnverkehr in Nordamerika beherrscht, kann daraus entnommen werden, daß im Jahr 1916 300 Stück und im Jahr 1919 ungefähr 5000 neuzeitliche Einmannwagen in Betrieb waren.

Nordostseekanal In diesem Sommer ist ein Vierteljahrhundert verflossen, seitdem die Ost- und Nordsee verbindende, Kaiser Wilhelm-Kanal genannte Wasserstraße unter der Beteiligung der Kriegsschiffe aller seefahrenden Nationen feierlich dem Verkehr übergeben wurde. Der nur an seinen Mündungen mit Doppelschleusen versehene Kanal ist 99 Kilometer lang. Die ersten Baukosten betrugen 156 000 000 Mark. 4 Eisenbahnbrücken und 16 Fähren überqueren ihn. Der Gesamtverkehr an abgabepflichtigen Schiffen stieg in einem Zeitraum von 18 Jahren von rund 11 600 auf 53 300. Die deutsche Handelsflagge war hieran mit 60 % beteiligt. Den Hauptvorteil von dem Kanal hatte die kleine deutsche Küstenschiffahrt, für die Vorzugstarife bestanden. Hamburg und die Elbe waren die vornehmsten Nutznießer der neuen Wasserstraße. Seit Beginn der Dreadnoughtära mußte der für eine Tiefe von 9 Meter und eine Sohlenbreite von 26 Meter gebaute Kanal erweitert und vertieft werden. Diese sehr kostspieligen und mühevollen Umbauten, die den Handelsschiffsverkehr möglichst wenig stören sollten, waren kurz vor dem Ausbruch des Krieges nahezu vollendet. Durch den Versailler Friedensvertrag sind Deutschlands Rechte an den Kanal erheblich beschränkt worden. Alle Vorzugsbehandlungen deutscher Schiffe und Schleppzüge sind beseitigt; Abgaben dürfen nur für Zwecke der Erhaltung oder Verbesserung der Wasserstraßen und bestehender Einrichtungen verwendet, nicht aber zur Einnahmequelle für das Reich gemacht werden.

Flugverkehr Anfang August wurde unter dem Namen Europa-nordwestflug die erste internationale Flugverbindung Schweden-Dänemark-Deutschland-Holland-England eröffnet. Die Flugstrecke beginnt in Kopenhagen respektive Malmö und führt über Warnemünde-Hamburg-Bremen-Amsterdam nach London und zurück. Die deutschen Anschlußstrecken von und nach Kopenhagen, Malmö und Amsterdam werden von der Deutschen Luftreederei in Betriebsgemeinschaft mit einer schwedischen, dänischen und holländischen Luftverkehrsgesellschaft betrieben. Es wird zunächst in jeder Richtung 3mal wöchentlich geflogen. Die Flugzeuge nehmen Personen, Post und Güter mit. Zu diesem Zweck haben nicht nur zwischen den interessierten Luftreedereien sondern auch zwischen den verschiedenen Luft-, Post- und Zollbehörden internationale Verständigungen stattgefunden. Der Flugplan macht es möglich, daß die aus den skandinavischen Ländern in Warnemünde eintreffende Frühpost am Nachmittag des gleichen Tages Holland und am nächsten Tag England erreicht.

Die Gesamtlänge der Flugstrecke beträgt 1200 Kilometer. Mit einem englischen Flugzeug, das mit einem Motor von 200 Pferdestärken ausgerüstet war, wurde die Gesamtstrecke von London bis Kopenhagen am 9. August in durchgehendem Flug bei günstigem Wind in 6 Stunden

5 Minuten zurückgelegt, was einer mittlern Reisestundengeschwindigkeit von etwa 200 Kilometer entspricht.

Funkendienst Nachdem durch den Friedensvertrag die dem deutschen Funkverkehr auferlegten Beschränkungen weggefallen sind, findet der Funkendienst wieder in vollem Umfang und in stärkerer Ausgestaltung als vor dem Krieg statt. Für den Seeverkehr und den Wetterdienst ist die Funkentelegraphie besonders nützlich, weil sie keine Leitungsverbindung erfordert und es ermöglicht, daß die von einer einzigen Sendestelle gegebene Nachricht durch viele Empfangsstellen gleichzeitig aufgenommen wird. Die Fischereifahrzeuge werden sich bei fortschreitender Durchbildung des Funkendienstes mehr als bisher der drahtlosen Telephonie bedienen. Die Sicherheit der Schiffahrt wächst, weil die Schiffe während der Fahrt mit drahtlosen Wetternachrichten, Sturmwarnungen, Zeitsignalen usw. versehen werden. Dieser funkentelegraphische Sicherheitsdienst ist vor einiger Zeit unter Benutzung der weitreichenden Sendeeinrichtungen der Hauptfunkstelle Norddeich und, für den Zeitsignaldienst, der Großfunkstelle Nauen neubelebt worden. Außerdem sollen Vorkehrungen getroffen werden, daß Schiffe in deutschen Küstengewässern auf Anfordern jederzeit Nachrichten über die augenblickliche und voraussichtliche Wetterlage eines bestimmten Küstenbezirks von einer reichseigenen Küstenfunkstelle erlangen können. Auch dem allgemeinen Wetterdienst dient die Funkentelegraphie in hervorragendem Maß. Nauen gibt täglich Wettertelegramme ins Ausland, Königswusterhausen gibt täglich 3mal Wetternachrichten für die Wetterdienststellen und für Flughäfen, die Hauptfunkstelle Norddeich und die Funkstelle der Deutschen Seewarte in Hamburg empfangen täglich Wetterberichte vom Ausland und vom Inland.

Die Hauptfunkstelle Königswusterhausen spielt insofern eine besonders wichtige Rolle, als sie die Zentralstelle für den innern und für den Funkverkehr mit den europäischen Ländern ist; sie vermittelt ferner einen von der Außenhandelsstelle ausgehenden Funkwirtschaftsdienst und probeweise einen von mehreren Nachrichtenbureaus ausgegebenen Funkpressedienst. Die Funkstellen des Reichsfunknetzes, deren Zahl ständig zunimmt, und die mit den Telegraphenämtern vereinigt sind, dienen dem Telegrammverkehr zwischen den wichtigsten Orten Deutschlands und treten hauptsächlich bei Überlastung und Unterbrechungen der Telegraphenlinien in Erscheinung.

Der französische Funkendienst hat durch die Einrichtung der neuen Großfunkenstation Lafayette bei Bordeaux wieder einen großen Schritt vorwärts getan. Die Leistungsfähigkeit dieser Anlage übertrifft die des Eiffelturms um das 7fache, die der Lyoner Station um das 4fache. Der Luftdraht ist auf 8 Türmen von je 250 Meter Höhe gespannt, die von einander um je 400 Meter abstehen. Die neue Station wird täglich 72 000 Worte funken können. Ähnliche Großstationen sollen in Algier, Westafrika, am Kongo, auf Madagaskar und in Indochina errichtet werden.

Der technische Geist Frankreichs hat sich auch auf diesem neuen Gebiet wieder bedeutende Aufgaben gestellt.

Totenliste Am 25. April starb der Oberbaudirektor Peter Rehder in Lübeck im Alter von 77 Jahren. Er war bis 1910 im lübeckischen Staatsdienst und hat sich um den Ausbau der lübeckischen Wasserstraßen, den Bau des Elbe-Trave-Kanals, die Hafenanlagen und die Schaffung eines Industriegebiets Verdienste erworben. Seine Denkschrift über die bauliche und wirtschaftliche Ausgestaltung und Nutzbarmachung der lübeckischen Hauptschiffahrtsstraßen, die 1906 erschien, wird noch lange maßgebend bleiben. In seinem Werk über einen Nordsüdkanal /1918/ verlangte Rehder den Anschluß der deutschen Seehäfen an das mitteldeutsche Kanalnetz als Gegengewicht zu dem durch den Rhein-Herne-Kanal vorhandenen Anschluß an Rotterdam und Antwerpen und forderte Reichswasserstraßen und Abgabenfreiheit für die von uns zur See zu fördernden Güter, um Deutschlands weltwirtschaftliche Stellung zu heben.

In Zürich starb am 10. Februar Conrad Uhl, der sich erhebliche Verdienste um das deutsche Hotelwesen erworben hat. Er schuf zunächst in Hamburg den Hamburger Hof, später in Berlin das Palasthotel und das Hotel Bristol, dessen Einrichtung und Führung einen großen Ruf in der internationalen Reisewelt errangen.

Kurze Chronik Die Ölfeuerung im Eisenbahnverkehr macht jetzt in allen Ländern Fortschritte. Am 1. September ging von

London nach Birmingham der erste Schnellzug ab, dessen Lokomotive mit Öl geheizt war. ◇ Anfang Juni wurde in Kopenhagen das größte bisher in Europa gebaute Betonschiff in Dienst gestellt. Es hat eine Tragfähigkeit von 1800 Tonnen, während die bisher größten europäischen Betonschiffe, die norwegischen, nur 1000 Tonnen Tragfähigkeit hatten. ◇ Infolge der Zunahme des Fahrzeugverkehrs in New York sucht man dort neuerdings die Schwierigkeiten des Straßenverkehrs dadurch zu überwinden, daß man dessen Regelung nicht durch Schutzleute bewerkstelligt sondern durch Lichtsignale, die an den Verkehrsmittelpunkten aufgestellt werden. Wenn ein gelbes Licht erscheint, kann sich der Verkehr 1½ Minute ununterbrochen in der Nordsüdrichtung oder umgekehrt bewegen. Wird dieser Verkehrsstrom durch ein Wechseln der Lichtfarbe in Grün aufgehalten, so kann sich dann während des gleichen Zeitraums der Verkehr in allen Hauptstraßen New Yorks, die Ostwestrichtung haben, ungehemmt vollziehen. Nach Angabe des New Yorker Verkehrsdezernenten Harris ist im Manhattanviertel, wo diese Regelung zuerst erprobt wurde, seit März 1920 kein Zusammenstoß erfolgt. ◇ Der örtliche Postverkehr ist in Hamburg durch eine einfache Einrichtung verbessert worden, die beim Publikum viel Anklang gefunden hat. Dort kann man an den Straßenbahnhaltestellen Telegramme und Eilbriefe in Briefkästen einwerfen, die an den Straßenbahnwagen angebracht sind. Auf diese Weise besitzt man auch nach Schluß der Postschalter freie, bequeme Auflieferungsmöglichkeiten für eilige Briefsendungen und Drahtnachrichten. Die Telegrammgebühren werden bei Benutzung dieser Einrichtung in Briefmarken auf das Telegramm geklebt. ◇ Bei Kriegsbeginn begannen in Kopenhagen die Arbeiten zur Erweiterung des dortigen Hafens die heute noch fortgesetzt werden. Die Wassertiefe ist im größten Teil allmählich auf 9,5 Meter gebracht worden. Seit Kriegsanfang hat man zu dem vorhandenen 28 Kilometer langen Ladeufer weitere 4,2 Kilometer Ladeufer geschaffen. Der jetzt nach Norden vollkommen ausgebaute Freihafen enthält ein neues 600 Meter langes und 120 Meter breites Becken von 9,5 Meter Tiefe. Auch der andere, nur 6,3 Meter tiefe Hafen im Süden ist erweitert worden. Im Zusammenhang mit den Hafenerweiterungen wurden neue Schiffswerften errichtet.

Literatur

Der Oberingenieur Karl Trautvetter behandelt in seinem Buch Linienführung elektrischer Bahnen /Berlin, Springer/ in gedrängter Kürze die öffentlichrechtliche Stellung elektrischer Bahnen, Fragen der Entwurfgestaltung, Vorschriften und Bedingungen, Fragen der Wirtschaftlichkeit, Statistik, Anlagekosten, Tarife sowie die bautechnischen, betriebstechnischen und verkehrstechnischen Grundlagen der Linienführung. ◇ Von der Sammlung von Büchern über das Automobil verdient das in der Sammlung Autotechnische Bibliothek /Berlin, Richard Karl Schmidt/ veröffentlichte Buch B. Martinis Die Kunst des Fahrens besondere Beachtung. Dieses Werk, das in erster Linie für Automobilbesitzer und Freunde des Automobilsports bestimmt ist, gibt praktische Winke und Ratschläge dafür einen Kraftwagen richtig zu lenken und zu führen. In gewissem Sinn als Fortsetzung dieses Buches kann der vom selben Verfasser stammende, reich illustrierte Band Automobiltouristik betrachtet werden. Über alles, was der Automobilbesitzer wissen muß, der eine längere Reise im Tourenwagen unternehmen will, unterrichtet das Buch in leichtverständlicher Darstellung.

Kunstgewerbe / Adolf Behne

Reichskunstwart

Das Reichsministerium des Innern gibt Mitteilungen des Reichskunstwarts heraus, deren 1. Heft ein Resumee des Briefmarkenwettbewerbs durch Edwin Redslob enthält. Die mit Preisen ausgezeichneten Arbeiten sind in Abbildung beigegeben. Schade, daß nicht auch aus dem Material, das von den Preisrichtern übergangen wurde, einige Stücke abgebildet wurden. Vielleicht kann das nachgeholt werden.

Das 2. Heft bringt einen neuen, von Karl Schmidt-Rottluff entworfenen Reichsadler, der für Verwendung als Holzschnitt und »für die Fahnen des Reichs« gedacht ist, und einige andere Reichsadler, von Ludwig Rieß, Peter Behrens und Max Körner, für Stempel, Marken, Pässe usw. Die Arbeiten sind nicht ohne Geschmack und jene Schmidt-Rottluffs auch nicht ohne Kraft und jedenfalls gegenüber den wilhelminischen Leistungen ein erheblicher Fortschritt. Daß aber, wie Redslob in dem erläuternden Text behauptet, mit dem neuen Adler ein Symbol gefunden wurde, muß man bezweifeln. Kann uns denn auch dieses

oder irgendein anderes heraldisches Tier noch in irgendeinem Sinn etwas bedeuten? Kann ein mehr oder minder gut gezeichneter Adler uns ein Symbol sein? Niemand hat doch zu diesem Wesen die geringsten lebendigen Beziehungen, höchstens eine politisch-tendenziöse Einstellung. Deshalb wird man schwerlich einen Künstler finden, der etwas aus ihm machen könnte, das mehr wäre als formal befriedigend und im besten Fall geschmackvoll, und das nicht schon die nächste Generation müde wäre zu sehen. Weshalb versieht man überhaupt die Drucksachen des Reichs mit einem Wappentier? Muß man ein Wappentier haben? Oder übernimmt man es nur so von Anno zu Anno, weil man nur vergißt es abzuschaffen? Wenn nun die Veröffentlichungen, Bekanntmachungen, Anschläge usw. des Reichs ohne Wappentier wären, würde irgend jemand etwas vermissen, oder verlören die Bekanntmachungen an Eindruck? Mir scheint es angeborene Uniformsucht, die den Adler nicht pensionieren will. Warum tragen übrigens die Plakate, die zur Waffenabgabe aufrufen, den so viel langweiligern Döplerschen Adler statt des Schmidt-Rottluffschen? Wollte der Reichskunstwart hier eine mildere Adlersprache unter Vermeidung *revolutionärer Formen* auch im Symbol? ⟨Schmidt-Rottluffs Tier sieht doch recht schlagkräftig und bewaffnet in die Welt.⟩ Oder liegt die Eigenmächtigkeit eines Ressortbeherrschers vor? Daß wir gegenüber solchen Tendenzen stets zum Reichskunstwart stehen, der sein schwieriges Amt mit Ernst und offen für alle Wünsche und Anregungen verwaltet, ist wohl selbstverständlich.

In Redslobs Arbeit allgemein ist indessen eine Bedenklichkeit insofern zu sehen, als sie zu einem bloßen Lackieren der Oberfläche führen kann, womit aus dem Reichskunstwart ein überflüssiger Reichsgeschmackswart würde. Soll das Amt mehr sein als eine Beratungsstelle und Fabrik für geschmackvollere Dekoration, soll es wirklich Künstlerisches leisten, so muß dem Reichskunstwart ein entscheidender Einfluß auch auf das Wesen der Dinge, die gestaltet werden sollen, eingeräumt werden. Gerade aus diesem Grund scheint es mir wichtig, daß Redslob seine Aufgabe nicht nur darin sieht neue Formen zu besorgen sondern ebensosehr darin unerträgliche und sinnlos werdende alte Formen zu beseitigen. Eine solche scheint mir der Reichsaar zu sein. Man hätte ihn nicht dadurch konservieren sollen, daß man ihm eine neue Form anzieht, sondern hätte ihn still verschwinden lassen sollen. Um die Drucksachen und offiziellen Reichspapiere leicht kenntlich zu machen, genügt ein einfaches, nicht vom Künstler entworfenes R, in Farbe ⟨es muß nicht unbedingt rot sein⟩ aufgedruckt. Gerade das R ist ein sehr schöner Buchstabe, viel schöner als jedes Wappentier; natürlich muß es ohne Embleme, Ornamente und Umrahmung stehen.

Zu den abzutragenden Formen gehören auch die sogenannten Nationaldenkmäler von Begas und anderen. Doch davon wird man ausführlicher sprechen müssen.

Kunstpflege Die sogenannte Kunstpflege sollte in den deutschen Ländern mit der Beseitigung der monarchisch-zentralistischen Einflüsse am 9. November 1918 in ein neues Stadium getreten sein. Man wird nach einiger Zeit festzustellen haben, ob in dem Verhältnis der Regierenden zur Kunst eine Änderung zum Bessern eingetreten ist, ob die Kunstauffassung der herrschenden Schichten, wie sie sich jetzt in den politischen Parteien manifestiert, eine solche Änderung für die Zukunft auch nur erwarten läßt.

Als symptomatische Tatsache muß einstweilen mitgeteilt werden, daß die neue Gesamtgemeinde Berlin zu ihrem Stadtbaurat Ludwig Hoffmann gewählt hat. Es ist sehr zu bedauern, daß die sozialistische Mehrheit der Berliner Stadtverordnetenversammlung für diesen wichtigen Posten nicht einen Künstler ausersehen hat, der weniger als Hoffmann mit dem Ballast historischer Stile belastet ist. Es fällt immer wieder auf (so letzthin bei den Entwürfen für den Neubau des Leipziger Volkshauses), wie die Kunstanschauung der sozialistischen Funktionäre noch dumpf und unentwickelt ist. Wie anders in Holland, wo die Gewerkschaften in Amsterdam und in Rotterdam Berlage zu ihrem Architekten wählten.

Die Trennung von freier Kunst und Kunstgewerbe will man in Baden beseitigen. Die Akademie der bildenden Künste und die Kunstgewerbeschule, die bisher auch in Karlsruhe völlig selbständig neben einander bestanden, sind jetzt zu einer einzigen Anstalt vereinigt worden, die den Namen Landeskunstschule führt.

Der Bund deutscher Architekten hat in einer Eingabe an den Reichskanzler den Wunsch begründet, daß Architekten in

leitende Stellen des Wiederaufbauministeriums berufen werden. Leider hat dieses ganze Ministerium bisher noch gar nicht aufbauend funktioniert, so daß auch ein künstlerischer Einfluß auf seine Leitung kaum irgendwelche praktischen Folgen hätte.

Totenliste Ein Forscher und Sammler der mohammedanischen Kunst, Philipp Walter Schulz, ist im März in Berlin, 55 Jahre alt, gestorben. Er hat sich namentlich mit der persischen Kunst beschäftigt und aus längeren Reisen eine überaus reiche kunstgewerbliche Sammlung zusammengebracht, die er später dem Leipziger Kunstgewerbemuseum schenkte. Die Ergebnisse seiner Studien hat er 1914 in einer Publikation Die persisch-islamische Miniaturmalerei niedergelegt.

Am 10. Mai starb der Direktor der sächsischen Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe Max Seliger im Alter von 55 Jahren. Er hat die praktische Anwendung der Technik für alle Aufgaben des Buchgewerbes systematisch auszubauen gesucht.

Im Juni starb in Lübeck der frühere Dozent für Backsteinbau an der Berliner Technischen Hochschule Johannes Vollmer, 75 Jahre alt. Er ist namentlich als Kirchenbaumeister bekannt geworden. Haase und Otzen waren seine Lehrer.

Der frühere Lehrer an der Unterrichtsanstalt des Berliner Kunstgewerbemuseums und an der Berliner Technischen Hochschule Heinrich Stöckhardt ist in seinem Landsitz an der Woltersdorfer Schleuse im Juli gestorben. Er stand in seinem 78. Lebensjahr.

Kurze Chronik Der Westpreußische Architekten- und Ingenieurverein in Danzig hat einen Ideenwettbewerb für die Erbauung eines Geschäftshauses bis zu 25 Stockwerken, das 2000 Geschäftsräumen Platz bieten soll, ausgeschrieben. ◇ Als Künstlernotstandsarbeit hat die Stadt Halle einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein Volkshaus ausgeschrieben, das Kinderkrippen, Leseräume, Spielhallen, Konzertsäle usw. enthalten soll. ◇ Im Frühjahr 1921 wird in Gent eine internationale Ausstellung für Baukunst stattfinden, die den Wiederaufbau der zerstörten Teile Belgiens fördern soll. ◇ Von 14 000 Häusern, die die Stadt zählte, fanden die Bewohner von Reims bei ihrer Rückkehr im Oktober 1918 noch 60 vom Feuer verschont vor. ◇ Eine internationale Vereinigung Friedenssiegel hat in allen Staaten Sammelstellen eingerichtet, die Beiträge für den Wiederaufbau der Reimser Kathedrale annehmen. ◇ Die westdeutsche Bausezession, von deren Gründung in dieser Rundschau (1920 I, Seite 311) berichtet wurde, hat sich bei ihrer 1. Tagung in Darmstadt den Namen Bauwandlung gegeben. ◇ Der preußische Minister für Volkswohlfahrt hat eine Sonderpolizeiverordnung für Wohnlauben ausgearbeitet, die den Bedürfnissen der Kleingärtner, namentlich in den Großstädten, entgegenkommt. ◇ Der bisherige Stadtbaurat in Berlin-Schöneberg Martin Wagner ist zur Leitung des auf seine Anregungen und Vorschläge gegründeten Verbands sozialer Baubetriebe in den Dienst des Deutschen Bauarbeiterverbands getreten.

Literatur Vom Gartengenuß nennt Willem van Vloten sein Buch /Jena, Diederichs/, das den Garten als Andachtsort, als Werkstätte, als Schaubühne, als Musikinstrument, als Chronometer und als Kunstwerk darstellt. Aus der Einleitung seien einige Sätze mitgeteilt: »Noch nie wurde der Leib der Erde so jämmerlich geschändet und dabei so leidenschaftlich geliebt wie in unserer Zeit. 6 Tage in der Woche kann sich der Moderne nicht genug tun im Verstümmeln der Natur, am 7. nicht genug in ihrer Vergötterung. Weil er die Gegensätze von Geist und Natur in sich nicht versöhnen kann, wirft ihn ihr Widerstreit in jähem Wechsel von einem Extrem ins andere . . . Auf die Dauer befriedigt ihn bloße Natur so wenig wie ausschließliche Zivilisation . . . Ganz daheim kann er sich auf die Dauer nur in einer Landschaft fühlen, wo Natur und Geist eins geworden sind. Diese Kulturplätze heißen Gärten.« Noch eine andere Stelle möchte ich hervorheben: »Das Pflanzgärtchen eines Fabrikarbeiters und ein englischer Park wirken verschieden. Aber ganz ohne Wohlgefallen schaute ich noch nie über einen Gartenzaun. So total unmögliche Gärten wie es unmögliche Häuser gibt traf ich nie.«

VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION ELLA BORMANN / VERLAG DER SOZIALISTISCHEN MONATSHEFTE G. M. B. H. / DRUCK VON HANS DOHRN / SÄMTLICH IN BERLIN